

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: pro Nummer 1 Pf. monatlich 1.10 Mk., vierteljährlich 3.30 Mk., halbjährlich 6.60 Mk., jährlich 13.20 Mk. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntag-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Offiziell täglich außer Sonntagen.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummern oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehtgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stellenangebote und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition W 107 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 17. März 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ein Arbeitsfeld für soziale Gesetzgebung.

„Im Automobiltempo rast unsere Sozialpolitik dahin,“ versicherte unlängst eines der unverwundlichsten Scharfmacherorgane. Dies „Automobiltempo“ wird mit Bligkeit beleuchtet durch eine Denkschrift über die Lage der Hüttenarbeiter Deutschlands. Der Deutsche Metallarbeiter-Verein hat sich als Herausgeber dieser bisher einzigartigen Druckschrift ein außerordentliches sozialpolitisches Verdienst erworben. Einmal, indem er einfach grauenhafte Zustände, unter denen große Massen deutscher Arbeiter leiden, enthüllt; das andere Mal, weil durch diese Enthüllungen das „Automobiltempo“ unserer Sozialgesetzgebung als ein Schneidentempo gekennzeichnet wird. Unter dem Titel: „Beiträge zur Kenntnis der Lage der Hüttenarbeiter Deutschlands“ hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Vereins die Resultate einer Umfrage betreffend Zustände in der Hüttenindustrie in einer 62 Seiten starken, großformatigen Broschüre zusammengestellt; sie wird auch im Reichstag zur Verteilung gelangen. Die Reichsboten haben dann Gelegenheit, ein von der sozialen Gesetzgebung noch ganz vernachlässigtes, riesiges Brachland kennen zu lernen.

Die Erhebungen des Metallarbeiter-Vereins haben sich erstreckt auf die Arbeitszeiten, sanitären Einrichtungen der Hüttenwerke, Unfälle und Gewerbeaufsicht. Aus der Fülle des Materials sei von dem markantesten einiges registriert. Der Gesamtstoff kann auch nicht annähernd in einem Zeitungsartikel aufgezählt werden.

Ueber die Arbeitszeit sind in 176 Werken bzw. Werkabteilungen Erhebungen angestellt worden. In 9 Fällen wurden 8, in 1 Fall 9, in 25 Fällen 10, in 19 Fällen 10 1/2—11 Stunden gearbeitet. In 127 Werken, fast durchweg Feuerbetriebe, herrscht eine regelmäßige 12stündige Arbeitszeit! Die überwiegende Mehrzahl der Betriebe kennt keine regelmäßigen Pausen. Die Buddler, Schweißer, Stahlgießer, Walzwerker usw. müssen also in der Regel ohne Pausen zwölf Stunden schuften! Doch ist es vielfach damit nicht genug. Von einer Reihe Hüttenwerke werden aus den Feuerbetrieben 24, 36, sogar bis 48stündige Arbeitszeiten gemeldet! Man fragt sich, ob sie möglich sind. Aber übereinstimmend berichten die Vertrauensleute des Metallarbeiter-Vereins sowohl aus Oberschlesien und Sachsen, wie aus Rheinland-Westfalen und Lothringen, daß die Arbeiter in den glühendheißen Feuerbetrieben 24 und 36 Stunden, ja selbst bis 48 Stunden (z. B. Charlottenhütte-Niederschlesien) im Werksdienst bleiben müssen! Vom „Hörder Verein“ heißt es, dort hätten Reparaturhämmer vom 1. Januar bis 1. Juni 1906 keinen freien Sonntag gehabt.

Garmlose Leute mögen annehmen, für die Ueberzeitarbeiten, Sonntagsarbeiten und dergleichen erhielten die betreffenden Leute stets Lohnzuschläge. Die Enquete des Metallarbeiter-Vereins enthüllt darüber ungeahnte Skandale. Eine ganze Anzahl Betriebe werden namhaft gemacht, wo die Ueberzeitarbeiten gratis geleistet werden müssen! In einer Reihe Vessmer- und Thomaswerken, Walzwerken und Buddelwerken sind die Ofen- und Walzwerksarbeiter verpflichtet, in regelmäßigen Zwischenräumen auch Sonntags zu arbeiten, ohne dafür Bezahlung zu bekommen! Von der Friedrich-Wilhelmshütte (Firma Krupp), Abteilung Thomaswerk, wird berichtet, dort seien die Feuerbetriebsmannschaften verpflichtet, abwechselnd am Montag schon um 3 Uhr früh zur Schicht (6 Uhr regelmäßiger Schichtbeginn) zu kommen, ohne diese Ueberstunden bezahlt zu erhalten; aber die Leute werden bestraft, wenn sie die unbezahlte Ueberarbeit nicht leisten!

Ekelregend sind die Mitteilungen über gewisse „sanitäre Einrichtungen“. Zunächst ist mal hervorzuheben, daß in 82 Werken die Mahlzeiten während der Arbeit im Qualm und Schmutz der Betriebe eingenommen werden müssen; die Leute sind regelmäßig 12 Stunden an ihre schwere Arbeit gefesselt — abgesehen von den schon erwähnten 24- bis 48stündigen Schichten —, sind genötigt, während der Betriebe dabinrast, haltig ihren Essenstopp auszulöffeln. Wie zerrüttend eine solche Ernährungsweise auf die Gesundheit einwirken muß, versteht sich am Rande. Da die Leute den Betrieb nicht verlassen dürfen, haben die — übrigens wenig vorhandenen oder zu kleinen — Speiseräume ihren Beruf verfehlt. Was sich hier für schauerhafte Zustände entwickelt haben, das muß in der Denkschrift nachgesehen werden; unser Raum reicht nicht aus, um auch nur den kleinsten Teil dieser Skandale zu registrieren. Häufig ist nicht einmal für genügendes und gesundes Trinkwasser gesorgt. Die in der Höllehitze schuftenden Leute leiden brennenden Durst obendrein. Ueber die Ventilation der Betriebsstätten wird berichtet, sie sei stellenweise

derart, daß die Leute im Gas- und Schwefeldunst ohnmächtig werden.

Die außerordentlich schwere, starken Schweiß erregende Tätigkeit des Hüttenarbeiters würde weniger körperlich zerrüttend wirken, wenn den Leuten nach der Schicht eine Gelegenheit zur Körperreinigung und Hautpflege gegeben wäre. Wie es damit aussieht, darüber sagt die Denkschrift des Metallarbeiter-Vereins: Von 111 Werken bzw. Werkabteilungen befanden sich nur 56 im Besitz von Wascheinrichtungen; davon sind nur 17 als genügend bezeichnet. Brausebäder besitzen 72 Werke, aber in 21 entfallen auf eine Brause 41 bis über 100 Arbeiter. Solche „sanitären Einrichtungen“ sind so gut wie gar keine.

Nur von 29 Betrieben wird gemeldet, dort befänden sich Ankleideräume, Aufbewahrungsstätten für die Kleider der Arbeiter. Die Feuerbetriebsarbeiter hantieren nur mit blauer Leinwandhose und dito Mittel angetan; oft ist der Oberkörper ganz entblößt, z. B. beim Buddeln. Trotzdem flieht der Schweiß in Strömen. Am Schichtschluß können sich diese Geplagten nicht ordentlich waschen; sie können meistens nicht einmal trockene und reinliche Kleider anziehen, da die Ueberkleider ungeschützt in irgend einer Ecke im Betriebsbau aufgehängt sind, Qualm, Staub, Regen und Schnee ausgefegt. Eine empörende Rücksichtslosigkeit gegenüber den allerbescheidensten Arbeiterbedürfnissen.

Unbeschreiblich ekelhaft sind die Aborteinrichtungen auf zahlreichen Werken. Von 68 werden sie als „äußerst untauber“ geschildert. In 50 Werken kommen auf je einen Abort 20 bis über 50 Arbeiter. Reinigung der Aborte, Abwaschungen der Sitze sind ansehnend als Luxus angesehen. Manche Aborte sind so eingerichtet, daß „ihre Benutzung eine Tortur bedeutet“. Die Sitzbretter sind schräg, im Winkel bis zu 45 Grad, angebracht. Die oftmals scharfkantigen Sitze machen ein festes Sitzen vollständig unmöglich! Solche Marterkosten sind aufgestellt, um den Arbeitern das „Bummeln“ — auf den Aborten zu vermeiden. In der Tat eine „humane Erfindung“!

Wenn man die Schilderungen über die unmenschlich langen Arbeitszeiten und die von zahlreichen Antreiber forcierte Abhebung der Hüttenleute liest, gewinnt man die Ueberzeugung, daß diese Arbeiterschaft körperlich zugrunde gerichtet werden muß, wird ihr nicht schleunigste gesetzliche Hilfe zuteil. Schon die enorm hohe und stark steigende Zahl der Unfälle fordert ein energisches Einschreiten des Gesetzgebers. Auf 1000 Vollarbeiter wurden Unfälle angemeldet in der

	Südwestdeutschen Eisen- und Stahl- Verufsgenossenschaft	Rheinisch-Westfälischen Hütten- u. Walzwerks- Verufsgenossenschaft
1895	91,7	152,8
1905	103,3	194,0
	Sächsisch-Lothring. Eisen- und Stahl- Verufsgenossenschaft	Nordöstlichen Eisen- und Stahl- Verufsgenossenschaft
1895	63,7	65,8
1905	63,7	98,4
	Schlesischen Eisen- und Stahl- Verufsgenossenschaft	
1895	78,8	
1905	90,4	

Die Arbeiterunfälle sind allerdings im Automobiltempo angewachsen. In der Sektion Oberhauen kamen 1905 auf 1000 Vollarbeiter 246 angemeldete Unfälle, fast jeder vierte Arbeiter erlitt einen Unfall! Ungeheuer viel Arbeitskraft und Menschenglück wird zerstört. Die Krüppel und Siechen sind in den Hüttenindustriebezirken nach Tausenden zu zählen. Erschreckend hoch sind die Krankheitsziffern. Die Lungenschwindsucht rafft zahlreiche Hüttenarbeiter dahin. Eine grauenhafte Illustration des „Automobiltempo“ unserer Sozialpolitik!

Auf die Frage nach der Häufigkeit und Intensität der Werksinspektion antworten die Vertrauensleute des Metallarbeiter-Vereins aus 63 Betrieben, es sei den Arbeitern von amtlicher Fabrikinspektion nichts bekannt geworden. Von 15 Werken wird beabsichtigte (auch gelungene?) Täuschung der Fabrikinspektion gemeldet, bestehend aus auffälligem Aufräumen, zeitweiliger Verdeckung gefährlicher Stellen, Ausstellen von Posten usw. Den Arbeitern ist nicht erkennbar, seit Jahren einen Fabrikinspektor gesehen zu haben. Das erklärt die meistens von dem Arbeiterurteil abweichenden Urteile der Fabrikinspektoren über die Hüttenwerksverhältnisse. Die Herren sind nur sehr mangelhaft informiert über die Tatsachen.

Sehr wirksam wird die Enquete des Metallarbeiter-Vereins ergänzt durch die Revisionsnachweise der Gewerbe- und Fabrikinspektoren. Sie bestätigen, vielleicht ungewollt, daß ihnen die Zustände in den Werken viel zu wenig bekannt geworden sind. So befanden sich 1905 in der Gruppe III (Bergbau, Hütten, Walz- und Hammerwerke) 4115 Anlagen, revidiert wurden nur 3646; in der Gruppe V (Metallverarbeitung) befanden sich 15 466 Anlagen, revidiert wurden nur 9301; in der Gruppe VI (Maschinenindustrie) befanden sich 18 985 Anlagen, revidiert wurden nur 9089. Ein sehr erheblicher Teil der Betriebe ist demnach gar nicht revidiert worden. Unfalluntersuchungen können schon deshalb nicht als Betriebsinspektion angesprochen werden, weil zu Unfall-

untersuchungen der Revisionsbeamten von der Werksleitung eingeladen wird.

Auch die erfolgten Inspektionen sind oft sehr problematischer Natur. Ueber ein Drittel der Hütten- und Werke ist im ganzen Jahre nur einmal revidiert worden. Von den 15 466 Werken in der Gruppe V wurden 6918 nur einmal im Jahre inspeziert; von den 13 985 Maschinenfabriken und dergleichen „erduldeten“ 6983 nur einmal im Jahre die Inspektion. Eine derartige „Revision“ gestattet dem Revisor unbedingt kein maßgebendes Urteil über den Zustand der Anlagen und die Verhältnisse ihre Arbeiter. In den Hüttenwerken wird meistens Tag und Nacht (Wechselschicht) gearbeitet. Ueberhaupt sind aber in der Gewerbe-Gruppe III (4115 Anlagen) nur 703 nächtliche Revisionen vorgenommen worden! Das erklärt schon, warum die betreffenden Hüttenarbeiter vielfach in mehrjähriger Frist keine Fabrikinspektoren zu Gesicht bekamen. Den guten Willen der Herren in allen Ehren, aber bei den obwaltenden Umständen können sie als maßgebende Gutachter über die Verhältnisse der Hüttenarbeiter nicht in Betracht kommen. Darum fällt die Enquete des Metallarbeiter-Vereins in der sozialpolitischen Literatur eine große Lücke aus. Diese gewerkschaftliche Organisation hat eine positive Arbeit von bleibender Bedeutung geleistet durch seine Enthüllung der Hüttenarbeiterverhältnisse. Die Leistung ist um so verdienstvoller, weil es außerordentlich schwierig ist, private Erhebungen solcher Art über die Verhältnisse einer Arbeitergruppe zu veranstalten, die noch sehr schwach organisiert, durch ihre aufreibende Tätigkeit abgestumpft, nur zu gleichgültig gegen die Schäden in ihrem Berufs geworden ist.

Die in Betracht kommende Arbeitergruppe belief sich 1905 auf 744 558 Köpfe (Hüttenwerke und Metallverarbeitung). Zum Teil kann man auch die 789 573 in der Maschinenindustrie beschäftigten Personen dazu rechnen. Für diese gewaltige Arbeitermasse hat die Gesetzgebung noch so gut wie keine Schutzmänner aufgestellt. Schon die unbestrittene Tatsache, daß die Hüttenleute weit überwiegend eine tägliche, ununterbrochene Arbeitszeit von 12 Stunden haben, in der Tropenhitze der Feuerbetriebe sogar 24, 36 bis 48 Stunden gearbeitet wird, bildet eine niedererschütternde Anlage gegen unsere Sozialgesetzgebung. Angesichts solcher skandalösen Zustände noch von einem „Automobiltempo“ der Sozialpolitik zu reden, dazu gehört ein sehr robustes Gewissen. Bei den Besitzern der Hüttenwerke haben wir es zu meist mit den hervorragendsten Geldmonarchen zu tun, Persönlichkeiten, deren Jahreseinnahmen oft nach Millionen Mark zu berechnen sind. Den Hüttenherren fällt es nicht ein, ohne Zwang das Los ihrer Lohnknechte zu erleichtern. Darum muß von der Gesetzgebung zwingend eingegriffen werden. Die Enquete des Metallarbeiter-Vereins hat der „nationalen“ Reichstagsmehrheit die Pflicht auferlegt, sozialpolitisch schnell und positiv Farbe zu bekennen. Entweder — oder!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. März 1907.

Aus dem Reichstage.

Vor stark gelichteten Bänken spielte sich heute eine sehr nüchterne, leidenschaftslose Sitzung ab. Debatteles wurde der Beschlusse über den Winterdiebstahl-Ver sicherungsfonds und den Reichsinvalidenfonds in dritter Lesung angenommen. Die zweite Beratung des Beschlusses über die Berufs- und Betriebszählung brachte einen Massenmord sozialdemokratischer Verbesserungsanträge. In sachkundigen Reden begründeten sie die Genossen Scheidemann und Hoch; die Mehrheit, einschließlich der Freisinnigen hörte sie kaum, und stimmte alle unsere Anträge restlos nieder; es wurde kaum für nötig gehalten, diese Entscheidung durch ein paar Worte zu begründen.

Etwas Lebendiger wurde es bei der Beratung zweier kleiner Vorlagen betreffend die Branntweinbesteuerung. Hier kommen agrarische Interessen in Frage und da regt sich die Mehrheit. Die beiden Entwürfe sind ein jagdhafter Versuch, einige besonders krasse Auswüchse der Viebesgabenpolitik an die schnapsbrennenden Junker zu mildern, um die Viebesgaben selbst zu erhalten. Die Konservativen sehen deshalb den Entwurf als einen Angriff auf „wohl-erworbene Rechte“ an, die übrigen agrarischen Parteien sind für das Befehl, damit radikalere Neuerungen vermieden werden. Der Freisinn hat seit Bestehen der Viebesgabenpolitik gegen sie einen erbitterten Kampf geführt. Er mußte sich deshalb in der Rede Pagnisches von der nationalen Mehrheit absondern, wofür ihm Herr Dietrich, der konservative Sprecher, einen gelinden Küffel erteilte. Herr Dietrich vertraut, daß der Freisinn als Regierungspartei mit der Zeit auch lernen wird, die Viebesgabenpolitik zu schlucken.

Den strikt ablehnenden Standpunkt unserer Partei betonte in einer kurzen, aber sachlich scharfen Rede Genosse Südekum. Die Vorlagen wurden an eine Kommission verwiesen.

Die Tagesordnung war damit nicht erschöpft, aber das Haus, das schon über die für Sonnabend auf 3 Uhr angelegte Schlusssitzung zusammenbleiben mußte, beschloß die Versagung.

Und nun kam das Interessanteste der Sitzung, unerledigt geblieben war die Fortsetzung der Debatte über die sozialdemokratische Interpellation betr. die amtlichen Wahlbeeinflussungen. Der Präsident aber schlug für Montag die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Verfassung, die zweite Lesung des Etat-Notgesetzes und die Beratung der Polen-Interpellation über die Schülervereinigungen der höheren Lehranstalten wegen des Schulstreiks vor: Die sozialdemokratische Interpellation sollte abgetan sein, unsere Partei sollte vorerst auf die Angriffe, die am Freitag von verschiedenen Rednern gegen sie geschleudert worden, nicht antworten können. Dagegen protestierte Genosse Bebel in energischen Worten; er forderte die Weiterberatung unserer Interpellation an erster Stelle. Nachdem Baffermann und v. Richthofen dem Präsidenten beigesprungen waren, machte Genosse Singer den Vermittlungsvorschlag, die Interpellation an Stelle der Poleninterpellation hinter das Etatsnotgesetz zu stellen. Namens des Zentrums trat Gröber diesem Antrag bei und in der Abstimmung wurde er gegen Rechte, Nationalliberale und — einen Teil der Freisinnigen angenommen. In der Tat, unter dem Geleite unserer Genossen und des Zentrums erhoben sich an vier freisinnige Volkvertreter (darunter Mugdan und Wachnick) für den Antrag des Präsidenten, die schnelle Weiterberatung einer Interpellation über amtliche Wahlbeeinflussungen zu verhindern. Freisinniges Schulbewußtsein!

Die blamierten Europäer.

Zum zweiten Male haben die Nationalliberalen Preußens in dieser Session den Versuch gemacht, den Lohn für ihre volksfeindliche und volksverräterische Politik einzubringen, und zum zweiten Male mußten sie als blamierte Europäer mit langer Nase abziehen. Unmittelbar nach der Reichstagsauflösung haben sie auf die Entfernung des Kultusministers v. Studt aus seinem Amte gedrungen, und als ihr Wunsch sich nicht erfüllte, da haben sie bei der Besprechung der Interpellation über den Vermerk jenen tragikomischen Versuch gemacht, den ihnen verhassten Herrn zu hängen. Aber auch dieser Versuch mißlang. Herr v. Studt sitzt fester als je im Sattel; er vertritt im Landtage über die kompatible konservativ-liberale Mehrheit, die ihm, als dem typischen Vertreter des finsternen Mittelalters, unbedingtes Vertrauen entgegenbringt. Daß er dieses Vertrauen wirklich besitzt, das bewies am Sonnabend die Beratung über den nationalliberalen Antrag auf Einführung der sachmännischen Schulaufsicht, der mit gewaltiger Mehrheit abgelehnt wurde. Und das, obwohl sogar Reichher v. Belding den Antrag nicht nur mit Unterstützung hatte, sondern ihn auch in so energischer Weise vertrat, daß die Konservativen sich von ihm wie von einem Reichsfeinde abwanden und ihn, in dem sie seit langeren Jahren fürchterlich abgemacht haben, in dem sie seit Jahren, wie einen Schußbuben ablangelten.

Die Debatte, die stellungsweise einen geradezu stürmischen Verlauf nahm, ist charakteristisch für unsere innerpolitischen Zustände. Fort und fort hält der deutsche Reichskanzler, der gleichzeitig preussischer Ministerpräsident ist, mehr oder weniger schöne Reden, in denen er die Notwendigkeit betont, etwas liberaler als bisher zu regieren. Er sagt es ihm mit diesen Worten natürlich nicht; denn sonst hätte er schon längst den Versuch machen müssen, in Preußen, das ja den Hort der Reaktion für ganz Deutschland bildet, wenigstens einige beschreibende Reformen durchzuführen. Preußen marschiert aber bekanntlich auf allen Gebieten der Reaktion in Deutschland voran: es hat ein Vereinsgesetz, durch das es den Spott der meisten übrigen deutschen Bundesstaaten herausfordert; es hat ein Wahlgesetz, das den größten Teil des Volkes ausschließt, und auf dem wichtigsten Gebiete der Volksschule herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Hier die bessernde Hand anzulegen, wäre die erste Pflicht eines führenden Staatsmannes, dem es wirklich darum zu tun ist, den Forderungen der Zeit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Aber der Ministerpräsident Fürst Bülow kümmert sich anscheinend um die inneren Angelegenheiten Preußens überhaupt nicht; die Sorge hierfür überläßt er seinen Reformministern, gleichsam als wenn es sich um nebensächliche Dinge und nicht vielmehr um hochwichtige politische Fragen handelte. Auch bei der Beratung des Antrages über die Einführung der sachmännischen Schulaufsicht ließ er sich im Hause nicht blicken; er hatte Herrn v. Studt mit der Vertretung des Staatsministeriums betraut, und dieser Herr, der seiner Aufgabe auch nicht im entferntesten gewachsen ist, sah am Ministerisch wie der bekannte Greis auf dem Dache. Fast konnte man Mitleid mit ihm haben, als die Angriffe so wichtig und zahlreich auf ihn niederprasselten, Angriffe, die eigentlich an eine ganz andere Adresse gerichtet waren.

Geradezu komisch wirkte es, als in Erwiderung auf die besonders schweren Angriffe des Abgeordneten Reichher v. Belding sich der Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff erhob, um ein laiches Loblied auf seinen Herrn und Richter zu singen. Es dürfte wohl einzig in der parlamentarischen Geschichte da stehen, daß ein im Hause anwesender Minister sich nicht selbst verteidigt, sondern einem seiner Untergebenen die Verteidigung überläßt. Das mochte Herr v. Studt schließlich wohl selbst fühlen; denn unmittelbar nachdem Herr Schwarzkopff geendet hatte, ergriff auch er das Wort, um seine Verdienste zu preisen. Aber er verband damit nur, was sein Geheimrat gutzumachen sich bemüht hatte; denn als er als eines seiner hervorstechendsten Verdienste die — Einführung einer einheitlichen Orthographie „von der Nemele bis an den Fuß der Alpen“ bezeichnete, da war es um den Ernst des Hauses geschehen, und stürmische Heiterkeit durchbrauste das Haus.

Von den Fraktionschefs der verschiedenen Parteien sprachen die Herren Dr. v. Heydebrand (L.) und Dr. Forst (Z.) dem Minister ihr volles Vertrauen aus, während die Nationalliberalen Dr. Friedberg und Schiffer, der Freisinnige Hund und, wie bereits erwähnt, auch der freikonservative Reichher v. Belding an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Besonders veräppelt sind die Nationalliberalen, die an dem Zustandekommen des Schulaufsichtsgesetzes so lebhaften Anteil haben und nun sehen müssen, wie die Regierung die Konsequenz zieht und den Verfassungsberechtigungen immer weiter Vorlauf leistet. Ihr Führer Dr. Friedberg ließ durchblicken, daß ihnen ihre Zustimmung zu diesem Gesetz leid tut; aber die Neue kommt zu spät. Volksfeindliche Gesetze schaffen ist leicht, sie zu beseitigen schwer.

Besonders erwidert sind die Nationalliberalen darüber, daß die Regierung in Preußen zum Zentrum und nicht zu ihnen steht. Die Regierung hält es eben immer mit derjenigen Partei, die sie gerade braucht. Wenn sie die Nationalliberalen braucht, wird sie sie schon wieder rufen, und sie darf sicher sein, daß diese dann die Fußstapfen vergessen und sich liebedienlich wieder der preussischen Regierung nähern werden. Vor allem aber ist es bezeichnend, daß Fürst Bülow als Reichskanzler die Liberalen gegen das Zentrum mobil macht, während er als Ministerpräsident sich auf das Zentrum gegen die Liberalen stützt. Es geht doch nichts über Gesinnungslosigkeit und Zielbewußtsein!

Sozialistentöerei in der Mädchenschule.

Man weiß, wie sich die Gegner der Sozialdemokratie über die sozialistischen Jugendaufklärungsbemühungen zu entsetzen pflegen. Selbst die unpolitischen Vereinigungen jugendlicher Arbeiter pflegt man nicht anders als „Laudubenevereine“ zu nennen. Wenn aber die Schule, nicht nur die höheren Schulen, sondern auch die Volksschule, dazu mißbraucht wird, die abgeschmackteste und verlogenste Propaganda für Welt, Flotten und Kolonialpolitik zu treiben, so halten das die Anhänger unserer kapitalistischen Ordnung für durchaus erlaubt!

Zu welchem Umfang die Sozialistentöerei in der Volksschule ausgeartet ist, beweist ein Dokument, das uns aus Potsdam zur Verfügung gestellt worden ist. Dort ist den Schülerinnen einer Gemeindefchule folgende „Information“ zum Auswendiglernen von der Lehrerin diktiert worden:

Die Sozialdemokratie.

Durch den Gründerschwindel wurden einzelne Leute reich. Das erweckte in einzelne Männer Neid. Und sie stellten sich an die Spitze der Unzufriedenen. So z. B. Kaffalle, Marks und Bebel. Diese drei und ihre Anhänger nannte man Sozialdemokraten. Sie wollten, es sollte keine Arbeitgeber geben. Man sollte für die Genossenschaft arbeiten. Die Maschinen und Fabriken sollten den Arbeitern gehören. Das Einkommen kam in eine Kasse und sollte gleichmäßig verteilt werden. Im Jahre 1878 wurde das Ausnahmengesetz herausgegeben. Dieses erlaubte, daß alle Agitatoren aus dem Lande ausgewiesen werden durften. Es wurde aber bald wieder aufgehoben. In dieser Zeit taten Nobeling und Hödel zwei Attentate auf den Kaiser. Als er wieder genesen war, sagte er: „Ich werde nicht eher ruhen, bis der Kerne im Reiche ruhig und zufrieden leben kann.“ Nun führte er die Unfallversicherung ein. Auch gab er das Alter- und Invalidengesetz heraus. Der Arbeiter und Arbeitgeber mußten Beiträge zahlen. Krupp und Vorjag hielten für Ihre Arbeiter Wohnhäuser. Auch wurde die Gesundheit Lungenheilstätten, Seehospize und Ferienkolonien. Die Sozialdemokraten sind trotzdem nicht zufrieden. Auch soll Herr Bebel geäußert haben: „Ich werde mich hüten, den Arbeitern ne Wünsche zu braten, denn sie sollen unzufrieden sein.“ An Stelle der Monarchie soll die Demokratie stehen. Die Sozialdemokratie will das Gesellschaftswesen umstürzen. Auch sagen sie, die Religion ist Privatsache. Auch wollen sie kein Familienleben und keine Ehe haben. Viele Arbeiter gehören zu der Sozialdemokratie. Aber noch viel mehr sind Königstreue. Man wurden zum Wohl der Arbeiter der Knappschaffsverein, Verband der Eisenbahner und Werkmeisterverband gegründet. Auch Sparkasten, Krankenheilanstalten eingerichtet. Auch wollten sie für die gerechten Forderungen, auf friedlichem Wege eintreten; und die Streiks vermeiden. Die Sozialdemokratie wuchs. 1874, 9 Mandate, 1903, 55 M., 1907, 49 Mandate.

Es verlohnt nicht der Mühe, diesen aus der Hergenklühe der Reichstagsfabrik hervorgehenden Neid einer Kritik zu unterziehen. Jeder „Vorwärts“-Leser weiß, daß die Attentate der Hödel und Nobeling mit der Sozialdemokratie nicht das mindeste zu tun hatten. Nur das sei bemerkt, daß in dieser Schulbelehrung das gefährlichste Reichsverbandszitat von dem „Braten einer Extrawurst“ zur Umwechslung Bebel unterschoben wird, während es in der reichsverbandlichen Originalverleumdung Singer zugeschrieben gewesen war!

Die ganze „pädagogische“ Methode ist zu kindisch, um ernst genommen zu werden. Sie charakterisiert aber trefflich die vor seiner Entwürdigung des Schulunterrichts zurückschreckende Kampfesweise unserer Gegner und ihrer Organe, zu denen nicht nur die Staatsanwälte, Landräte, Gendarmen, sondern auch die Pastoren und vielfach auch sogenannte „Volkshilfen“ gehören. Daß die Lehrer sich außerhalb ihrer Berufstätigkeit dem politischen Sport der Sozialistenernennung widmen, zeugt zwar von einem bedauerlich geringen Maße politischer Bildung, ist aber zweifellos ihr gutes Recht. Daß sie sich aber auch dazu hergeben, auf höheren Wunsch das kolportierten reichsverbandlicher Anekdoten zu einem Lehrgegenstand der aus den Mitteln des Volkes unterhaltenen Schule zu machen, ist überaus traurig! Das wenigstens sollte ihnen doch einleuchten, daß dadurch jedes Vertrauen nicht nur der Eltern, sondern auch der Schüler zu solchen Lehrern völlig untergraben werden muß!

Deutsches Reich.

Unwissenheit. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ weiß auf unsere gestrigen Feststellungen über die Pariser Kommune nichts anderes zu entgegen, als daß der „Vorwärts“ seine „Unwissenheit“ damit bewiesen habe, daß er den General Thomas neben Lerome als Urheber des Blutvergießens bezeichnet habe, das dann zum Lynchakt gegen diese beiden Generale führte. Nun, Thomas fiel als Opfer der Volkstrotz sowohl wegen des Vorgehens der Verfasser als auch besonders wegen seiner Vergangenheit als Junisilächter!

Der „Nordd. Allg. Ztg.“ sieht solche Entrüstung über die „Unwissenheit“ des „Vorwärts“, des Blattes, das ihr unangesehnt Unwissenheit und Fälschungen nachzuweisen imstande ist, besonders gut an. Als seinerzeit Oberst Deimling über die Taten des Burenkriegs die blamabelste Unwissenheit bekundete und sich keine klägliche Ignoranz vom „Vorwärts“ wiederholt nachweisen lassen mußte, wußte weder der Regierungsvertreter, Oberst Deimling, noch die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ irgend etwas zu antworten! Und da mag das Blatt den Satz zu Papier zu bringen: „Es ist erntlich, wie sich die Unwissenheit in dem Zentralorgan der Sozialdemokratie spreizen darf.“

Der Paarungstrieb der „Bosjischen Zeitung“.

Die „Bosj. Ztg.“ konzentriert sich seit den Reichstagswahlen immer mehr nach rechts. Das Wort des von ihr hochverehrten Kanzlers über die konservativ-liberale Paarung hat auf ihr empfangliches Gemüt allem Anschein nach großen Eindruck gemacht, und da sie in richtiger Einschätzung der Charakterfestigkeit den von ihr vertretenen Liberalismus beim Paarungsgebot als den femininen Teil betrachtet, so sucht sie nach rechter Frauenart sich dem männlichen Konservatismus möglichst anzupassen und sich von diesem, wie es im Wilde heißt, wie der Esu am Eigenstamm emporzurücken. Das Blatt hat in letzter Zeit für dieses Anflammerungsbestreben manche schönen Beweise geliefert; einen neuen Beleg dafür erbringt es durch seinen heutigen Leitartikel über die gestrige Reichstagsitzung. Von einer wirklichen Wahlbeeinflussung der Regierung und ihrer Beamten vermag die „Bosj. Ztg.“ in ihrer Alljährlichkeit nichts zu entdecken und die Tätigkeit der Generale Reim und Liebert, meint sie, beruhten doch der Unterstützung dieser Tätigkeit aus dem Reichskanzleramt die „amtliche Wirksamkeit der Regierung“ nicht im geringsten. Wörtlich schreibt sie:

„Denn die Betrachtungen über die Tätigkeit der Generale Reim und Liebert, so interessant sie sein mögen, berühren an sich die amtliche Wirksamkeit der Regierung nicht, weil weder der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie noch der Deutsche Flottenverein einer Amisbelle unterliegen. Für die Kundgebungen des Reichsverbandes ist der Reichskanzler ebenso wenig verantwortlich wie für die Briefe des Geschäftsführers des Flottenvereins. Allerdings hat ja Fürst Bülow einen langen Brief an den General v. Liebert geschrieben und veröffentlicht. Aber wer findet darin einen Mißbrauch der Amtsgewalt? Das alles hätte der Reichskanzler auch im Reichstage sagen können und hat er inzwischen getan. Genau. General Reim hat in seinen Briefen, deren Inhalt wider-

rechtlich und leichsinnig bestimmet durch einen groben Vertrauensbruch in die Öffentlichkeit gebracht worden ist, mancherlei vom Fürsten Bülow und der Reichstagskanzler erzählt. Aber Auskunft über solche Briefe zu geben, ist zunächst ihre Urheber befragen, dem in der Aufregung des Gefechts Fortwärtler und Mißverständnisse unterlaufen sein können. Lediglich hat sich auch über seine Beziehungen zum General Reim der leitende Staatsmann schon bei der Staatsberatung ausgelassen und wenn einzelne Beamte sich Verfassungen schuldig gemacht haben sollten, wird man auf Sühne rechnen dürfen.

Was sonst an Einzelheiten über amtliche Wahlbeeinflussungen mitgeteilt wurde, ist entweder wenig belangreich oder bedarf noch des Beweises.“

Man sieht, die Paarungsmanie verdirbt auch auf dem Gebiet der Politik den weiblichen Charakter.

Konservativer Wahlschwindel.

Vor einiger Zeit konnten wir auf Grund eingehender Information seitens unserer Parteigenossen feststellen, daß bei der Reichstags-Stichwahl im Kreise Ost-Prignitz freikonservativer Wahlbetrug verübt hatten. Erst durch eine Anzählung der hiesigen „Deutschen Tageszeitung“ fühlte sich der Leiter des freikonservativen Wahlkomitees veranlaßt, seinem gepreßten Herzen durch einige gemundene Redensarten Luft zu machen. Er erklärte: „Da der „Vorwärts“ selbst zugibt, daß die Unterzeichner des Aufrufs seiner Partei vollständig fernsehen, so erübrigt sich ein näheres Eingehen auf diese Angelegenheit.“

Du liebe Enfant! Vielleicht ruft sich das freikonservative Wahlkomitee die Angelegenheit etwas besser ins Gedächtnis zurück. Wir sind gern bereit, es dabei nach Kräften zu unterstützen, und stellen fest: Die für ihre Hälfte von dem freikonservativen Wahlkomitee bezahlten vier Herren sind an unsere Parteigenossen in Strich und Wittstock mit der unwahren Behauptung herangetreten, der Reichsstand der sozialdemokratischen Partei sei von ihrer Agitationsarbeit unterrichtet und stimmen dem vollständig bei. Es sind die Herren ferner in der von uns abgedruckten Annonce des „General-Anzeigers für die Prignitz“ den Arbeitern als Parteigenossen inanguriert worden. Der Leiter des freikonservativen Wahlkomitees gibt zu, die Leute bezahlte zu haben. Man ist sogar soweit gegangen, den Verteilungen an der Sache die Strafmandate, die sie sich in Verfolg ihrer Mission zugezogen haben anstandslos zu bezahlen. Es wäre nun wohl gegen jede Logik, etwas zu bezahlen, was man nicht gefant hat. Will man viellecht behaupten, nicht gewohnt zu haben, wozu diese Hülfskräfte Fahrgeld, Speisen usw. nach Strich und Wittstock, sowie Bezahlung der erwiderten Strafmandate erhielten?

Wir bezweifeln, daß die freikonservativen Herren sich eine so kindliche Naivität bewahrt haben und brauchen von unserer Behauptung, daß freikonservative in der Ostprignitz nicht nur Wahlschänder, sondern sogar Wahlbetrug verübt haben, auch nicht ein Jota zurückzunehmen.

Im Anschluß hieran möchten wir noch folgendes registrieren: Es wurde kurz vor dem 25. Januar im Kreise Ostprignitz ein Flugblatt verbreitet, nach dem der freikonservative Kandidat, Herr Löcher, seine Kandidatur aus nationalen Gründen zurückgezogen hätte. Der Anführer dieser Mär war der antisemitisch angehauchte landwirtschaftliche Hochschüler Hans Hildebrandt, der sich in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung seinen Mund etwas stark verbrannt hat. Herr Löcher ist nun nach Bekanntgabe des Leiters des freikonservativen Wahlkomitees derjenige gewesen, der dem Staatsanwalt in Neuhoppin die weitestgehende Unterstützung in der Ermittlung des Täters hat zuteil werden lassen.

Gegen den Wahlbetrug der feindlichen Brüder ruft man den Staatsanwalt an; den betrügerischen Wahlschwindel der eigenen Anhänger bezahlen die freikonservativen Herren und suchen ihn nach Kräften zu beschönigen.

„Er.“

Wird die schöne Tafelrede Bülows auf dem Festessen des Deutschen Landwirtschaftsvereins schon von der konservativen Presse, soweit sie die Ansichten des Kanzlers kennt oder wittert, recht abfällig beurteilt, so noch weit mehr von der Zentrumspreffe. Die „Germania“ verspottet die Bülowische Schönrederei und die immer mehr in dieser zugute tretende aufbringliche Selbstgefälligkeit in folgender treffenden Weise:

„Wenn liberale Blätter sich über diese Rede lebhaft beunruhigt zeigen, weil sie allzu freundlich für die „Agrarier“ und den Bund der Landwirte klinge, so halten wir das für sehr überflüssig. Der Reichskanzler hat ja gar nichts Bestimmtes und Greifbares gesagt, sondern sich in den allgemeinen, ungreifbaren Redensarten bewegt, mit denen der perfekte Wortmacher immer arbeitet, wenn er sich mit den ihm fremden Fragen der inneren Politik beschäftigt. Die Hauptsache ist ihm, daß es verbindlich und freundlich klingt und alle Zuhörer entzückt sind. Hat er den Landwirten eine Menge schöner Worte geboten, so können sich doch auch die Leute von Kapital und Börse nicht beklagen, denn er hat gleichzeitig alles wiederholt, was er gelegentlich in den ihm vorgelegten Ausschüssen der Börsepreffe über die Schädlichkeit des Börsengesetzes gelesen hatte. Wenn die Landwirte in der Mehrheit des Reichstages keine bessere Gewähr dafür hätten, daß ihre Interessen nicht werden preisgegeben werden, als in der Tischrede des Reichskanzlers, so könnten sie nur alle Hoffnung fahren lassen. Im übrigen ist es bemerkenswert, wie Fürst Bülow in seinen „Staatsreden“ immer mehr die eigene Persönlichkeit in den Vordergrund stellt; „ich“, „ich“, „mich“, „mich“, „mit“, „mir“, „mir“, „mir“, „meine Politik“ usw. Er scheint sich wirklich schon einzubilden, er sei Er.“

Die amtliche Wahlkorruption geklärt!

Eine Korrespondenz meldet: Zu der Affäre des Diebstahls von Briefen des General Reim wird gegenüber den gestern im Reichstage gemachten Ausführungen, wonach es sich lediglich um Abschriften der Briefe handeln soll, mitgeteilt, daß gegen den der Tat dringend verdächtigen Registrator Oscar Janke Haftbefehl erlassen ist, weil er dringend verdächtig sei, sich einen Teil der Briefe im Original mittels Erbrechen eines Behältnisses zugeeignet zu haben.

Wahrscheinlich wird sich der „dringliche Verdacht“ sehr bald als unbegründet herausstellen. Aber es muß doch etwas geschehen, um die Schmach der amtlichen Wahlbeeinflussung aufzuklären. Und da verdächtig man — genau so wie bei der Kolonialkommission! — den Enthüller dieser Schmach!

Börsengesetz-Reform.

Einige Blätter hatten gemeldet, daß der Börsenausschuß berufen werden sollte, um sich in bezug auf die geplante Reform des Börsengesetzes zu äußern. Wie die „Berl. Vol. Nachr.“ mitteilen, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen. Anscheinend liege eine Verwechslung insofern vor, als der Auffstellung der betreffenden Vorlage im Bundesrat zwar nicht Verhandlungen des Börsenausschusses, wohl aber solche zwischen den beteiligten Ressorts des Reiches und Preußens voranzugehen sollen. Was den Inhalt der Novelle zum Börsengesetz anlangt, so würde man, meint das Blatt, in der Annahme nicht fehlgehen, daß der Rahmen der Reform weiter sein werde, als der war, den die dem Reichstage bereits einmal unterbreitete Vorlage hatte:

„Ganz ebenso sicher ist es, daß in dieser Novelle das Verbot des Terminhandels in Getreide- und Röhrenfabrikaten in keiner Weise berührt, also voll und ganz erhalten werden soll. Ansonst wird also auch der Resolution entsprochen werden, die der Deutsche Landwirtschaftsrat in seiner gestrigen Sitzung über die Reform des Börsengesetzes gesagt hat. Ebenso dürfte dieser Resolution

nach der Richtung Rechnung getragen werden, daß in der geplanten Novelle zum Würfengesetz für die Erreichung der gesetzgeberischen Ziele gesorgt werden wird, die mit der Einführung des Würfengesetzes verknüpft werden. Wohl aber wird es Gegenstand erster Erwägungen sein, ob dafür die jetzige Form des Würfengesetzes beizubehalten oder ob dafür ein Ersatz zu schaffen sein möchte, der auch den zahlreichen Einwendungen, die jetzt von den verschiedensten Seiten gegen die betreffenden Bestimmungen des Würfengesetzes erhoben werden, gerecht wird."

Oberbrieffträger — Dr. Ing. — Technischer Rat.
Deutschland ist der Welt vielfach in einer Beziehung voran: in der Schaffung immer neuer Titel. Daß den Ingenieuren das Recht verliehen wurde, sich Dr. Ing. zu nennen, mochte noch dem Ehrgeiz eines Teiles dieser Herren entsprechen. Der Titel Oberbrieffträger hatte dagegen schon selbst für die beteiligten Beamten einen starken Stich ins Komische. Nunmehr teilt der „Reichsanzeiger“ mit, daß den technischen Innarbeitern bei den zum Geschäftsbereich des Reichsanzeigers des Innern gehörenden Behörden bis zu einem Drittel ihrer Gesamtzahl und nach mindestens zwölfjährigem Dienstalter der Titel „Technischer Rat“ erteilt werden könne. Deutschland in der Welt voran! Höchstens China läme noch als Deutschlands Konkurrent in Frage!

Oberpräsident v. Schorlemer.
Auf dem Ständebund des rheinischen Provinziallandtages hielt der Oberpräsident der Rheinprovinz, Herr v. Schorlemer eine politische Rede. Er pries es als eine hohe Ehre, „an der Spitze der volkreichsten und schönsten Provinz der Monarchie zu stehen“. „Aber“, so fuhr der Redner fort, „wo viel Licht ist, da ist auch viel Schatten. Wer im öffentlichen Leben an exponierter Stelle steht, muß sich auch die Kritik und den Tadel gefallen lassen. Er hat aber ebenso wie jeder andere Staatsbürger den berechtigten Anspruch darauf, in seiner ehelichen Ueberzeugung geachtet und nicht persönlich beschimpft und verdächtigt zu werden. In einer Wahlversammlung an der Mosel hat mich ein Redner zu der schlimmsten Sorte der Rebläuse geredet. In Elberfeld hat ein im Dienste der großen Gladbacher Organisation stehender Geistlicher von dem Schorlemer-Akt gesprochen, „dessen Andenken sein Sohn trüben kann“. Ich erwähne solche Äußerungen nicht, weil sie mich persönlich beleidigen haben. Ich kann mich für meine Person damit trösten, daß es nicht die schlechtesten Früchte sein sollen, an denen die Wespen nagen. Ich muß aber solche Angriffe tadeln, weil sie in weitaus stärkerer Maße gegen andere Herren erhoben wurden, die es gewagt haben, ihrer von den Anschauungen der stärksten Partei in dieser Provinz abweichenden politischen Ansicht Ausdruck zu geben. Es liegt System in solchen Angriffen, das Bestreben nämlich, jeden in seiner religiösen Ueberzeugung bei der Bevölkerung zu verdächtigen, der in politischen und nationalen Fragen eine von dem Parteiprogramm abweichende Meinung zu haben und zu äußern wagt. Presse und Redner haben sich in dieser Weise vielfach veründigt. Gegen solches Gebaren, das unser politisches Leben vergiftet, das die Interessen des Vaterlandes ebenso wie die der Kirche schädigt, muß ich bei der ersten sich mir bietenden Gelegenheit laut und öffentlich Einspruch erheben. Ich werde es auch fernerhin bekämpfen und rechne in diesem Kampfe auf die Unterstützung aller derjenigen, die mit mir die Ueberzeugung teilen, daß auch im Kampfe der Parteien dem politischen Gegner die persönliche Achtung nicht versagt werden darf."

Es ist gewiß sehr traurig für einen Oberpräsidenten, mit einer Reklama beschuldigt zu werden, und wir bedauern ihm nicht, daß er alles aufwendet, um die von ihm gekennzeichnete Art des politischen Kampfes zu brandmarken. Vielleicht denkt er auch mal daran, daß es in der Rheinprovinz nicht nur nationale Katholiken und Liberale gibt, sondern auch Sozialdemokraten, denen gegenüber die Polemik des Zentrums nicht mit Worten, sondern mit der Faust und noch schlimmeren Instrumenten arbeitet. Die Ehre, an der Spitze der schönsten Provinz zu stehen, würde gewiß nicht darunter leiden, wenn der Herr Oberpräsident dafür sorgen wollte, daß in seinem Reiche dem sozialdemokratischen Gegner dieselbe Achtung zuteil wird, auf die der Herr Oberpräsident Anspruch macht.

Der Nationalverein des Liberalismus.
Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden: „Eine von bayerischen Liberalen aller Parteirichtungen einberufene und von zahlreichen Vertretern liberaler Vereinigungen Süddeutschlands besuchte Versammlung beschloß heute in München die Gründung eines Nationalvereins für das Deutsche Reich. Der Nationalverein soll in der Selbstständigkeit der liberalen Parteien nicht eingreifen; der Anschluß steht einzelnen Mitgliedern wie liberalen Vereinigungen offen. Es sollen alljährlich Tagungen großen Stils veranstaltet werden. Die Gründung vollzog sich unter begeistelter Zustimmung der Versammlung. Aus allen Teilen des Reiches sind warme Sympathiebekundungen hervorragender Ränner eingelassen.“
Die „Tagungen großen Stils“ des Vereins sollen alljährlich in München zur Zeit des Kaiserjubiläums stattfinden.

Nationalliberale Jugendvereine.
Die nationalliberale Jugendvereine wollen, da sie sich als Wählerchleppvereine bei der letzten Wahl prächtig bewährt haben, ihre Organisation ausbauen und überall Zweigvereine einrichten. Die Geschäftsstelle des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend teilt mit, daß sie zunächst in folgenden Plätzen Vereine zu gründen wünscht: Altona, Bielefeld, Bremen, Breslau, Braunschweig, Chemnitz, Dresden, Dortmund, Dessau, Erfurt, Siegburg, Krefeld i. S., Greiz, Gummersbach, Greifswald, Götting, Berg Gladbach, Hamburg, Herbolzheim, Jena, Kiel, Koblenz, Koburg, Meiningen, Mühlhausen, Nürnberg, Paderborn, Passau, Regensburg, Rastatt, Rostock, Stettin, Tübingen, Weimar, Worms.

Flottenbegeisterung und Unternehmerprofit.
Wie die Firma Felten u. Guilleaume in Köln ihren Arbeitern durch Anschlag in der Fabrik bekannt gibt, beabsichtigt der Deutsche Flottenverein „sogenannte Arbeiterabende“ zu veranstalten, an welchen volkstümliche Vorträge über volkswirtschaftliche Fragen gehalten werden sollen. Die Abende, die später regelmäßig stattfinden, dürften besonders geeignet sein, das Wissen (?) der Zuhörer zu erweitern, sie anzuregen und aufzuheitern, (?) und dürften speziell die Vorträge, die über **koloniale und Flottenfragen** abgehalten werden, das Interesse unserer Arbeiter finden.

Wie man sieht, beginnen die Flottenvereiner die Vorbereitungen für die künftigen Reichstagswahlen schon jetzt. Um die Arbeiter für den Flotten- und Kolonialismus sowie den Exportpatriotismus einzufangen, redet man ihnen vor, man wolle ihr Wissen erweitern und sie auflären. Die sozialdemokratische Presse wird schon dafür sorgen, daß diese „Aufklärung“ von den Arbeitern richtig gewertet werden wird, und die Firma Felten u. Guilleaume unterstützt und bei dieser Arbeit in dankenswerter Weise. Es geht nämlich in dem Anschlag weiter mit der größten Offenherzigkeit selber ein, weshalb sie sich für den Flotten- und Kolonialismus begeistert. Es heißt dort: „... da wir einerseits schon einen verhältnismäßig großen Teil Hans aus den deutschen Kolonien verarbeiten und andererseits unsere Lieferungen an die deutsche Kriegsmarine einen beträchtlichen Teil unserer Taumittelproduktion bilden.“ — Also: je größer die Flotte, um so mehr Taumittel brauchen die Kriegsschiffe und um so mehr kann die Firma Felten u. Guilleaume liefern. Und überdies wird die Kolonialverwaltung nicht veräumen, eine so flottenfreundliche und regierungsergebene Firma für die Folge mit noch größeren Aufträgen zu bedenken. —

Liebert sagt. Die „Leipziger Volkszeitung“ meldet: Er will klagen, Herr Liebert nämlich, weil ihn Genosse Schöpflin einen Lügner genannt hat. Also wissen die hiesigen „Neuesten Nachrichten“ zu melden. Wir wissen davon noch nichts. Hoffentlich haben die „Neuesten Nachrichten“ ausnahmsweise mal recht. —

Ausland. Frankreich.

Gesellschaftsleiterische Leichenbestatter.

Paris, 14. März. (Sig. Ber.)
Ob man jemals die eigentliche Ursache der Explosion des Panzerschiffes „Jena“ finden wird, das ist noch ganz ungewiß, aber von allen Hypothesen haben bisher diejenigen am meisten Wahrscheinlichkeit, die sie mit der auch in den Kreisen der Vorgesetzten häufig anzutreffenden französischen Sorglosigkeit in Verbindung bringen. Die reaktionäre Presse jedoch, die gerade jetzt in einer sozialistischeren Kampagne steht, sucht sogar an dem allgemeinen Unglück Kapital zu schlagen. So haben selbst Blätter, die sonst ernst genommen werden wollen, das blödsinnige Gerücht von einem verbrecherischen Anschlag verbreitet, der natürlich den Sozialisten zugeschrieben wird! Als ob revolutionäre Matrosen auf nichts Besseres verfallen könnten, als sich selbst und ihre Kameraden in die Luft zu sprengen.

Aber auch Zeitungen, die nicht ganz so weit im Aberwitz und in der offenen Gemeinheit gehen wollen, bemühen sich, durch die waghalsigsten logischen Sprünge eine Verbindung zwischen dem Unglück von Toulon und dem Klassenkampf des Proletariats herzustellen. So schließt heute der „Temps“, der seit einigen Tagen die Auflösung der Arbeitskonföderation fordert, einen Artikel, der mit patriotischem Tränenerguß beginnt, mit dem Wutschrei, daß die „vernünftige Tölpelheit der Revolutionäre“ gefährlicher sei als das blinde Loben der Elemente: „Während wir schmerzbewegt die Ursache eines unerwarteten Unheils suchen, gibt es anderwärts unter dem Namen von Gewerkschaften und Arbeitsbüros — Laboratorien von Katastrophen. Die Zustände, die ohne ernstlichen Grund ausbrechen, die Schiffe, die ganz nahe an den Zentren des Internationalismus explodieren (!) — das sind ernste Gründe, um diejenigen, die die Verantwortung für die Republik und das Vaterland tragen, ihre Wachsamkeit verdoppeln zu lassen.“ —

Man sieht, mit welcher brutalem Haß die Journale der Bourgeoisie die Unterdrückung der Arbeiterklasse begehren. Das ekelhafteste an diesem Treiben ist, daß bei ihm nicht einmal die besinnungslose Leidenschaft wirksam ist, die selbst noch die Grausamkeit der Kommuneschlächter erklären kann, sondern daß dieses Loben auf kaltem Wege erzeugt ist und eine Veranlassung lediglich in dem Wunsche des Unternehmertums hat, seinen Profit und seine Ausbeuterautorität nicht durch die Einkommensteuer und durch die Sonntagsruhe und das Gewerkschaftsrecht der Arbeiter verletzten zu lassen! —

Es werde Licht!

Paris, 16. März. (B. L. V.) Jaures kündigt in der „Humanité“ an, daß die Gruppe der geeinigten Sozialisten angesichts der von antirepublikanischen Blättern und von Organen des Vatikans ausgestoßenen Drohungen beschlossen habe, in der nächsten Kammer Sitzung, also voraussichtlich am Montag oder Dienstag folgenden Beschlufantrag einzubringen: „Es möge ein mit gerichtlicher Gewalt ausgestatteter Untersuchungsausschuß eingesetzt werden, der sich sämtliche aus der Zeit nach der Aufhebung der päpstlichen Nuntiatur herrührende Papiere Montaignis ausliefern lassen soll.“ — Wie das Blatt meint, werde der Beschlufantrag zweifellos einstimmig angenommen werden; denn welche Partei der Rechten oder Linken könnte dagegen sein, daß in diese Angelegenheit die vollste Klarheit gebracht werde. Die bisherigen unvollständigen Enthüllungen hätten nur dazu beigetragen, daß allerhand Legenden verbreitet und Klänse angezettelt werden.

Italien.

Im Dienste der russischen Polizei.
Rom, 17. März. (Eigener Bericht.) Der „Abanti“ hat wiederholt Klagen darüber veröffentlicht, daß russische Emigranten in Italien einer ebenso grotesken als lästigen Ueberwachung von Seiten der italienischen Polizei unterworfen sind. Die italienischen Behörden und ihre Organe scheinen zum Ueberfluß auch jedes Gefäß dafür verloren zu haben, welche Schmach dieses Verhalten für Italien darstellt. Ist doch z. B. im Genueser „Secolo XIX“ ganz gemächlich zu lesen:

„Seit einiger Zeit ist in Italien ein junger Mann angekommen (hier folgt die Personalbeschreibung), auf den unsere Polizei durch die russische Regierung aufmerksam gemacht worden ist als auf einen gefährlichen Anarchisten. Es ist dies der Sohn des ersten Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Merwodol Lobedineff. Dieser hat sich in Rom niedergelassen, wo er auf Verbefehl des Ministeriums von den Polizisten der politischen Abteilung aufmerksam überwacht wird.“
Nun man mit größerer Schamlosigkeit zugeben, daß ein Wink des Zaren genügt, um die Regierung die Pflichten des Anstands und das traditionelle Akzept des Landes vergessen zu lassen? —

In Preußen-Deutschland ist es bekanntlich mit der antilichen Liebestreue gegenüber russischen Polizisten und Ministerwinken nicht besser bestellt. Gerade in der letzten Zeit sogar weht der preussische Wind wieder rechtlich scharf. Man hört von rigorosen Ausweisungen, durch die russische Professore und Proletarierinnen betroffen werden, die sich rechtlich ihr Brot verdienen, man hört von rüchsigloser Anwendung der Ausweisungsbefugnis gegen russische Emigranten, deren Familienangehörige schwerkrank in irgend einem Spital auf preussischem Boden liegen, usw.
Dem von unserem römischen Korrespondenten geschilderten Fall läßt sich übrigens das Erlebnis an die Seite stellen, das ein nach Paris durchreisender Russe am 8. d. M. auf dem Spondauer Bahnhof — dicht bei Berlin — hatte: Von einem Polizisten, den er um Auskunft über seine Weiterreise anging, wurde er in brutaler Weise diffamiert: sein Geld, seine Papiere wurden revidiert und er wurde von Glück sagen, daß man ihm keine weiteren Unannehmlichkeiten machte, als daß man den nur der unentbehrlichsten Nebenbedungen der deutschen Sprach Mächtigen schließlich ohne jede Auskunft seines Weges gehen ließ.

Bulgarien.

Die Weisung Petkows.
Sofia, 15. März. (B. L. V.) Die Weisung des Ministerpräsidenten Petkows ist in vollster Ordnung verlaufen. Fürst Ferdinand sandte einen Kranz mit der Aufschrift: „Dem großen Patrioten der dankbaren Bulgaren.“ Die Anhänger der Regierung hatten nach dem Begräbnis eine Zusammenkunft, bei der die Minister erklärten, die Regierung sei entschlossen, im Geiste Petkows die Regierung fortzuführen. —

Der frumme „Reichsbote“ läßt eine fulminante Sonntagspredigt vom Stapel. Zugrunde liegt ihr der Text: „Der Sozialist (!) Ministerworte und die rote Internationale.“ Sonst enthält die Blatte nichts Originelles. Es sind die alten Klauen, mit deren Hilfe gewisse Schwachköpfe jeden Nord, der auch nur den geringsten politischen Anspruch hat, nach Capernaum der Sozialdemokratie

zu Lasten schreiben. Der „Reichsbote“ dürfte nicht eben der „Reichsbote“ sein, wenn er nicht die Gelegenheit beim Schopfe ergreife, um in seine Sallaberei eine christliche Scharfmacherei gegen die verhasste rote Internationale einzuflechten. Allerdings fürzt das ganze Kartenhaus sofort zusammen; denn der gute „Reichsbote“ operiert damit, daß Petroffja zugegeben habe, durch den „Einfluß“ der verhassten Artikel der oppositionellen Presse in seinem Wahlplan bestärkt worden zu sein! Nun ist leider die Sozialdemokratie in Bulgarien noch so wenig entwickelt, daß ihre „Presse“ überhaupt noch nicht in Betracht kommt! Spielte die bulgarische Sozialdemokratie und ihre Presse bereits eine Rolle im Lande, dann wären Taten wie die Petroffs ganz gewiß viel seltener, als es jetzt der Fall ist. Das gilt nicht nur für Bulgarien, es gilt für den Balkan überhaupt. Sobald sich die Sozialdemokratie „dort unten“ entfaltet haben wird, werden unsere Genossen ganz anders als bisher den diversen Regierungen und ihren Ministern zusehen gehen, allerdings nicht mit Revolver, Bombe und Dolch, sondern mit den Waffen, welche die rote Internationale in ihren Arsenalen jederzeit bereit hat.

Gewerkschaftliches.

Scharfmacherpraktiken.
Vor uns liegt das ausgefüllte, im Druck vertriebsfähige Formular folgenden Inhalts, das an ein großes industrielles Werk des Rheinlands gerichtet ist:

**Farbenfabriken
vorm. Friedr. Bayer u. Co.**
Leverkusen, den . . . März 1907.

Der . . . geboren am . . . zu . . .
ist bei uns um Arbeit vorstellig geworden. Er gibt an, vom . . . bis . . . bei Ihnen als . . . beschäftigt gewesen zu sein.
Wir bitten Sie hiermit freundlichst, uns endgültig mitteilen zu wollen, ob die gemachten Angaben richtig sind oder nicht. Gleichzeitig wäre es uns angenehm, etwas über die Charaktereigenschaften des Betreffenden zu erfahren und ob und welcher Arbeiterorganisation er angehört.
Indem wir Ihnen strengste Diskretion zusichern, erklären wir uns zu Gegendienstleistungen gerne bereit und sprechen Ihnen für Ihre freundlichen Bemühungen unsere verbindlichsten Dank aus.

Hochachtungsvoll
Farbenfabriken
vorm. Friedrich Bayer u. Co.

Die obigen Angaben sind richtig, nicht richtig.
Grund seiner Entlassung?
Der betreffende Arbeiter ist ordentlich, fleißig: . . .
Er gehört keiner Arbeiterorganisation an.
Er ist Mitglied folgender Arbeiterorganisationen: . . .
Sonstiges: . . .

Die vormaligen Bayerischen Farbenfabriken sind eines der größten Unternehmen dieser Art. Sie beschäftigen viele Tausende von Arbeitern, schließen aber die Mitglieder freier Gewerkschaften grundsätzlich aus. Den größeren Schaden davon hat zweifellos die Firma selbst, denn sie hält dadurch die besten Arbeitskräfte aus ihrem Betriebe fern. Im übrigen ist das oben abgedruckte Formular ein Dokument des Unternehmerterrorismus gruseligster Art. Die Bayerischen Farbwerke sind als Stätten rückwärtsloster Profitmacherei und Arbeiternebelung weit und breit berüchtigt. Das obige Formular verrät, daß sie den Arbeiter vollends zum Sklaven und Leibeigenen herunterdrücken wollen.

Berlin und Umgegend.

Die Möbeltransportarbeiter streiken.

Am Freitagabend versammelten sich die Möbeltransportarbeiter und -Kutscher im Englischen Garten, um den Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegenzunehmen. Mit Entrüstung hörten die sehr zahlreich Versammelten, daß die Unternehmung es abgelehnt habe, in Unterabteilung mit dem Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter zu treten. Die Vereinigung hat ihren Mitgliedern empfohlen, die folgenden Lohnsätze zu zahlen: Für Hülfslöhner während der sogenannten stillen Zeit 4 M. und 1,50 M. Tagelohn. Jeder sollen 21—27 M. pro Woche und Kutscher 25—27 M. erhalten. Während der Zeit des starken Geschäftsganges, das heißt vom 15. März bis 25. März und vom 15. September bis 25. September sollen 5 M. und vom 26. März bis 5. April sowie vom 26. September bis 5. Oktober sollen 5,50 M. Tagelohn gezahlt werden bei unbegrenzter Arbeitszeit. Für Transport von Geldschränken über 4 Zentner soll eine Ertragsgütung von 50 Pf. pro Zentner, für kleine Hügel 1 M., für mittlere 1,50 M. und für große Hügel 2 M. gezahlt werden. Die Kutscher sollen für Transporte nach außerhalb 4 M. an Spesen erhalten, wenn sie übernachten müssen und für die Nacht 2 M.

Dieses Angebot der Unternehmung lehnten die Versammelten einstimmig ab, da verschiedene Firmen diese und teilweise auch höhere Löhne und Spesen bereits bezahle. Ebenso einmütig wurde beschlossen, die Arbeit einzustellen und die Streikleitung zu beauftragen, noch einmal bei den Unternehmern um Unterhandlungen nachzusuchen, um auf Grundlage der eingereichten Forderungen (im „Vorwärts“ bereits bekanntgegeben) zu einer Verständigung zwischen beiden Organisationen zu kommen und einheitliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse für das ganze Gewerbe herbeizuführen.

Am Sonnabendmittag erschienen die Streiker in voller Stärke im Englischen Garten. Die Aufregung war groß, aber alle schienen entschlossen, ihren Streik mit größter Energie durchzuführen. Es kostete Mühe, den Berichterstatter Dehn zu Worte kommen zu lassen, aber bald lauteten alle gespannt der Darstellung, die der Redner über den Anfang des Streiks bei den einzelnen Firmen gab. Ein „Bravo“ erkante, als Dehn bekannt gab, daß bei S n a u e r 120—130 Mann die Arbeit eingestellt haben. Die 80 Mann, welche noch arbeiten, wollen sich den Streikern am Montag anschließen. Bei S a u r ist der Streik allgemein, ebenso bei S h u m a c h e r, bei L i s s e l und vielen anderen. Ueberhaupt zeigte sich, daß die Arbeiter mit wenigen Ausnahmen der Parole zum Streik gefolgt waren. Einige Firmen haben bereits ihre Bereitwilligkeit erklärt, in Unterhandlungen einzutreten. Es kommen 500—600 Arbeiter in Betracht, die nach den Berichten der Vertrauensmänner fest und einig zusammenstehen werden. Die Unternehmer haben am Sonnabendnachmittag eine Sitzung hinter verschlossenen Türen gehalten und wiesen sogar Vertreter von bürgerlichen Blättern zurück mit dem Bemerkten, daß sie selbst ein Preßbureau für diese Bewegung einrichten wollten. Wenn die Unternehmer nicht sehr große Verluste tragen wollen, werden sie genötigt sein, sehr bald nach einer Erledigung des Streiks zu streben, denn die Arbeiter werden sich gegen ein bedingungsloses Nachgeben heftig sträuben; ihre Stimmung ist sehr kampflustig.

Lohnbewegung der Landschaftsgärtner.

Eine Branchenversammlung der Landschaftsgärtnervereine und Arbeiter, zu welcher nur Mitglieder des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins Zutritt hatten, legte am Freitag in Spandauer Reichs-Hotel. Die Versammelten nahmen den Bericht von ihrer Lohnkommission entgegen, welcher sich hauptsächlich auf das

Antwortschreiben der Arbeitgeber bezog. Die Unternehmer teilen mit, daß sie einen Beschluß gefaßt haben, wonach der Verband der gewerbetreibenden Landwirtschafsgärtner von Berlin und den dortigen Verhandlungen mit dem Allgemeinen deutschen Gärtnerverein zuführen a b l e h n t. Das Antwortschreiben der Arbeitgeber beruht sich noch darauf, daß die Gehältsorganisation in städtischen, staatlichen sowie Privatbetrieben die Arbeits- und Lohnforderungen noch nicht zur Geltung gebracht, und erst wenn solches geschehen, sie mit sich sprechen lassen wollen. In dem Schreiben betonen die Unternehmer, ihre gegebenen Versprechungen inne gehalten zu haben und sind auch jetzt bereit, einen Stundenlohn von 60 Pf. pro Stunde bei 10stündiger Arbeitszeit denjenigen Landwirtschafsgärtnergehälts, welche nachweislich zwei Jahre in der Landwirtschafsgärtnerei tätig sind, allen die noch keine zwei Jahre in der Landwirtschafsgärtnerei gearbeitet haben, nur 45 Pf. pro Stunde zahlen zu wollen. Die Verammelten haben sich einmütig erklärt, für die Durchführung ihrer Forderungen, 60 Pf. für Gehälts, 50 Pf. für Gartenarbeiter bei 10stündiger Arbeitszeit, mit aller Energie einzusetzen, um den Scharfmachern in der Landwirtschafsgärtnerei ihre Scharfmacherei einmal gründlich zu verfallen. Die Organisation hat sich so gekräftigt, daß bei einigermaßen günstigem Wetter es ein Leichtes sein wird, den Unternehmern Vernunft beizubringen. Der Lohnkommission wird ausgetragen, alle erforderlichen Vorbereitungen zu treffen und so bald es die Witterungsverhältnisse gestatten, die Kollegen zusammen zu rufen. Eine Resolution wurde angenommen: „Die am 15. März 1907 in Miethes Festsaal tagende Versammlung der Landwirtschafsgärtner und Gartenarbeiter nimmt Kenntnis von dem Antwortschreiben der Arbeitgeber, welches eine vollständige Ablehnung der aufgestellten Forderungen enthält. Die Verammelten halten nach wie vor an ihren Forderungen fest und sind entschlossen, das äußerste Mittel für deren Durchführung in Anwendung zu bringen. Die Verammelten beauftragen ihre Lohnkommission, den Streik vorzubereiten und alle Maßnahmen, die durch die Witterung geboten sind, zu ergreifen.“

Nähtung, Preiseregehälts! Wegen Differenzen sind für unsere Mitglieder gesperrt die Firmen Römhold, Reichenbergerstraße 88; Mehe, Rummelsburg, Neue Bahnhofstraße 26.

Deutsches Reich.

Nähtung, Holzarbeiter! Die Differenzen bei der Firma „Vereinigte Tischlermeister“ in Riech bei Treuenbrietzen sind beigelegt. In diesem Betriebe wurde durch die Lohnbewegung eine durchschnittlich 7 prozentige Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung von 10 auf 9 1/2 Stunden pro Tag erreicht.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Vorstand.

Für die Metallarbeiter aller Branchen ist die Maschinenfabrik von Breuer, Schumacher u. Co. in Kall bei Köln wegen Differenzen gesperrt.

Die Aussperrung im Hamburger Hafen.

Das importierte englische Streikbrechergebinde wird namentlich von der Hamburg-Amerika-Linie, dem treibenden Faktor der brutalen Aussperrung, sehr gut gehalten. Läßt sich doch diese Gesellschaft den Söhnen des alten England gegenüber nicht lumpen, indem sie den Streikbrechern Tabak und Bier kredenzieren neben der freien Verpflegung und Beherbergung. Der „Daily Telegraph“ berichtet darüber: „Die importierten Engländer werden in den Docks an Bord gehalten und haben eine vorzügliche Zeit. Man versteht sie reichlich mit Tabak und Lebensmitteln, wobei sie keine Arbeit zu leisten haben.“ Der „Daily Telegraph“ meldet weiter, daß eine große Anzahl der Angemerkten noch nie eine Apfelsinenscheibe oder einen Saft auf dem Rücken gehabt haben. „Dieser Unterschied, von dem Hunger zu stande, in dem sie sich vor kurzem befanden, wird mit der größten Freude begrüßt.“ Wenn all die Dornburgluden, die während der Wahlkampagne vom Stapel gelassen wurden, zurechtfinden würden, dann dürfte in dem Lande des größten Kolonialbesitzes und der Gewerkschaften ein derartiges Lumpenproletariat, das sich freut, hier einmal auf kurze Zeit sich satt essen zu können, nicht aufzutreiben sein.

Die Arbeitslosigkeit der Engländer ist gleich Null, was auch von der Bourgeoisiepreffe zugegeben wird. „Mit dem Streik geht eine immense Geldsumme verloren, das an anderer Stelle besser angewandt wäre. Kostet doch jeder Tag den beiden streikenden Parteien, ungernechnet die Verluste durch nicht rechtzeitige Beförderung der Güter und Ueberliegen der Schiffe, an Vorauslagen allein für Lohn, Beförderung, Verpflegung usw., jetzt schon weit über 30 000 M. Und die Unkosten vermehren sich von Tag zu Tag. Offenlich findet sich bald ein Weg, der beide Parteien zur Einigung führt.“ Schreibt das den Arbeitern doch sonst nicht grüne „Hamburger Fremdenblatt“. Diesen zur Einigung führenden Weg haben die Arbeiter ja wiederholt besprochen wollen, in dem sie schon im Herbst 1906 bereit gezeigt haben, auch über die Nachtarbeit mit sich reden zu lassen. Damals lehnten die Arbeitgeber es aber ab, mit den Schauerleuten darüber zu verhandeln, weil sie kein Interesse mehr an der Nachtarbeit hätten, wie auch im Handelskammerbericht pro 1906 ausgeführt wird. Verlogen wie immer, lägen auch jetzt die „Hamburger Nachrichten“ von einem infolge der Verweigerung der Nachtarbeit den Arbeitgebern freiwillig aufgegebenen Streik, während gegen die konservative englische „Morning Post“ polemisierend, die in einem Artikel über die englischen Streikbrecher und das hierdurch verletzte nationale Empfinden“ u. a. schreibt: „... Es wäre deshalb klüger, wenn Unternehmer und Angestellte in jedem Lande ihre Streitigkeiten unter sich abmachen, ohne zu Methoden zu greifen, die Streitfragen von so viel größerer Bedeutung in sich schließen.“

Die englische Streikbrecherarbeit kommt dem Hamburger Arbeiter wohl am liebsten bis sechs Mal teurer zu stehen, als sonst; wie selbst aus den Reihen des Scharfmachertums zugegeben wird. Was tut's. Den „Herren im Hafen“ ist es bei dieser Aussperrung nicht um die Nachtarbeit zu tun, die sie ja unter bestimmten Umständen wieder einführen könnten, sondern vor allem um die Niederringung der selbständigen Regierung „ihrer“ Lohnsklaven, die nicht über den Verschleiß ihrer Arbeitskraft mitzureden und, wenn sie es befehlen, sich bis zu 26 Stunden hintereinander ausbeuten zu lassen haben. Die Hamburger Hafenarbeiter sollen, wie wir schon neulich ausgeführt haben, durch diese Aussperrung so mürbe gemacht werden, daß sie es nicht wagen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Deshalb schleppte das Reederkapital und deren Handlanger im „nationalen Interesse“ von jenseits des Kanals Streikbrechergebinde nach dem Hamburger Hafen, vor dessen weiterer Ueberflutung durch englische „Gentlemen“ den sonst stets mit den Scharfmachern sympathisierenden Behörden graut.

Für gestern war wieder, wie und telegraphisch gemeldet wird, ein größerer Transport englischer Streikbrecher gemeldet. Diese Nachricht hat sich jedoch als ein Schwindelmander erwiesen. Im Gegenteil, in der letzten Nacht sind lediglich Mann abgereist und lediglich verzweigten die Arbeit, weil sie unter falschen Vorwänden angeordnet wurden. Es sind noch 1410 englische Streikbrecher im Hafen, wovon ein großer Teil 7 M., andere 10 M. Tageslohn verlangen. Die Rotterdammer Hafenarbeiter beschloßen, keine von Hamburg einlaufenden Schiffe zu entladen.

Die Einigungsverhandlungen in der Damenschneiderbranche in Leipzig, die am 15. d. M. vor dem Gewerbeamt stattfanden, sind an dem strikt ablehnenden Verhalten der Unternehmer gescheitert. Sie wollen statt der geforderten 10stündigen Arbeitszeit nur die 10stündige bewilligen. Auch verweigern sie die Befreiung eines Mindestlohnes. Eine Versammlung der Schneider und Schneiderinnen lebte einmütig den von den Unternehmern angebotenen Tarif ab. Gestern (Sonntag) sind schon in mehreren Betrieben die Schneider und Schneiderinnen teilweise ausständig geworden.

Streik im Baugewerbe von Nürnberg-Bairn.

Nach langen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer gelang es, durch beiderseitige Zugeständnisse zu einer Einigung zu kommen. Es wurde ein Tarifvertrag vereinbart, der bis 1910 Gültigkeit haben soll. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden, der Minimallohn für Maurer beträgt ab 1. April 1907 55 Pf., ab 1. April 1908 58 Pf. pro Stunde; der Stundenlohn der Steinhauer beträgt in den gleichen Zeiträumen 59, 62 und 63 Pf.

Eine Bewegung der Stickergehälts ist in Erlangen ausgebrochen. Die Arbeiter fordern mit Rücksicht auf die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung eine Erhöhung des Lohnes um 3 M. pro Woche und Vergütung der Ueberstunden mit 50 Proz. Zuschlag.

Der Bayerische Metallindustriellenverband erläßt eine Erklärung, daß auf die in einigen ihm angeschlossenen Betrieben verlangte Arbeitszeitverkürzung unter keinen Umständen eingegangen werden könne, da in dieser Richtung erst vor anderthalb Jahren weitgehende Zugeständnisse gemacht worden seien, deren Folgen bei der ungenügenden geographischen Lage der bayerischen Metallindustrie in ihrer Wirkung noch heute nicht überwunden wären. Das ist eine alte Ausrede, die nicht mehr verfangt und durch die gerade in der Metallindustrie bestehenden sehr verschiedenen Arbeitszeiten ad absurdum geführt wird.

Ausland.

Der Wiener Bäderstreik

dauert in vollem Umfange an. Die Brotnot beginnt, sich empfindlich bemerkbar zu machen. In einzelnen Teilen der Stadt dauerten die Kundgebungen der Gehälts vor den größeren Bädereien bis in die Morgenstunden. Die christlich-sozialen Bädergehälts und Sozialdemokratischen Gehälts haben beschlossen, sich dem Auslande der sozialdemokratischen Gehälts anzuschließen.

Der große Textilarbeiterstreik bei der Firma Leo Horst in Riffen in Holland dauert nun bereits 15 Wochen. Die Zahl der Streikenden ist 720. Die Firma verfügt über 250 Streikbrecher, die größtenteils sich von Anfang an nicht an der Arbeitsniederlegung beteiligt haben. Von den Streikenden sind nur wenige abtrünnig geworden. Die Firma lehnt alle Vermittlungsversuche ab. In der letzten Woche wurde ein Vertrag zwischen den Parteien vermittelt. Sein Vorschlag war, daß nach Wiedereinstellung der Streikenden eine Kommission über die Regelung der Löhne verhandeln sollte. Die Firma machte Gegenanträge, die auf bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, Einstellung der Streikenden nach Belieben und Ablehnung der Verhandlungen über die Lohnfrage hinausliefen. Darauf wolle die Streikenden unter keinen Umständen eingehen. Der Streik dauert also fort. Die holländische Arbeiterkassette bietet alles auf, um die Streikenden ausreichend zu unterstützen und nicht nur mit Geldmitteln. Kürzlich kamen aus Amsterdam drei große Kisten mit neuen und gebrauchten Kleidungsstücken, über 8 Zentner schwer. Das war natürlich diesen Kernsten der Armen, die selbst wenn sie Tag und Nacht arbeiteten, nicht so viel verdienen, um sich und ihren Kindern ausreichend Kleidung zu verschaffen, eine willkommene Gabe.

Und wieder die Polizei.

Ausländische Kohlenträger in Rantes machten den Versuch, 1500 Doharbeiter zur Einstellung der Arbeit zu verleiten. Sie veranstalteten eine Kundgebung; es kam dabei zu einem Handgemenge, in dem zwei Polizeibeamte verwundet wurden.

Der traurige Vorfall in den Juckerfabriken bei Belgrad hatte am Freitag noch ein Nachspiel. Mit roten Fahnen zog die Arbeiterschaft nach den Gräbern der gefallenen Genossen, um sie mit Kränzen zu schmücken. In munterer Ordnung bewegte sich der Zug, in welchem sich etwa 8000 Arbeiter befanden, langsam zum Friedhof. Auf vier frischen Grabhügeln wurden todesbesetzte Kränze niedergelegt. Ein sozialistischer Abgeordneter hielt eine Rede, die Ruhe wurde diesmal durch die Gendarmen nicht gestört.

Unter den ausländischen Juckerfabriksarbeitern Belgrads kam es zu Streitigkeiten. Die Tarifkommission des Arbeiterbundes hatte auf Grund eines Einvernehmens mit dem Direktor der Fabrik vorgeschlagen, den Zustand einzustellen, da der Direktor einwilligte 150 von den Ausländern wieder aufzunehmen. Ein Teil der Ausländer stimmte dieser Lösung zu, der andere trat für die Fortsetzung des Ausstandes ein. Unter den Arbeitern ist eine starke Mißstimmung gegen die Führer bemerkbar. Einer von den gestrigen früh schwer verletzten Arbeiter ist gestern nachmittag gestorben und wurde abends beerdigt.

Bergwerkskatastrophen.

Schlagwetter, 75 Tote.

Vor sechs Wochen mußten die Knappen im Saargebiet ein Riesengrab auswerfen. Einundneunshundert Bergarbeiter hat die Wetterkatastrophe in Reden dahingerafft. Noch ist der dumpfe Druck, der infolge des furchtbaren Ereignisses auf der Bevölkerung lastet, nicht gewichen, noch tönt laute Klage aus den Gärten derer, die einen Verlust zu beweinen haben. Und schon wieder trug der Draht die Schreckenskunde ins Land: Schlagwetter! Und wiederum hat der Tod reiche Ernte gehalten. Wiederrum ist über eine Reihe Arbeiterfamilien das Schreckliche hereingebrochen. Die Größe des Unglücks ist noch nicht genau bekannt, ebenso wenig liegen bisher sichere Nachrichten über die Ursache der Katastrophe vor. Die eingelaufenen Telegramme lauten:

Forbach, 16. März. In der Grube Klein-Rosfeld in Lothringen fand gestern abend eine schwere Explosion schlagender Wetter statt. Wie die Bergwerksdirektion mitteilt, waren etwa 80 Bergleute eingeschlagen; von diesen sind 77 gediegen, und zwar 65 Tote und 12 Schwerverletzte.

Forbach, 16. März. Nach Mitteilung der Direktion der Grube Klein-Rosfeld ereignete sich das Schlagwetterungsglück gestern abend zwischen 10 und 11 Uhr und zwar im Schacht Kullensin. Die verunglückten Bergleute waren bereits um 6 Uhr nachmittags eingeschlagen.

Aus Saarbrücken wird dem „S. L.“ gemeldet: Die Direktion der Grube „Rosfeld“ teilt mit, daß die Zahl der Toten sich vermehrt hat und bis jetzt 75 beträgt. Ingesamt führen, wie jetzt feststeht, in den Schacht 210 Bergleute ein, davon sind bis jetzt 129 Bergleute gerettet. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt, da sechs Bergleute sich noch in der Grube befinden. — Einem weiteren Privattelegramm aus St. Johann zufolge ereignete sich das Unglück 11 Uhr nachts im „Wilhelmshacht“.

Die Explosion erfolgte kurz nach 10 Uhr abends in einer Tiefe von 417 Metern auf der untersten Tiefbaufläche. Eine große Anzahl der Toten wurde durch die Explosionsflamme sofort verbrannt, gegen die Wände geschleudert und fast verflümmelt. Ein großer Teil der Bergleute rettete sich durch den Ausführgang, ein anderer Teil schlüpfte sich mit Glück durch den Wendelschacht und kamen so zu Tage. Die Grube ist jetzt wieder witterfrei und die Rettungsmaßnahmen können ohne Sauerstoffapparate arbeiten. Ein Steiger und drei Bergleute befinden sich noch „unter Bruch“ und sind wahrscheinlich tot. Es sind im ganzen zwei Bruchstellen durch die Explosion eingetreten. Man glaubt, daß man die Bruchstellen bis heute abend werde frei machen können. Die zwölf Schwerverletzten alle im Sterben; sie sind entsehrlich verbrannt und haben zerdrückene Gliedmaßen. Die Firma de Wendel hat für die Hinterbliebenen der Verunglückten die Summe von 100 000 M.

gestiftet mit dem Bemerken, daß dies nur eine vorläufige Spende sei. — Ueber die Ursache der Katastrophe läßt sich noch nicht Genaueres sagen. Die Bergleute sagten mir alle, sie sei in einer Störung der Wetterführung zu suchen und bestand in einer Schlagwetterkatastrophe und Kohlenstaubexplosion. Dies konnte bereits nachgewiesen werden, da man an der Unglücksstelle Kohlenstaub fand. Der Materialschaden in der Grube ist nicht erheblich. Am Vormittag traf eine aus Bergleuten bestehende Untersuchungskommission aus Strassburg und Saargemünd auf der Grube ein um die Ursache der Katastrophe festzustellen.

Förderseilbruch, 22 Tote!

Und fast gleichzeitig mit der ersten Stobbspott aus dem lothringischen Industriegebiet traf auch aus dem Saargebiet eine Schreckensnachricht ein. Auf dem Rathildenshacht der Gerhardtgrube ist am Sonnabend früh das Förderseil gerissen; der Korb sauste in die Tiefe, 22 Menschenleben nahm er mit hinunter, kein einziges gab er wieder heraus. Opfer vom Schlachtfelde der Arbeit! Wir lassen zunächst die telegraphischen Nachrichten folgen:

St. Johann, 16. März. Nach Mitteilung der Bergwerksdirektion St. Johann ist heute morgen zwischen 6 und 7 Uhr auf dem Rathildenshacht der Gerhardtgrube das Förderseil. Auf der Förderseile befanden sich 22 Bergleute.

Berlin, 16. März. Amtlich wird bestätigt, daß sämtliche auf dem Rathildenshacht der Gerhardtgrube Berunglückten tot sind. Im Auftrage des Handelsministers begibt sich heute ein Regierungskommissar an die Unglücksstätte.

Aus Trier berichtet ein Privattelegramm des „S. L.“: Die Gerhardtgrube liegt bei Rousfenidal. Im Rathildenshacht ist heute früh bei der Einfahrt um 6 1/2 Uhr das flache Gubstahl-drahtseil des Förderkorbes, auf dem 22 Bergleute in die Tiefe fuhren. Das Seil war erst im Februar auf seine Brauchbarkeit untersucht und für gut befunden worden. Der Korb war so hart, daß die einzelnen Drähte des Seiles an der Bruchstelle zu Radelstippen ausgezogen waren. Die Förderseile stürzte in einer Höhe von 12 Meter in einen Sumpf, der voller Wasser steht. Alle Bergleute ertranken. Um die Toten zu bergen, muß das Wasser ausgepumpt werden.

Einem Privattelegramm aus Saarbrücken zufolge war es nachmittags zwei Uhr noch nicht gelungen, das Wasser aus dem Sumpf herauszuschaffen und eine von den zweiundzwanzig Leichen zu Tage zu schaffen.

Diese beiden Katastrophen sind eine neue Auflage gegen die Gesellschaft. Wird man endlich ausgerüttelt werden? Verbredereich wäre es, der Frage des Arbeiterschutzes nicht die volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Und die letzten Ereignisse dürften auch wohl noch zu einer nachträglichen Kritik veranlassen. Zu einer Kritik, um die Regierung, die dem entgegenstehenden Willen des Kapitals gehorcht, vorwärts zu stoßen auf dem Wege der Schadenbeseitigung. Als vor zwei Wochen die Katastrophe von Reden im Abgeordnetenhaus zur Erörterung stand, da wurden kaum glaubliche Verstöße und Nachlässigkeiten aufgedeckt. Die Beachtung aller bekannten Vorbeugemittel schließt die Möglichkeit einer Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion fast vollständig aus, bei den Einrichtungen auf der königlichen Reden-Grube aber mußte das blinde Zufalls Walten Unglücks verhalten, sie waren jeden Tag möglich. Und der Kenner der Verhältnisse kann mit ziemlicher Sicherheit behaupten: Würde die Grubenskontrolle nach den Wünschen der Arbeiter angefaßt, dann wären wir von der Reden-Katastrophe verschont geblieben. Aber die Regierung ist fatalistisch — um die Forderung der Arbeiter abzulehnen, dem Kapital dienstbar sein zu können. Es sei fraglich, ob das Unglück durch die erwiehenen Pflichtwidrigkeiten verschuldet sei, so ließ der Minister sich vernehmen. Da kann man Unglücksfälle auch gleich als Gottesurteile ausgeben und ist damit aller Verantwortung überhoben. Er denke nicht daran, Arbeiterkontrollen anzustellen, den Privatunternehmern diese verhasste Einrichtung aufzuzwingen, erklärte Herr Deßdorf weiter. Das ist des Pudels Kern! Das Unternehmertum will nicht und die Regierung sagt gehorjam „nein!“. Ist nun endlich die Zahl der Opfer groß genug? Die Toten sind nicht wieder zu erwecken, nicht durch Geldspenden, nicht durch ehrende Nachrufe, man lasse die neuen Gräber aber endlich zum Sicherheitsventil gegen weitere Katastrophen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

10 000 Textilarbeiter ausgeperrt!

München-Grabbach, 16. März. (S. L. B.) Bei der Gladbacher Wollindustrie-Aktiengesellschaft vorm. Kotten haben heute nachmittags nach Ablauf der Kündigungsfrist 192 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Infolgedessen ist laut einem Beschluß des Vereins der Textilindustriellen in 60 Textilwerken, welche insgesamt rund 10 000 Arbeiter beschäftigen, der Arbeiterschaft gekündigt worden. In den Fabriken wurde eine gleichlautende Mitteilung an die Arbeiterschaft angeschlagen, in der es heißt, daß die Forderungen der Arbeiter von einem Ausschuss geprüft worden seien und daß sie der Berechtigung entbehren. Der Verein der Textilindustriellen hofft aber, daß der Streikfall durch erneute gemeinsame Verhandlungen einer aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzten Kommission so zeitig beigelegt werden könne, daß ein Stilllegen der Betriebe vermieden werde.

Schneestreiben.

Innsbruck, 16. März. (S. L. B.) Im wuhferengebiet erreicht der Schnee an der Reichsstraße die Höhe von vier Metern. Im Innbruder Mittelgebirge ist gestern nacht ein Lawastrich im Schneesturm umgewonnen. An manchen Orten schneit es seit acht Tagen ununterbrochen.

Bäder-Ausland.

Genf, 16. März. (S. S.) Die hiesigen Bäderegehälts haben ein Ultimatum an die Arbeitgeber gerichtet, worin sie eine Lohnerhöhung verlangen, andernfalls sie noch heute Nacht in den Ausstand treten würden.

Die Ruhe ist hergestellt!

Rantes, 16. März. (S. L. B.) Heute nachmittag entstand zwischen streikenden Dohararbeitern und Gendarmen ein Handgemenge, in dem eine Person getötet, dreihig verwundet wurden. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Ein Angebundiger.

Konstantinopel, 16. März. (Wiedung des Wiener f. f. Telegr.-Korr.-Bureau.) Gestern erschob in Trapezunt ein Offizier der dortigen Militärkommandanten Hamid Pascha, weil er wegen Uebeltätens der Gehaltszahlung an ihm Raube nehmen wollte.

Klassenkämpfe.

Eine Betrachtung zum 18. März.

Wie immer dann, wenn eine politische Bewegung sich differenziert und in ihr neben der Hauptströmung neue Unterströmungen auftauchen, die überlieferten politischen Begriffe freitragend werden und sich in den neuentstehenden Richtungen die Neigung zu „revidieren“, einstellt, so ist auch der Begriff des Klassenkampfes in unserer Partei wieder freitragend geworden. Wir haben in letzter Zeit — nicht nur erst seit den Wahlen des 26. Januar, sondern schon seit dem ersten Erscheinen des Bernsteinischen Buches über „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ — mannigfache Versuche gesehen, die sogenannte „starre Klassenkampfauffassung“ der Marxisten einer Revision zu unterziehen und den Begriff der Klasse mehr oder minder auszuweiten, teilweise so weit, daß der Begriff Arbeiterklasse einfach in den Begriff Volk übergeht. Auf diese Versuche einzugehen und den Tag des 18. März durch eine lange theoretische Auseinandersetzung der Marxisten und anderer Klassenkampfauffassungen zu feiern, ist nicht unsere Absicht. Besser als theoretische Ausführungen, die doch immer nur für einen kleinen Teil der Leser bestimmt sind, zeigt und die Entwicklungsgeschichte der modernen großen Staaten, was Klassenkampf ist, und vor allem jene Perioden der Geschichte, in denen sich während einer kurzen Zeitdauer die größten gesellschaftlichen Umwälzungen vollzogen haben: die Geschichte der Revolutionen. Besonders liefert die große französische Revolution der Jahre 1789/98 ein höchst wichtiges Lehrbuch, ein Compendium des Klassenkampfes. Auch die ihr vorausgegangenen größeren und kleineren Revolutionen: die deutschen Städterevolutionen des Mittelalters, die spanischen Provinzialrevolutionen des sechzehnten Jahrhunderts, vornehmlich die Valencianer Junfrikämpfe der Jahre 1519—1522, die große englische Revolution im sechzehnten Jahrhundert, dann die französische Revolution von 1848—1852 und selbst die revolutionäre Bewegung des Jahres 1848 in Deutschland liefern wertvolle Materialien zur Theorie des Klassenkampfes; aber was gigantische Größe, was die Schärfe der Parteikämpfe anbelangt, kann sich keines dieser Revolutionsdramen mit dem großen Klassenkampf messen, der sich in Frankreich am Ende des achtzehnten Jahrhunderts abspielte. Und zugleich ragt während der älteren Revolutionen sich innerhalb heute meist überwundener sozialer Schichtungen vollzogen, die große französische Revolution gewissermaßen in unsere gegenwärtige Geschichtsepochen hinein. Sie ist der Zutritt, die Eingangspforte zu dieser. Die Klassenkämpfe der französischen Gesellschaft gegen Ende des 18. Jahrhunderts sind in mehrfacher Hinsicht nichts anderes als Vorläufer, in gewissem Sinne kann man fast sagen Einleitungen unserer heutigen sozialen Kämpfe. Die Gegensätze, die in ihnen aufeinanderprallten, sind noch nicht überwunden; sie haben, vermehrt durch neue, seitdem noch an Schärfe gewonnen.

In gewissem Sinne ist die Marx'sche Klassenkampflehre nichts als ein theoretischer Niederschlag des von Marx gemeinsam mit Engels betriebenen Studiums der revolutionären Bewegungen, und zwar insbesondere der sozialen Kämpfe in Frankreich am Ende des achtzehnten Jahrhunderts. Wenn auch nicht ausschließlich, so fanden sie doch zum wesentlichen Teil in diesen Kämpfen und dem ihnen folgenden Ringen zwischen Bourgeoisie und grundbesitzender Aristokratie die Hauptelemente ihrer Klassenkampflehre, wie denn auch Friedrich Engels selbst in seinem Aufsatz über Ludwig Feuerbach und den Ausgang der klassischen deutschen Philosophie von der Entfaltung der Marx'schen materialistischen Geschichtsauffassung sagt: „Seit der Durchführung der großen Industrie, also mindestens seit dem europäischen Frieden von 1815, war es keinem Menschen in England ein Geheimnis mehr, daß dort der ganze politische Kampf sich drehte um die Herrschaftsansprüche zweier Klassen, der grundbesitzenden Aristokratie und der Bourgeoisie. In Frankreich kam mit der Rückkehr der Bourbonen dieselbe Tatsache zum Bewußtsein; die Geschichtsschreiber der Restaurationszeit von Thierry bis Guizot, Rignet und Thiers sprechen sie überall aus als den Schlüssel zum Verständnis der französischen Geschichte seit dem Mittelalter.“

Marx und Engels kannten wie wenige die Geschichte der großen französischen Revolution. Das beweisen nicht nur die Bezugnahmen in ihren Schriften auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Partei-

kämpfe und die politischen Ideen jener Zeit, das beweist auch ihre reiche in den Besitz des Parliaments übergegangene Sammlung von Geschichtswerken dieser Art. Es befinden sich darunter mehrere Quellenchriften, die man selbst in der königlichen Bibliothek vergebens sucht.

Als am 4. Mai 1789 die Mitglieder der Reichstände in friedlicher Prozession nach der St. Ludwigskirche in Versailles marschierten, da bildete für die meisten der „dritte Stand“ eine zwar nicht in wirtschaftlicher, wohl aber in politischer Hinsicht einheitliche Gruppe. Ein eigentlicher Gegensatz bestand nach der Ansicht selbst der fähigsten Politiker nur zwischen Bürgertum, Adel und Geistlichkeit, und als am 27. Juni die Mehrheit der adeligen und geistlichen Deputierten sich mit den Abgeordneten des dritten Standes, die sich inzwischen als Nationalversammlung konstituiert hatten, vereinigte, da brauchte ein Jubel durch das französische Land; denn nun konnte es an nichts mehr fehlen — die freiheitliche Konstitution war gesichert. Doch schon die Verhandlungen der Nationalversammlung am 7. Juli über die Abwehr der Hungersnot, unter der die sogenannten unteren Volksschichten litten, der Tag des Vorkriegssturms, die beginnenden Beratungen über die Menschenrechte, die sich an die Nacht des 4. August anschließenden Verhandlungen über die Abschaffung der Feudalrechte, des Kirchenzehnten, der Käufligkeit obergerichtlicher Ämter usw. offenbarten tiefe Gegensätze im dritten Stand, die sich noch steigerten, als die Nationalversammlung in die Beratung über die Verfassungsbestimmungen eintrat. Und noch schärfer zeigten sich die Gegensätze in Paris. Der neue Gemeinderat und seine Ausschüsse entwickelten sich zu Herrschaftsinstitutionen der Pariser wohlhabenden Geschäftsbourgeoisie, die alsbald gegen die radikalen Kleinbürgerlichen Distrikte, gegen die „Unruhstifter“ des Palais Royal, gegen die demokratische Presse, gegen die nach Beschäftigung und Brot verlangende hungernde Arbeiter- und Kleinhandwerker-Bevölkerung einen rücksichtslosen Kampf begann und in diesem dieselben Mittel in Anwendung brachte, wie vorher der Despotismus.

Bereits am Ende des Jahres 1789, noch nicht acht Monate nach dem Zusammentritt der Reichstände, findet sich nicht nur die Vertreterschaft des dritten Standes in der Nationalversammlung in verschiedener, sich energisch bekämpfenden Parteigruppen gesplittet, sondern auch in der Pariser Bevölkerung lodt der Parteikampf; und fast jede dieser Interessengruppen hat bereits ihre Zeitung, die für sie schreibt und kämpft. Selbst die unteren Schichten auf der sozialen Stufenleiter haben ihre publizistischen Organe gefunden. Die radikale intelligente Kleinbürgerlichkeit und der größte Teil der halbproletarischen Intelligenz lesen Koutalots „Revolutionen von Paris“; die akademische Jugend, die Literaten, die nicht mit Glücksgütern gesegneten Künstler, kleinen Advokaten usw. lesen Camille Desmoulins „Revolutionen von Frankreich und Brabant“, und die intelligenteren Arbeiter, Kleinmeister wie zum Teil auch die proletarische Intelligenz lesen Marats „Vollstreckung“. Und die Tatsache des Interessengegensatzes durchdringt alle bürgerliche Ideologie, alle Einheitsphantasie. Noch ist das Jahr 1789 nicht zu Ende, und schon bezeichnet Marats Stoff sich selbst als Vertreter der Interessen der Arbeiter und Kleinhandwerker und predigt den Kampf gegen die Finanzleute, die Großkaufleute, die Industriellen, Rentiers, die düsterhaften Akademiker, während Brissots „Französischer Patriot“ als Vertreter des honesten, wohlhabenden Bürgerturns gegen die besitzlose „Multitude“ (Menge) auftritt.

Je mehr sich die Klassengegensätze zu je weiter die Revolution fortgeschritten, und es sich nicht mehr um die bloße Abwehr der reaktionären Bestrebungen, um das bloße Diskutieren allerlei schöner Freiheitsprinzipien, sondern um ihre Anwendung auf praktische Verwaltungsaufgaben, um ihre Fassung in Gesetzesvorschriften handelt. Nun, wo es an die praktische Erprobung der verklärten politischen Grundfälle geht, da zeigt es sich, wie verschieden diese Grundfälle ausgelegt worden sind und wie alle Konsequenz ihre Grenze an den verschiedenartigen Komplexen der Klasseninteressen finden. Der liberale Konstitutionalismus zerbröckelt. Gegen den Liberalismus eines Sieyès tritt der Jakobinismus in die Schranken, und von ihm beginnt sich schon Ende 1791 die girondinische, dann später auch die dantonistische Partei loszulösen. Aber auch der durch diese Ausschreibungen gereinigte Jakobinismus bezieht aus verschiedenen Richtungen, die verschiedenen wirtschaftlichen Interessengruppierungen entsprechen. Neben der Robespierreschen Richtung strebt z. B. der radikalere „Maratismus“, die Anhänger-

schaft Marats; und neben dieser radikal-demokratischen Richtung wieder erhebt sich die individualistisch-anarchisierende Richtung eines Anarcharist Cloots und Hebert. Die gemäßig-jacobinistische Richtung bemächtigt sich des Staatsraders; sie begründet ihre Herrschaft im Sicherheits- und Wohlfahrtsaussehen, während die „ultra-revolutionäre“ Richtung eines Marat und Chaumette in der Pariser Stadtverwaltung die Oberhand erlangt.

Doch selbst in der revolutionären Gruppe der Pariser Gemeindeverwaltung entstehen sich gegenseitig bekämpfende Parteien. Neben der Kleinbürgerlich-demokratischen Richtung eines Chaumette gewinnt die anarchisierende Richtung von Hebert und Cloots einen beträchtlichen Einfluß und dieser wieder tritt die Kleinbürgerlich-sozialistische Richtung eines Roux und Leclerc entgegen.

Ein Kampf der Parteien, in welchem nacheinander viele der Führer das Schafott bestiegen. Und was ist der Grund dieser Kämpfe? Bürgerliche Geschichtsschreiber haben sie auf die Eifersucht der Führer zurückgeführt. Das ist eine der größten Albernheiten, die es gibt. Den Streit eines Weisheit mit einem Robespierre in persönlicher Rivalität zu suchen, das vermag nur ein Ideologe, der das ganze Wirtschaftsgetriebe der Revolutionszeit nicht kennt und die Denkweise dieser beiden Politiker, ihren ganz verschiedenen Ideengehalt nicht begreift. Wer vielmehr von vornherein die Anschauungen dieser Männer und ihre Stellung zu den Problemen ihrer Zeit verfolgt, der wundert sich, wie sie so weit neben einander einhergehen konnten. Was sind aber dann die Motive dieser Parteispaltungen und der Kämpfe der verschiedenen Richtungen miteinander? Das sind die Klassengegensätze, die sich aus der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Lebensbedingungen und der Stellung der einzelnen Gruppen im Gesamtwirtschaftsprozess ergebenden Interessengemeinschaften und Interessenkonflikte.

Deshalb ist das Studium der Parteikämpfe der französischen Revolution von höchstem Interesse. Sie bieten gewissermaßen eine historische Illustration zur Marx'schen Klassenkampflehre. Manche der heute immer wieder auftauchenden Deutungen des Begriffs „Klasse“ wird sofort ad absurdum geführt, wenn man die Erfahrungen aus der französischen und aus anderen Revolutionen heranzieht, so z. B. die Ansicht, zu derselben Klasse gehörten alle jene, welche sich in derselben Lebenslage resp. in den gleichen Einkommensverhältnissen befänden, und deshalb wären z. B. die Kleinhandwerker, Kleinbauern, die Unterbeamten, kleinen Geschäftsleute, kaufmännischen Angestellten, die halbproletarischen Intellektuellen usw., so weit sie sich in bezug auf ihr Einkommen nicht besser ständen als der qualifizierte Arbeiter, einfach der Arbeiterklasse zuzuzählen. Das ist grundfalsch. Wohl können zwischen diesen Gruppen und der Arbeiterklasse wie auch zwischen diesen Gruppen unter sich manche Verührungspunkte, manche Interessengemeinschaften vorhanden sein; und es kann selbstverständlich auch ein Mitglied dieser Gruppen ein viel besserer Vorkämpfer der Arbeiterklasse sein, als so und so viele Arbeiter selbst; aber deshalb bedingt das gleiche Einkommen noch keineswegs eine gleiche Auffassung und gleiche politische Interessen. Diese Erfahrung haben erst jüngst wieder viele Parteigenossen gemacht, die bei den Reichstagswahlen unter Kleinbauern, kleinen Geschäftsleuten oder kleinen Beamten agitiert haben; und dieselbe Erfahrung ergibt sich aus der Geschichte fast aller neueren Revolutionen.

In der französischen Revolution bildeten z. B. die Hauptstützen der radikalen Pariser Demokratie die Arbeiter der Manufakturen, die kleinen Handwerksmeister, besonders soweit sie in eigenen Werkstätten für Großmeister und Unternehmer arbeiteten, und die Pariser halbproletarische Intelligenz. Die noch zu Anfang der Revolution in Gesellschaften organisieren Gelehrten stehen dagegen an politischer Aktivität und demokratischer Gesinnung, obgleich sie durchaus nicht besser situiert waren, beträchtlich hinter diesen Schichten zurück, und die Schär der männlichen Demagogen gehörte zu den ängstlichen Reaktionären. Vielfach waren sie sogar reaktionärer als ihre adeligen Herren. Ebenso finden wir, daß die in den Banken und großen kaufmännischen Bureaus angestellte Jugend in den Jahren 1793/94 sich viel antirevolutionärer zeigte als die kleine Geschäftsbourgeoisie, und daß sie nach dem Eintritt der Konterrevolution das Hauptkontingent der sogenannten goldenen Jugend stellte. Und wenn man diesen Erscheinungen nachforscht, dann ergibt sich, daß das Entscheidende nicht das Einkommen, sondern die Stellung im Gesamtwirtschaftsprozess und die Abhängigkeit von diesem ist.

Die Bestialitäten der Kommune-Gegner.

Da sich die „Nord. Allg. Ztg.“ in den stärksten Ausdrücken über die „Barbarie“ der Kommune entrüstet hat, erscheint es uns als Pflicht, noch etwas ausführlicher zu zeigen, wie bestialisch die französischen Ordnungsmänner bei und nach der Niederwerfung der unglücklichen Hauptstadt gegen die Anhänger der Kommune wüteten, und nicht nur gegen die gefangenen Kommunekämpfer, sondern auch gegen zahlreiche Personen, die am Kampfe überhaupt nicht teilgenommen hatten. Wenn General Gallisset am 3. April proklamiert hatte: „Die Banditen von Paris haben den Krieg erklärt. Sie haben meine Soldaten ermordet. Ich erkläre diesen Mordern einen schouunglosen Krieg“, so führte er diese Drohung mit einer beispiellosen Brutalität aus.

Wir haben bereits die Mordbegehren am 23. und 24. Mai erwähnt, die bei den Kommunekämpfern jene maßlose Schillierung hervorriefen, der eine Anzahl Weiseln zum Opfer fiel. Viele Hunderte von gefangenen Kommunekämpfern wurden festsitzend. Nicht aber nahm man sich überhaupt nicht die Mühe, erst Gefangene zu machen, sondern man ließ bei der Durchsuchung der Häuser alles, was man antraf, über die Klänge springen. Selbst ein konserveratives Journal, die „France“, sagte damals: „Das sind keine Soldaten mehr, die eine Pflicht erfüllen.“ Die Versailleser Soldatenschaar machte keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen. Jede Straße gellte die Frau, jede, die einen Mischap, einen Krug oder eine leere Flasche trug, wurde für eine „Petroleuse“ erklärt. Man zertrümmerte sie an die nächste Mauer und löschte sie mit Revolverkugeln!

Drei aufsehende Wägen der Regierungstruppen entkammte die Masse zu Verleumdungsmahregeln. Der Offizier, der den Erz-bischof Darbois am Abend des 24. Mai erschießen ließ, erklärte den Weiseln: „Nicht und dürfen sie Ihren Tod zum Vorwurf machen, sondern den Verfallern, die unsere Gefangenen erschossen.“ Diesem Machtwort folgten noch mehrere andere. In verschiedenen Stadtteilen wurden im ganzen von dem zur Verewilligung getriebenen Volks 63 Weiseln erschossen. Was bedeutet aber diese 63 Opfer der Kommune den 20 000 Menschen gegenüber, die von den

Regierungstruppen während des Kampfes und nach dem Kampfe schouungslos niedergemetzelt wurden! Ein bürgerliches Blatt schrieb am Morgen des 28. Mai: „Es herrscht eine allgemeine Tobstucht. Man unterscheidet den Gerechten nicht mehr vom Ungerechten und den Unschuldigen nicht mehr vom Schuldigen. Das Leben der Bürger wiegt nicht schwerer als ein Haar. Ein Auswuchs, eines Wortes wegen wird man verhaftet und erschossen.“ Freilich nicht alle Bourgeoisblätter suchten dem bestialischen Morden Einhalt zu tun. Im Gegenteil. „Wien Public“ heulte: „Man muß Jagd auf die Kommunards machen!“ Der „Moniteur Universel“ schrieb: „Nicht einer jener Uebelthäter, in deren Händen sich Paris 2 Monate lang befand, wird als politischer Verbrecher betrachtet werden; man wird sie wie Räuber, die sie auch sind, wie die abscheulichsten Ungeheuer, die man je in der Geschichte der Menschheit traf, behandeln.“ Der „Figaro“ tobte: „Vorwärts, ehrliche Leute, legt mit Hand an, um dieses demokratische und internationale Gewärm zu vertilgen.“ „Patrie“ endlich geiferte: „Diese Räuber, die nur aus Lust an Mord und Diebstahl gemordet haben, sind gefangen und man soll von Gnade reden? Diese abscheulichen Weiber, welche sterbenden Offizieren die Brust mit Messerstichen zerfleischten, sind gefangen, und man soll von Gnade reden?“ So schrie die kapitalistische Presse noch die Raserei der Ordnungsmordbuben. Die frechsten und dümmsten Verleumdungen der Kommune mußten dazu dienen, die entmenschte Soldatenschaar zur Tollmut zu entflammen. Mit den Verleumdungen von Räuberorden der Kommunards vergalt die Bourgeoisie der Kommune ihren Edelmut, die Einsagen der Bank von Paris wie ein Heiligtum geschützt zu haben! In dieser Bank befanden sich 77 Millionen in bar, 100 Millionen in Bankbillets, 809 Millionen in Staatspapieren, 120 Millionen in Bezeichnungen, 11 Millionen in Waren, sieben Millionen in deponierten Summen, 600 Millionen in deponierten Schecks, zusammen 2 Milliarden 150 Millionen. 600 Millionen in Bankbillets variieren nur auf das Faktum des Kassierers, das mit Leichtfertigkeit herzustellen gewesen wäre. Die Kommune hatte also 3 Milliarden in der Hand. Viel bessere Weiseln, als den Erz-bischof Darbois und seine Gefährten! Und dafür, daß sich die Kommune dieser 3 Milliarden nicht bemächtigt hatte, dieses stärksten Trumpfes, den sie gegen die Verfallern ausspielen konnte, mußten sich die Kommunards nunmehr die frechsten Lügen ins Gesicht spielen lassen!

Oberdrein hätte es der Hebe der Bourgeoispresse nicht einmal bedacht. Die Soldatenschaar ließ das Blut in Strömen fließen. Mit welcher beispielloser Rohheit nicht die gemeinen Soldaten, die im Gegeheil hier und da noch eine Spur von Menschlichkeit und Ehrgefühl bewiesen, sondern die Offiziere vorzogen, beweist die Erzählung Rillieres, eines hervorragenden Kommunards. Generalkapitän Garel schilderte selbst die von ihm geleitete Expedition folgendermaßen:

„Der General hatte befohlen, ihn am Kanthron zu erschließen, und zwar auf den Knien, um die Gesellschaft für das Uebel, das er ihr zugefügt, um Verzeihung zu bitten. Er widerstand sich, auf den Knien erschossen zu werden. „So lautet der Befehl! Sie werden auf den Knien und nicht anders erschossen werden.“ Er spielte ein wenig Komödie, rief sein Kleid auf und zeigte dem Exekutionspeloton seine Brust. Ich sagte ihm: „Sie führen eine Szene auf. Sie wollen, daß man erzählen soll, wie Sie gestorben sind. Sterben Sie ruhig, das ist besser.“ — „Ich habe das Recht in meinem Interesse und im Interesse meiner Sache zu tun, was ich will.“ — „Gut, knien Sie nieder!“ Darauf sagte er wieder: „Ich werde nicht niederknien, es sei denn, daß Sie mich durch zwei Mann niederwerfen lassen.“ Ich ließ ihn auf die Knie werfen und man schritt zu seiner Hinrichtung. Er rief: „Es lobe die Menschheit!“ Er wollte noch etwas anderes rufen, als er tot zu Boden sank.“

Am 28. Mai wurden mehr als 6000 Gefangene, die in der Umgebung des Père la Chaise ausgegriffen waren, in das Gefängnis La Roquette geführt. Ein Bataillonschef stand am Eingang und mußte die Gefangenen, ohne an einen einzigen eine Frage zu stellen, indem er nur „rechts“ oder „links“ sagte. Die zur Linken abgeführten wurden sofort erschossen. So wurden vom Sonntag bis Montag allein in La Roquette mehr als 1900 Personen festsitzend! Das Blut floß in Strömen in den Gassen des Gefängnisses. Dieselbe blutdürstige Schänderei ging in Mazas, in der Ecole Militaire, im Parc Monceau vor sich. Es ist später festgestellt worden, daß beispielsweise in Mazas mehr als vierhundert Gefangene erschossen wurden!

Diesem ersten Schändereien folgten die „legalen“ Mordbegehren. Bisagatay berichtet darüber: „Einer der berühmtesten (Verleumdungen) ist der des Theaters Chatelet, wo sich der Oberst Bahre befand. Die Tausende von Gefangenen, die man dorthin führte, waren zuerst auf der Wache und im Saal unter den Händen der

Die russische Revolution.

Stolypins Schankelpolitik.

Petersburg, 14. März. (Fig. Ber.)

Kalt noch gestern in der offiziellen bedienten Presse die Auflösung der Duma als eine ausgemachte Sache, so lautet heute die Mär etwas anders. Die Haltung in den „Sphären“ ist schwächer geworden. Das ersieht man deutlich aus der letzten Nummer der Stolypinschen „Kositsja“ und der „Kositsje Wremja“. Beide besinnen sich, zu versichern, daß die Regierung an eine Auflösung nicht denke! Noch wie vor werde es einzig und allein von der Duma selber abhängen, wie lange sie tage. — Gleichzeitig wird aber betont, daß, wenn die Duma denke, die auf Grund des Notgesetzparagrafen erlassenen Masse angutachten oder überhaupt der Verwirklichung des Regierungsprogramms entgegenzutreten, der Konflikt unausweichlich sei und daß sie dann allerdings mit der Auflösung rechnen müsse. Damit ist aber das zugegeben, was im ersten Teil der Versicherungen verneint werden sollte; denn daß die Duma mit einem Ministerium Stolypin oder einem ähnlichen täglich und stündlich in unlösbarer Konflikt geraten muß, ist sonnenklar. Daran ergibt sich aber für die Regierung die Notwendigkeit, entweder nachzugeben und abzutreten oder eben die Duma aufzulösen. Da sie sich zu dem ersten Schritte schweulich entschließen wird, so ist der Ausgang mehr als gewiß.

Der Sinn des Schwankens und der Verzögerung ist mir aber: einen geeigneteren Zeitpunkt zu finden, als es der gegenwärtige ist. Die Regierung braucht ja vor allem Geld; das Gerücht von der beabsichtigten Dumaauflösung aber hat an den auswärtigen und den inländischen Börsen eine starke Senkung der russischen Staatsfonds hervorgerufen. Daß besonders die französischen Geldgeber von einer solchen Versicherung nicht erbaunt sind, ist selbstverständlich. Nach dem „Rusksja Wjedomosti“ soll denn auch die französische Regierung zu verstehen gegeben haben, daß im Falle der Auflösung der Duma weitere Bittenschriften auf dem Fondsmarkt unausweichlich seien! Dieser Druck von Seiten Frankreichs hat jedenfalls in erster Linie die tatsächliche Schwächung der „Sphären“ bewirkt. Andererseits ist aber auch die starke Gärung in Moskau und in anderen Städten nicht ohne Einfluß geblieben. Welche Bedeutung die Regierung z. B. der Stockbewegung der Buchdrucker, Gelbdruckarbeiter, Straßenräumer und Gasarbeiter in Moskau beimißt, zeigt die Tatsache, daß über Moskau — und sollte die Bewegung auch Petersburg ergreifen, auch hier — der Belagerungszustand proklamiert werden soll. —

Petersburg, 15. März. (B. T. V.) Ministerpräsident Stolypin empfing heute eine aus den Dummamitgliedern Kriewski und Solimow bestehende Abordnung der sozialdemokratischen Partei, die bei ihm Einspruch erhob gegen das Vorgehen der Polizei, die in die Wohnung des Dummamitgliedes Roharadze eingedrungen war. Der Ministerpräsident setzte der Abordnung auseinander, daß das Eindringen der Polizei in die Wohnung Roharadzes dadurch veranlaßt worden sei, daß der Eigentümer des Hauses erklärt habe, in der Wohnung des Roharadzes würden oft Versammlungen abgehalten. Der Stadthauptmann sei verpflichtet gewesen, auf Grund dieser Aussage eine Untersuchung zu veranlassen und habe deshalb die Polizei beauftragt, eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Stolypin fügte hinzu: da die sozialdemokratische Partei nicht legalisiert sei, könnten nur private Versammlungen der Mitglieder derselben gebildet werden, öffentliche Versammlungen derselben könnten nicht gestattet werden. —

Vom Dedeneinsturz.

Der „Russ. Kurier“ schreibt:

Trotz amtlicher Versicherung, der Dedeneinsturz im Taurischen Palais sei die Folge der Bauflüchtigkeit, kursiert in Petersburg das hartnäckige Gerücht von einem Attentat auf die Reichsduma, wobei von verschiedenen Seiten sogar angeklagt wird, Einzelheiten über die Vorbereitungen zu dem Attentat vorzubringen, und zwar unter Hinweis auf die auch der Petersburger Polizei bekannten Tatsachen. In den russischen Administrativkreisen aber gibt man sich die größte Mühe, diese peinliche Angelegenheit, die auch am Zarenhofe einen ungemein tiefen Eindruck gemacht hat, auf harmlose Weise so schnell als möglich aus der Welt zu schaffen. Auf Befehl des Zaren findet jedoch sofort eine genaue Untersuchung des gesamten Palais statt.

Die erste Rechenschaftslegung.

Zum ersten Male seit Bestehen des russischen Reiches gelangt der Entwurf des Staatshaushalts zur Beratung an die Volkswortreter. Noch vor kurzem war das Staatshaushalt ein Staatsgeheimnis, das die Presse mit keinem Worte berühren durfte. Zum ersten Male kann also das Volk in beschränktem Maße von seinem „Budgetrechte“ Gebrauch machen. Allerdings sind vorläufig mindestens zwei Drittel des Staatshaushalts (Kriegsministerium, Hofministerium, Zinsen und Tilgung früherer Anleihen) außerhalb der direkten Regelung seitens

in den Logen postierten Soldaten eingesperrt. Hierauf drängte man sie nach und nach, wie die Schafe zur Schlachtkanal, von Korridor zu Korridor gegen das Höher, wo an einem großen Tische Offiziere der Armee und der lokalen Nationalgarde, den Säbel zwischen den Beinen, die Zigarette im Munde, saßen. Das Verhör dauerte eine Viertelstunde. „Haben Sie Waffen getragen? Haben Sie bei der Kommune gedient? Zeigen Sie Ihre Händel!“ — Wenn die entschlossene Haltung des Gefangenen einen Kämpfer betriet, wenn sein Gesicht nicht gefiel, erklärte man ihm, ohne nach seinem Namen, nach seinem Verufe zu fragen, ohne in irgend ein Register ein Zeichen einzutragen, für abgetan. „Und Sie?“ ging es dann weiter, und so fort bis ans Ende der Reihe, ohne die Frauen, Greise und Kinder auszunehmen. Wenn durch eine Laune irgend ein Gefangener verschont blieb, wurde er als „Geduldiger“ bezeichnet und für Verfaßtes aufgespart. Niemand wurde freigelassen. Freischweg überlieferte man die „Abgetanen“ den Wachen, die sie in den Gärten oder den nächsten Hof führten. Von Chatelet z. B. wurden sie in die Kaserne Vobau geführt. Hier, nachdem kaum die Türen geschlossen waren, gaben Wachen und Gendarmen Feuer, ohne nur die Opfer vor einem Peloton zu gruppieren. Einige, die schlecht getroffen waren, flohen die Mauer entlang. Die Wachen machten Jagd auf sie und schossen sie wie das Wild nieder, bis alle tot waren.“ Die Zahl der Erschlagenen wurde von General Appert selbst in der Untersuchung über den 18. März auf 17 000 angegeben. In der Tat bezahlte der Rumpalparat von Paris die Vergeltungslosen von 17 000 Weibern; eine große Anzahl Gefangener wurde aber noch außerhalb Paris getötet. Die Leichenhaufen verperrten die Straßengänge. Auch die nur ungenügend verscharrten Leichen hauchten einen pestilenzartigen Geruch aus. Da endlich hatten die bürgerlichen Wäcker genug. „Diese Helden“, schrieb eines dieser Journale, „die uns lebend soviel Schaden gebracht, sollen es nicht auch noch nach ihrem Tode tun.“ Bei den Schächtereien tat sich durch besondere Brutalität besonders General Galliffet hervor. Nach einer Meldung der konservativen Zeitung „Tricolore“ befahl er am 28. Mai, daß aus einem Haufen von Gefangenen alle Graubärte vortreten sollten. Die Zahl der Graubärte betrug 111. Sie wurden sofort erschossen. Aus einer anderen Kolonne zählte Galliffet 82 Gefangene aus, die er sofort erschießen ließ.

der Reichsduma gestellt, doch wird die Bureaufkrähe die Festungen des verfallenen Finanzregimes nicht mehr behaupten können und sich gezwungen sehen, die Volksworte auch auf diesem Gebiete zu erweitern. Jedenfalls haben wir nun die erste Rechnung, die die Bureaufkrähe dem Volke präsentiert.

Es ist eine traurige Rechnung. Die Staatswirtschaft während der Kriegsjahre 1904—1905 zeigt vor allem den völligen Bankrott der eigenmächtigen Bureaufkrähe und des persönlichen Regiments bei Entscheidungen über Lebensfragen eines 150 Millionen-Volkes. In diesen zwei Jahren wurden fast 6 Milliarden Rubel verausgabt (5,8 Milliarden).

Die Erschöpfung des sinnlosen und unglücklichen Krieges drückt als furchtbare Last auch das Budget von 1906, das die kolossale Summe von 3½ Milliarden Rubel erreichte. Das Jahresbudget hat im Laufe der letzten drei Jahre durchschnittlich über 3 Milliarden Rubel jährlich ausgemacht. Ein solches Budget hätte, ohne außerordentliche Vermehrung der Staatsschulden, kein Land in der Welt ertragen können, nun gar ein Land, das durch seine ganze frühere innere wirtschaftliche Politik völlig ruiniert war.

Im ganzen wurden 1904—1906 für Kriegszwecke 2,6 Milliarden Rubel verausgabt; 2,3 Milliarden wurden durch Anleihen gedeckt.

Außer den riesigen Summen, die direkt als außerordentliche, durch den Krieg hervorgerufene Ausgaben bezeichnet sind, ist auch der ordentliche Etat auf viele Jahre hinaus durch kolossale Zinsen und Tilgungszahlungen belastet.

Der in die Duma vom Finanzministerium eingebrachte Etat für 1907 weist an solchen Zahlungen 880,7 Millionen Rubel auf, also um 91 Millionen Rubel mehr als 1903 (289,7 Millionen Rubel). Der Etat für das laufende Jahr schließt, trotz der Bemühungen des Finanzministers, die Ausgaben zu schmälern, mit einem Defizit ab, zu dessen Deckung, nach Ansicht des Finanzministers, außer der bereits bewilligten Herausgabe vierprozentiger Staatsanleihen im Betrage von 70 Millionen Rubel, noch 200 Millionen Rubel notwendig sind. Die muß man wiederum irgendwo leihen.

So sieht die erste öffentliche Rechnung der Regierung aus. —

Vom Pogrom in Elisabethgrad.

Der Hilfsverein der deutschen Juden empfing das nachstehende Telegramm:

Elisabethgrad, 16. März. Bei dem Pogrom hier wurde ein Mann getötet. Er hinterläßt eine ganz mittellose Familie von drei Personen. Die Zahl der Vermundeten beträgt 30. Ein erhebliche Masse Häuser wurde geplündert. In mehr als 300 Läden und Häusern wurden die Fenster eingeschlagen. Durch energisches Einschreiten wurde der Plünderung und dem Blutvergießen Einhalt getan. Jetzt ist alles ruhig, obgleich die Erregung noch groß ist.

Die Folter in Riga.

Einem Berichte, den die „Russ. Korresp.“ von einer — wie sie schreibt — absolut vertrauenswerten Persönlichkeit aus Riga enthält, entnehmen wir folgendes:

„Er gelang mir, mit Personen, welche auf der Station Oger gefoltert wurden, zu sprechen, und ich zeichne ihre Erzählung auf.“

Am 10. November vorigen Jahres war auf das Bureau des 2. Wilauer Polizeibezirks ein gewisser R.**) gebracht worden, der unter dem Verdacht stand, einen Raubanschlag begangen zu haben. Nach einigen Stunden wurde R. auf die Station Oger übergeführt und dem dortigen Polizeioffizier übergeben. Hier stellte man seine Hände mit Ketten und fing ihn an zu schlagen. Zuerst trat man ihn mit den Füßen auf den Rücken, dann schlug man ihn mit Knäuffeln und mit Gummischläuchen. Wenn der Gefolterte das Bewußtsein verlor, gab man ihm Salzwasser zu riechen, und als er zu sich kam, schlug man ihn weiter. Während des Prügelns beschädigte man ihm ein Ohr, so daß er fast sein Gehör verlor. Die Polizei ließ ihn nach den Folterungen nicht in Freiheit, obgleich ihm nichts zu beweisen war, sondern behielt ihn, bis die Wunden geheilt waren. Halb taub wird der Unglückliche sein ganzes Leben bleiben. Gefoltert wurde R. durch einen Polizeioffizier.

Am 12. Dezember vorigen Jahres war eine gewisse Frau R.***) 40 Jahre alt, verhaftet worden. Sie stand unter dem Verdacht, einen politischen Verbrecher beherbergt zu haben. Sie wurde ebenfalls auf die Station Oger gebracht. Um 8 Uhr abends, am Tage ihrer Ankunft, fing man sie zu prügeln an. Man prügelte sie mit einer Kajakta und mit Gummischläuchen. Außerdem stieß man ihr den Lauf eines geladenen Revolvers in den Mund und drohte sie auf der Stelle zu töten, wenn sie nicht sagen würde, wo eine von der Polizei gesuchte Person sich befinde. An den Foltern nahmen teil ein Polizeioffizier und zwei Dorfpolizisten.

Die beiden gefolterten Personen sind bereit, ihre Aussagen auch vor Gericht zu wiederholen.

Außer den oben erwähnten Tatsachen verfüge ich noch über andere Aussagen von den an der Station Oger gefolterten Personen. Ich werde über dieselben später in der europäischen Presse sprechen.

*) und **) Die Namen sind uns bekannt, können aber zurzeit nicht veröffentlicht werden.

Gaartsträubende Bestialitäten spielten sich bei dem Transport der Gefangenen ab. Rauchend, mit Urat beschmutzt, abgestumpft vor Müdigkeit, Hunger und Durst, von der Sonne verengt, schleppten sich die Gefangenenzüge durch den breimenden Staub der Landstraße. Wer nicht mehr weiter konnte, wurde mit Bajonettschlägen traktiert oder einfach niedergeschossen!

Der Korrespondent der „Times“ meldete vom 20. und 30. Mai:

„Ein sonnenberbrannter, schwarzhaariger, starkbehaarter Mann schloß sich an die Ecke der Rue de la Paix nieder und weigerte sich weiterzugehen. Noch mehreren Versuchen, ihn zum Aufstehen zu zwingen, verlor ein Soldat alle Geduld und schlug ihn zweimal mit seinem Bajonnet, indem er ihm befahl, sich zu erheben und mit den anderen weiterzugehen. Wie sich erwarteten ließ, blieb diese Aufforderung fruchtlos. Da ergriff man ihn und setzte ihn auf ein Pferd; er sprang sogleich herunter. Nun band man ihn an den Schweif des Pferdes fest, das ihn schleifte, wie man es einst mit der Königin Brunhild tat. Er wurde durch den Wutverlust ohnmächtig; in diesem Zustand band man ihn auf einen Ambulanzwagen und führte ihn unter dem Geschrei und den Kläffen der Bevölkerung fort.“

Beim Parc Ronceau wurde ein Chepchar verhaftet und nach dem zwei Kilometer entfernten Bendômeplatz dirigiert. Sie waren beide invalide und unfähig, soweit zu gehen. Die Frau setzte sich auf einen Stein und weigerte sich, einen Schritt weiterzugehen, trotz der Ermahnungen ihres Mannes. Nun warfen sich beide auf die Knie und beschworen die Gendarmen, sie auf der Stelle zu erschießen, wenn sie doch sterben sollten. Zwanzig Revolver wurden auf sie abgefeuert, aber sie atmeten noch und starben erst bei der zweiten Salve. Die Gendarmen entfernten sich und ließen die Leichen liegen.

Ein anderer Gefangener, der sich gleichfalls weigert hatte zu gehen, wurde an Händen und Haaren des Weges daher geschleift.“

Das sind nur kleine Stichproben aus den Bestialitäten der Rommenschlächter. Falls also Fürst Bülow und sein offizielles Sprachrohr künftig wieder das Bedürfnis zu stittlicher Enttäuschung verspüren sollten, böten ihnen die Taten der Verfaulter den denkbar geeignetsten Stoff dazu!

Im Bureau des 4. Polizeibezirks wurde unter anderem ein Bauer L. geprügelt, auf dem der Verdacht ruhte, daß er einen Polizisten geißelt habe. Nach dem Prügel war sein Rücken ganz schwarz vom getrockneten Blut. Die Gefangenen desselben Polizeibureaus erzählen, daß sie oft das Geschrei der Geprügelten hören. In diesem Bezirk sind die entsetzlichsten Folterungen vorgenommen worden. Die authentischen Feststellungen werden zu ihrer Zeit erfolgen.

Daß die Folter bei der Rigaer Polizei eine ständige Einrichtung war, wissen wir schon aus dem Prozeß der „36“, als die Rechtsanwälte Solowow und Schablowich dem Kriegsgericht unvorderleglich bewiesen, daß die von ihnen Verteidigten während der Voruntersuchung gefoltert wurden. Schematisch wird aber die Folter erst seit dem Ende des vorigen Jahres angewandt, als in Riga über 100 Mann verhaftet wurden. Von diesen 100 Mann waren 16 vor das Standgericht gestellt worden, und 10 von ihnen wurden zum Tode verurteilt, die übrigen zu Zwangsarbeiten von 8 bis 20 Jahren. Diese 16 Mann waren es eben, die die schrecklichsten Foltern erfahren mußten; von ihnen wird jetzt viel in der russischen und auch in der ausländischen Presse gesprochen.

Die Foltern werden vollzogen von dem Chef des Detektivamtes Gregus, seinem Gehülfer Richev, von den Detektiven Anton, Dabos und einigen anderen. Dabos prüft vor dem Foltern gewöhnlich die Haut des Opfers und sagt: „Sie wird ausbalten.“

Auf einen jener 16 Mann, einen gewissen Grünig, der mehr unter dem Spitznamen „Burlak“ bekannt war, konzentrierte sich die ganze Wut der Detektiven. Dem unglücklichen, 23jährigen Jüngling sind alle Haare aus dem Kopf und dem Bart ausgerissen worden. Man hat ihm einige Rippen gebrochen, mit dem Griff eines Messercolbers hat man ihm am Kopf schwere Wunden geschlagen, und das Gesicht wurde so zerkratzt, daß man ihn gar nicht mehr erkennen konnte. Nach der Folter konnte er sich nicht mehr bewegen, und zwei Gefängniswärter schleppten ihn in die Zelle, wo sie ihn an der Tür liegen ließen. Seine Zellengenossen haben ihn auf, wuschten ihm die Wunden und brachten ihm zum Verußtsein zurück. Seine Leiden waren schrecklich, er konnte weder liegen, noch sitzen. Und doch machte Grünig der Polizei nicht die von ihm verlangten Angaben! Dadurch ist es auch zu erklären, daß er „nur“ zu 15 Jahren Zwangsarbeit und nicht zum Tode verurteilt wurde. Ein solches Urteil war für die Herren Gregus und Co. ganz unerwartet und kompromittierend. Daher wurde Grünig zur Verfügung einer Strafexpedition im inländischen Gouvernement gestellt „zum Zwecke einer weiteren Untersuchung“ (nach erfolgtem Urteil eines Gerichts!). Nach einer Woche wurde dann bekannt, daß er „infolge eines Irrtums“ freigesprochen worden ist.

Das zweite Opfer ist Karl Logodins (Kentin), welcher infolge des Urteils eines Standgerichts freigesprochen wurde. Ihm riß man die Nägel aus den Händen, und man setzte ihn in entsetzlicher Weise an den Geschlechtsorganen. Bis zur Vollstreckung der Todesstrafe litt er daher entsetzliche Schmerzen. Diese letzte Folter war von Richev erfunden worden, den sogar Dabos ein „Tier“ nannte. Das Gesicht Logodins war ebenfalls zerkratzt, sowie auch der ganze Körper, er konnte die letzte Zeit weder stehen, noch liegen, noch sitzen ohne furchtbare Schmerzen.

Mein Material ist nicht erschöpft. Es wird der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden.“

Die Folter in russischen Gefängnissen.

Aus Theodosia wird der „Russ. Korresp.“ geschrieben:

Auf dem Telegraphenbureau in Theodosia wurde in diesen Tagen folgendes Telegramm zur Absendung eingebracht:

Petersburg. Hauptgefängnisamt. Die unmenschliche Behandlung seitens des Gefängnisdirektors Jalsch ist unerträglich. Im betrunkenen Zustande prügelt er, eigenhändig in der Nacht die Gefangenen ohne jeglichen Grund. Am 2. Februar wurde der Gefangene Saworotinski gefoltert. Man schlug ihn mit dem Kopf gegen die Wände und gegen die Diele, prügelte ihn mit den flachen Seiten der Säbel und warf ihn endlich in einen kalten Keller. Die Bitte, einen Arzt zu rufen, wurde unter Drohungen abgelehnt. Beschwerden werden nicht weitergegeben. Lebensmittel zu laufen gestattet man nicht. Die Gelber der Gefangenen vertritt der Direktor. Nur durch Besetzung erlangt man von ihm Privilegien. Die Zellen der reichen Kriminalgefangenen bleiben daher den ganzen Tag offen. Die Gefangenen tragen auch eigene Kleider. Wir qualvolle Gefangene wenden uns an das Hauptgefängnisamt mit der Bitte, die Tätigkeit des Direktors Jalsch zu untersuchen und ihn von seinem Posten zu entfernen.“

Als dieses Telegramm auf das Telegraphenbureau gebracht wurde, benachrichtigte der Chef des Bureaus sofort den Gefängnisdirektor. Das Resultat war: die Weigerung, das Telegramm abzusenden.

Die „Bosnische Zeitung“, die derlei Nachrichten gern demontiert, kann sich nun wieder des Herrn Jalsch annehmen. —

Die Krisis

in der belgischen Gewerkschaftsbewegung.

Die belgische Gewerkschaftsbewegung ist, wie die deutsche, mit der und durch die sozialistische Partei groß geworden; viele der Gewerkschaftsführer sind zugleich hervorragende Parteigenossen. Die Zentralverbände und Lokalgruppen sind offiziell der Partei angegeschlossen und auch auf deren Kongressen vertreten. Daneben besteht aber auch eine Gewerkschaftskommission, welche beiläufig dieselben Funktionen zu erfüllen hat, wie unsere deutsche Generalkommission; aber auch in dieser ist der Parteivorstand durch einige Mitglieder vertreten, wie umgekehrt die Gewerkschaftskommission einen Teil der Parteileitung bildet. Der volle Name der bezeichneten Kommission lautet: „Gewerkschaftskommission der belgischen Arbeiterpartei.“ Nun ist aber im Laufe der Jahre auch eine Anzahl sogenannter „neutraler“ Gewerkschaften der Gewerkschaftskommission beigetreten. Auf den Kongressen der letzten Jahre hat es nun schon immer lebhaft Auseinandersetzungen gegeben über die zwei verschiedenen Auffassungen bezüglich der Taktik der Gewerkschaften. Die „Neutralen“, vor allem die Diamantarbeiter von Antwerpen, fordern die Auflösung der Gewerkschaften von der sozialistischen Partei; sie treten für eine vollkommene politische Neutralität ein. Demgegenüber hält die große Mehrzahl der Gewerkschaftsverbände, wie der Zentralverband der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, Steinarbeiter usw. daran fest, ihre Zugehörigkeit zur sozialistischen Partei unerschütterlich zu erhalten.

Das Bestreben der sozialistischen Gewerkschaften ging selbstverständlich auch dahin, die Einseitigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung möglichst zu erhalten, und so wurde zu Weihnachten ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress einberufen, welcher möglichst eine Verständigung herbeiführen sollte. Dieser wählte eine Kommission bestehend aus je sechs Vertretern sozialistischer und neutraler Gewerkschaften. Diese Kommission hat nun vor kurzem getagt. Der Konflikt entstand schon bei der Festsetzung des zukünftigen Namens der obersten Leitung der Gewerkschaften. Die Sozialisten waren für Aufrechterhaltung des alten Namens. Die Diamantarbeiter beantragten: „Gewerkschaftskommission von Belgien.“ Auf Antrag des Genossen Hubmans einigte man sich schließlich auf den Namen: „Gewerkschaftskommission der belgischen Arbeiterpartei und der Unabhängigen Gewerkschaften.“ Die Diamantarbeiter stimmten dagegen und forderten auch die Abstimmung über ihren Vorschlag, der dann abgelehnt wurde. Hierauf verlangten die Diamantarbeiter, daß von sozialistischer Seite keine örtlichen Gruppen gebildet werden dürften, die mit den „Neutralen“ in Opposition bzw. in Konkurrenz treten. Dies wurde akzeptiert, den Unabhängigen aber dafür aufgegeben, keine

*) Der „Vorwärts“ hat zur Zeit über die Leiden Grünings und seiner Gefährten ausführlich berichtet.

Zeitung und keine Genossenschaften zu gründen, die sich im Gegensatz zu den Sozialisten stellen. Die Diamantarbeiter gaben hierauf keine präzisen Erklärungen ab; schließlich ging man aber in ziemlich friedlicher Stimmung auseinander.

Weitere Differenzen bestehen sodann noch bezüglich des Artikels 5 des vorgelegenen Reglements. Dieser bestimmt, daß keine örtliche Gewerkschaftsgruppe an die Gewerkschaftskommission angeschlossen werden kann, wenn dieselbe nicht auch an den Zentralverband des betreffenden Berufs, falls ein solcher besteht, angeschlossen ist. Ferner über die Bestimmung, daß für jeden Ort nur eine Berufsvereinigung den Anschluß bewirken kann. Auch hier sind es die neutralen Gewerkschaften, die sich gegen die festen zentralistischen Befugnisse der Kommission sträuben. So sind noch in den letzten Wochen mit Hilfe der Diamantarbeiter in Antwerpen Lokalvereine von Metall- und Holzarbeitern gegründet worden, obgleich für diese Berufe bekanntlich Zentralverbände bestehen. Um eine Regelung all dieser unhaltbaren Zustände herbeizuführen, war für letzten Sonntag ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß nach Brüssel einberufen. Von den Diamantarbeitern lag ein Schreiben vor, daß sie an dem Kongreß nicht teilnehmen, da die Leitung beschlossen habe, den Verein von der Gewerkschaftskommission loszulösen. Als Gründe werden angegeben, daß der angesehene Name der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung nicht entspreche. Ferner, weil das Prinzip, nach welchem die Zentralvereine alle Gruppen, ob sie der Arbeiterpartei angeschlossen sind oder nicht, aufzunehmen haben, abgelehnt worden sei. — Wie es heißt, wollten die Antwerpener Diamantarbeiter versuchen, eine besondere Gruppe der neutralen Gewerkschaften zu gründen; sie sollen sich zu diesem Zweck bereits an die Glasarbeiter von Lodevensart und an die neutralen Gewerkschaften von Verviers gewendet haben. Alle diese Maßnahmen gehen zunächst nur vom Vorhanden aus und es beschloß der Kongreß, sich an die Mitglieder des Diamantarbeiterverbandes zu wenden. Der Kongreß tritt nunmehr in die Diskussion des vorliegenden Entwurfs über den Zweck und die Aufgaben der Gewerkschaftskommission ein. Der Name wird in der vorgelegenen Form einstimmig angenommen. („Gewerkschaftskommission der belgischen Arbeiterpartei und der Unabhängigen Gewerkschaften.“) Der

Artikel 2 legt den Zweck der Kommission in folgender Weise fest: Die Gewerkschaftskommission hat den Zweck, bei den Arbeitern beiderlei Geschlechts das Gefühl der Solidarität zu wecken und zu entwickeln, um so die ökonomische und intellektuelle Befreiung der Arbeiter auf der Basis des Klassenkampfes herbeizuführen.

Die Buchdrucker, die sich ebenfalls als eine neutrale Gewerkschaft bezeichnen, sind dem Beispiel der Antwerpener Diamantarbeiter nicht gefolgt; ihre Vertreter sind anwesend und versuchen auf dem Boden der Neutralität möglichst zur Anerkennung zu bringen. Sie beantragen den Schlußsatz der obigen Erklärung umzuändern: „Um den wirtschaftlichen Sieg der Arbeiterklasse, die sich streng auf dem Boden der Gerechtigkeit und Gleichheit stellt, herbeizuführen.“ Der Vertreter der Buchdrucker erklärt, man solle ja nicht glauben, daß für sie die Neutralität Freiheit und Gerechtigkeit bedeute. Wir sind bei Euch und bleiben bei Euch.“ (Großer Beifall!) Die Genossen Huzmans, Ansele und de Broeckere sprechen dagegen, und sie weisen den Vertretern der Buchdrucker nach, daß gerade der gewerkschaftliche Kampf ein Klassenkampf sei. Hierauf ziehen die Buchdrucker ihren Antrag zurück und gelangt sodann der Artikel in der vorgelegenen Fassung zur Annahme. Dem Artikel 3 zufolge können der Gewerkschaftskommission beitreten die Zentralverbände und die gewerkschaftlichen Gruppen, die noch nicht zentralisiert sind, ferner auch die Zweigvereine derjenigen Verbände, die sich der Gewerkschaftskommission noch nicht angeschlossen haben. Auch der oben bereits angeführte Artikel 5 gelangt hierauf zur Annahme.

Die Aufgaben der Gewerkschaftskommission sind im vorhergehenden Artikel festgelegt. Danach hat diese die Gründung von Gewerkschaften zu fördern in denjenigen Berufen, wo solche noch nicht bestehen. Sie hat die Aktionen der bestehenden Gewerkschaften zu vereinigen und zu versuchen, dieselben national und international mit den Gruppen gleicher oder verwandter Berufe in Verbindung zu bringen. Einzelne Gewerkschaften, die noch nicht zu einem Verbande zusammengeschlossen sind, hat die Kommission möglichst zu vereinigen. (Sobald 3 Lokalgruppen vorhanden sind.) Sie hat die ganze belgische Gewerkschaftsbewegung, soweit diese die im Artikel 2 aufgestellten Prinzipien anerkennt, zu zentralisieren. Sie schließt sich der internationalen Gewerk-

schaftsbewegung (im Internationalen Sekretariat) an, deren belgische Sektion sie bildet. Bei Streikbewegungen, Auspörrungen und sonstigen Aktionen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat die Gewerkschaftskommission leitend und helfend einzugreifen, wo sie es für notwendig erachtet. Sie organisiert die Sammlungen zur Unterstützung der Gewerkschaften im Kampfe und fördert die Gründung von Unterstützungsstellen und Kampffonds in den verschiedenen Gewerkschaften. Sie veranlaßt statistische Erhebungen und hat diese zu veröffentlichen. Sie kontrolliert die Durchführung der Arbeitergesetze und sucht diese weiter zu fördern. Bei ausbrechenden Konflikten zwischen den angeschlossenen Gewerkschaften hat sie vermittelnd einzugreifen. Sie gibt ein periodisches Organ („Correspondenzblatt“) heraus, ferner eventuelle Agitationsbroschüren und Bücher.

Dieser Artikel wird nach kurzen Erklärungen angenommen. Sodann wird die Zusammensetzung der Kommission beschlossen. Dieselbe soll aus den Vertretern der Zentralverbände und den angeschlossenen Sekretären bestehen, ferner werden hinzugezogen zwei Vertreter des Parteivorstandes und zwei Vertreter der neutralen Gewerkschaften. Hierauf wird in namentlicher Abstimmung mit 67 gegen 3 Stimmen beschlossen, daß in Zukunft die angeschlossenen Gewerkschaften 10 Centimes pro Mitgliedschaft und Jahr an die Kommission abzuführen haben. Bis jetzt waren nur 5 Centimes abgeführt worden und konnte die Kommission damit die ihr gestellten Aufgaben nicht erfüllen.

Zum Schluß begründete der Genosse Huzmans den Antrag, eine Heimarbeitersammlung in die Wege zu leiten und vorher Erhebungen über Arbeitslöhne und Bedingungen in der Hausindustrie anzustellen. Diesem Antrag wurde zugestimmt und hierauf der Kongreß geschlossen.

Wasserstand am 17. März. Elbe bei Aulitz — Meter, bei Dresden — 87 Sp. — Elbe bei Magdeburg 2,08 Meter. — Elbe bei Stralsund — Meter. — Oder bei Rathow 1,40 Meter. Oder bei Breslau Uferpegel — 0,86 Meter. — Rheingebirgung 1,72 Meter. Oder bei Breg 2,64 Meter.

Für
ein Zehnpfennigstück
erhält man
ein
1/4 Pfund-Paket
Kathreiners
Malzkaffee!



Noch billiger können Sie's doch nicht verlangen! Machen Sie also noch heute einen Versuch mit dem echten „Kathreiner“, schieben Sie's nicht noch weiter auf, jeder Kaufmann hat diese 10 Pf. - Pakete, also lassen Sie sich **sofort** eins holen. Achten Sie aber genau darauf, daß Sie auch den echten „Kathreiner“ bekommen, es gibt nämlich viele mindertwertige Nachahmungen!

Leske & Slupecki
70c Schönhauser Allee 70c
Spezialhaus guter Herren- u. Knaben-Bekleidung
fertig und nach Maß.

➔ **Einsegnungs - Anzüge.** ➔
Frühjahrs - Anzüge. ● Frühjahrs - Paletots.

Einzig dastehende Abteilung:
Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß unter persönlicher Leitung.

Am Sonnabend und Sonntag erhält jeder Käufer eines Anzuges oder Paletots,
➔ **eine elegante bunte Weste gratis!** ➔

N. JSRAEL
26-30 Spandauer Str. BERLIN C. König-Strasse 11-14
GROS □ DETAIL □ EXPORT

Herren-Konfektion

Gediegene Verarbeitung nur bester, deutscher und englischer Stoffe
Moderne Formen o. Reiches Größen-Auswahl

Verkauf zu sehr billigen Preisen

Fertige

- Herren-Jackett-Anzüge**
Preis Mk. 33,- bis 63,-
- Herren-Rock-Anzüge**
Preis Mk. 52,- bis 68,-
- Herren-Frühjahrs-Ulster**
Preis Mk. 33,- bis 55,-
- Herren-Sommer-Paletots**
Preis Mk. 28,- bis 52,-
Auf Seide gearbeitet Preis Mk. 60,- u. 63,-
- Herren-Beinkleider**
Preis Mk. 7,⁵⁰ bis 17,⁵⁰
- Herren-Loden-Pelerinen**
Preis Mk. 8,⁷⁵ bis 28,-

Mass-Abteilung
unter Leitung bewährter Fachkräfte

Grosse Auswahl fertiger
**Jünglings- und Knaben-Anzüge,
Pyjacks und Paletots**
vorrätig in jeder Größe.

Herren- und Knaben-Wäsche, Handschuhe, Krawatten, Hosenträger, Hüte
Schuhe und Stiefel für Herren und Knaben

Der neue illustrierte Spezial-Katalog für
Gärdinen,
Möbelstoffe,
Teppiche,
Möbel
wird kostenfrei versandt

Jeden Mittwoch:
Reste-Tag
Verkauf der aus dem Ausschneid und den Arbeitsstätten übriggebliebenen
Reste und Kupons
zu sehr billigen Preisen

**Wäsche-
Ausstattungen**
□
**Wohnungs-
Einrichtungen**

Herren-Jackett-Anzug
Neue, moderne, lange Jackettform.
Moderner, kariertes Stoff.
der Anzug Mk. 39,-

Nur 10 Pfennig

kosten 2 Teller vorzüglicher Suppe
MAGGI'S Suppen mit dem Kreuzstern
In kürzester Zeit nur mit Wasser herzustellen.

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Suppen!**



A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

PORZELLAN

Sonntag, Montag,
Dienstag, Mittwoch

GLAS

Soweit der Vorrat
reicht

STEINGUT

Speiseteller massiv, hoch oder tief	20 Pf.
Dessertteller massiv	15 Pf.
Compotteller massiv	12 Pf.
Kaffeetassen massiv	15, 20 Pf.
Bouillontassen massiv	20 Pf.
Obertassen massiv	9 Pf.
Kaffeetassen mit Untertasse	9 Pf.
Kaffeekannen	38 Pf.
Salatiären gerippt	35, 48, 58 Pf.
Saucières verschiedene Formen	42 Pf.
Kaffeetassen dekoriert mit Untertasse	18 Pf.
Kaffeetassen mit Goldrand	20 Pf.
Dessertteller dekoriert	18 Pf.
Dessertteller mit Goldstern	23 Pf.
Kaffeetassen mit Goldbuchstaben	23 Pf.
Salatiären dekoriert	25, 33, 38 Pf.

Butterdosen gepresst	20 Pf.
Käseglocken gepresst	42 Pf.
Compotschalen gepresst Satz 6 Stück	98 Pf.
Gambrinusbecher	9 Pf.
Bierbecher mit starkem Boden und Goldrand	13 Pf.

Victoriabecher gewölbt	23 Pf.
Biertulpen Kristall mit Spruch	33 Pf.
Compotschalen mit Schrift	18 16 19 21 24 cm
	33 42 60 75 85 Pf.

Teller hoch oder tief	6 Pf.
Salatiären Satz 6 Stück	98 Pf.
Compottieren	12, 15, 18 Pf.
Terrinen	68 Pf.
Saucières	45 Pf.
Bratenplatten grosse Form	68 Pf.
Waschbecken	65, 95 Pf.
Kannen	45, 60, 85 Pf.
Kaffeetassen blau	10 Pf.
Speisenäpfe mit Deckel	35 Pf.
Blumentöpfe	35 Pf.

Weingarnitur mit Bordüre:

Rotweinkelche	35 Pf.	Sektkelche	40 Pf.
Rheinweinkelche	38 Pf.	Bierbecher	25 Pf.
Portweinkelche	32 Pf.	Theebecher	22 Pf.

Kaffeesevice (Porzellan) 4teilig mit Tablett	98 Pf.
Kaffeesevice (Porzellan) 9teilig mit Goldrand	2.95
Satzöpfe (Porzellan) mit Goldrand	Satz 6 Stück 1.15
Waschgarnituren (Steingut) 4teilig	1.95, 5teilig 2.95, 3.50, 4.75, 5.75, 6.25

EMAILLE

Schmortöpfe ohne Ring	35, 45, 55, 70, 85, 95
Schmortöpfe mit Ring	48, 60, 75, 85, 98, 1.20
Kasserollen ohne Ring	25, 30, 38, 45 Pf.
Kasserollen mit Ring	48, 60, 70, 80, 90 Pf.
Wasserkessel für Gas	45, 65, 75 Pf.
Wasserkessel mit Sack	48, 95, 1.45, 1.65
Wasserkonsole mit Mass	42, 48 Pf.
Schaffnerkannen	38, 42, 48 Pf.
Kaffeeflaschen mit Patent-Verschluss	42, 48, 60 Pf.
Durchschläge	55, 65, 75 Pf.
Essenträger	38, 42, 48 Pf.

Kehrreichtschaufeln gestanz	32, 40 Pf.
Konsole Sand, Seife, Soda, neublau oder weiss	1.65
Esslöffel weiss	5 Pf.
Wassereimer ff. dekoriert mit Deckel	2.25
Nachtgeschirre	38, 42, 48 Pf.
Kehrreichteimer mit Deckel und Schrift	2.75
Tassensiebe 15 Pf. Seifnäpfe für die Leitung	15 Pf.
Einzelne Becher Sand, Seife, Soda	Stück 15 Pf.
Waschschüsseln mit Seifnapf	48, 55 Pf.
Waschservice 3teilig, Porzellanform	1.95

Eimer ca. 28 cm grau	70	neublau	80	marmoriert	85 Pf.
Wannen oval	1.25, 1.65, 1.95, 2.45				
Toiletteneimer weiss, mit Einpatz und Korbbengel	95 Pf.				
Wassereimer dekoriert, mit Deckel	95 Pf.				
Wassereimer ff. dekoriert, mit Messingbügel und Knopf	2.45				

EISENWAREN

zum Umzug

Eiserne Gardinenstangen	ca. 100 130 140 180 190 cm
Stangen für Scheibengardinen ausziehbar	Stück 10 14 18 20 25 Pf.
Gallerieeisen	Paar 5 Pf.
Rollenkasten für Zuggardinen	Paar 15 Pf.
Verzinte Ringe	Dutzend 2, 3 Pf.
Porzellan-Ringe 1 Loch Stück	1 Pf., 3 Loch 2 Stück 3 Pf.
Porzellan-Quasten	Stück 4 Pf.
Schnurhalter	Stück 5 Pf.
Gonsolhaken	Dutzend 8, 10, 12, 15 Pf.
Teppichnägel	Dutzend 15, 18 Pf.
Bildernägel	Dutzend 4, 5, 6, 8 Pf.
Vorhangschlösser	Stück 8, 15, 25 Pf.
Reisnägel	Schachtel 3 Dutzend 5 Pf.

BORSTENWAREN

Haarbesen	48, 70, 90 Pf.
Handfeger	30, 42, 48 Pf.
Rosshaarbesen	95, 1.45, 1.65, 1.95
Rosshaarhandfeger	55, 75, 95 Pf.
Teppichhandfeger	38, 45, 48 Pf.
Bohnerschrubber mit Stiel und Filzstreifen	3.75, 4.95
Stahlsphäre	Paar 18 Pf.
Bohnermasse	Dose 52 Pf.
Bohnertuch	25 Pf.
Closetbürsten	35, 38, 45 Pf.
Schrubber	18, 25, 30 Pf.
Abstäuber	25, 38, 48 Pf.
Teppichklopfer	28, 38, 45 Pf.
Kleiderbürsten	38, 48 Pf.

BLECHWAREN

Vorratsbüchsen Delftmuster	18, 25 Pf.
Reibemaschinen	95 Pf.
Messerputzmaschinen mit Brett	5.95
Messerputzschmirlgel	Dose 25 Pf.
Briefkasten lackiert	38, 48 Pf.
Ringständer	32 Pf.
Ringständer mit Messingfuss	55 Pf.
Deckelhalter lackiert	38 Pf.
Wirtschaftswagen	1.25, 1.65, 1.95
2 Gasplättchen mit Erhitzer	5.25
Waschständer	45, 75, 95, 1.25
Waschtische	2.25, 2.65, 2.95

Teppichkehrmaschinen	7.95
Küchenstühle gestrichen	2.25
Küchentische gestrichen	6.75
Küchenrahmen	2.95, 3.95, 4.75



Leitern	Stufe 38 Pf.
Putz- oder Wichskasten	42 Pf.
Gardinenspanner zum Aufrechtstehen „Spanne mit Liebe“	11.75
Wringmaschinen ca. 36 cm Walzenlänge la Gummi-Walzen	10.75

• • • Oster-Ausstellung in allen Abteilungen • • •

Reichstag.

30. Sitzung vom Sonnabend, den 16. März 1907, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. v. Stengel, Graf Posadowski.

Der Geschenkwurf betreffend den Hinterbliebenen-Versicherungsfonds und den Reichsinvalidenfonds wird in dritter Beratung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Geschenkwurfs betr. die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907.

Die §§ 1 und 2 werden debattelos angenommen. In § 3 hat die Kommission beschloffen, auch die Frage nach der Religion zuzulassen.

Abg. Dobe (fr. Vg.): Die Frage nach der Religion hat mit dem Regierungsvorlage diese Frage wieder zu streichen.

Abg. Dobe (fr. Vg.): Die Frage nach der Religion hat mit dem Beruf gar nichts zu tun. Für die Bevölkerungsstatistik wird die Religion bei der allgemeinen Volkszählung mit erfasst. Hier würde die Aufnahme und Bearbeitung dieser Frage Mehrkosten im Betrage von 66 000 M. verursachen. Das sollten doch auch die Freunde dieser Frage bedenken. (Beifall links.)

Der Antrag Dobe wird gegen die die Stimmen des Zentrums und der Polen angenommen.

Die übrigen Paragraphen des Geschenkwurfs werden debattelos angenommen, ebenso die beiden von der Kommission beantragten Resolutionen, den Reichskanzler zu ersuchen:

a) Vorkehrungen zu treffen, daß für die Folge die Berufs- und Betriebszählung nach Ablauf von höchstens zehn Jahren vorgenommen werde.

b) in dem Gewerbeformular und Gewerbebogen bei Angabe des Lebensalters zu unterscheiden zwischen solchen, welche weniger als 14 Jahre, und solchen, welche 14 bis 18 Jahre alt sind.

Die Kommission beantragt ferner: den Reichskanzler zu ersuchen, Erhebungen über die Eigentumsverteilung der land- und forstwirtschaftlich benutzte Bodenfläche im Deutschen Reich unter Berücksichtigung der Art der Bewirtschaftung, der Zahl und Größe der Betriebe usw. zu veranlassen.

Hierzu beantragen Albrecht und Gen. (Soz.), die verbündeten Regierungen zu ersuchen: bei der Berufs- und Betriebszählung 1907 bereits bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung feststellen zu lassen:

Der Eigentümer der landwirtschaftlich ausgenutzten Grundstücke ist.

Abg. Scheidemann (Soz.): Die von uns beantragte Frage ist außerordentlich wichtig. In der Denkschrift des Deutschen Landwirtschaftsvereins ist sehr abfällig über die Auffassung des bauerlichen Grundbesitzes durch das Großkapital geurteilt. Im preussischen Abgeordnetenhaus ist von den Abgeordneten Hahn und Engelbrecht folgender Antrag eingebracht worden:

„Das Haus wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen,

in Erwägung, daß bei der ungünstigen Vermögenslage der überwiegenden Mehrheit der größeren ländlichen Grundbesitzer das häßliche Großkapital in vielen Teilen der Monarchie im wachsenden Umfange Nittergüter erwirbt und diese durch Singulardenkmalen bauerlichen Grundbesitz vergrößert, daß es daneben im Westen der Monarchie Kleinbäuerlichen Grundbesitz in großer Ausdehnung zusammenkauft und den zerstreuten Besitz stellenweise bereits in geschlossenen Grundbesitz zusammengefaßt hat.

In weiterer Erwägung, daß hierdurch das Bestehen der königlichen Staatsregierung, unter Anwendung sehr bedeutender Staatsmittel die Zunahme des kleinen und mittelbäuerlichen Besitzes (innerer Kolonisation) zu fördern, in seinem Erfolg in Frage gestellt wird und daß die Auffassung des bauerlichen Grundbesitzes durch das Großkapital dem Staatsinteresse zuwiderläuft,

gesetzliche Bestimmungen herbeizuführen, daß in denjenigen Landesteilen, die der Gefahr der Auffassung des bauerlichen Besitzes durch das Großkapital ausgesetzt sind, der Erwerb bauerlicher Besitzungen oder von Teilen solcher durch Großgrundbesitzer von einer Erläuterung des Verhältnisses abhängig gemacht wird, daß der Erwerb im Interesse der Erhaltung des Bauernstandes unerschädlich sei.

In diesem Antrage kommt in denkbar schärfster Weise zum Ausdruck, wie wichtig es ist, daß die von uns beantragte Frage nach dem Besitzer gestellt wird. Wenn man sich schon wundern muß, daß ein solcher Antrag eingebracht worden ist, so wächst diese Verwunderung durch die Begründung des Antrages. Es wird nämlich auf die Verichte aus landwirtschaftlichen Organisationen verwiesen. Es heißt da im Jahresbericht des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen (1903, Seite 5): „Das Großkapital, welches sich dort durch die Industrie in einigen Händen angehäuft hat, bemächtigt sich allmählich eines Bauernhofes nach dem anderen und verpachtet diese wieder meist an auswärtige Leute.“ Ferner im Bericht für 1907, Seite 10: „Auch hier im Kreise Venne macht sich die Erläuterung geltend, daß die Großkapitalisten den Grund und Boden sowie ganze Landgüter aufkaufen.“ Aus dem Kreise Bergheim: „In geradezu erschreckendem Maße nimmt die Ländereigentumsbildung durch Landankauf seitens hier ansässiger Kapitalisten zu. In einzelnen Gemarkungen sind die Kapitalisten bereits völlig Herren der Lage geworden. Nicht nur kleine, sondern auch mittlere und größere Landwirte werden nach und nach ausgekauft und sinken größtenteils zu Arbeitern herab, die dann in den sich stets mehrenden Fabriken ihr Brot suchen müssen.“

Das nimmt sich so aus, als wenn die Herren die Begründung ihres Antrages aus dem kommunistischen Manifest oder aus dem sozialdemokratischen Programm abgeschrieben hätten. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls aber muß uns daran liegen, daß wir Klarheit in dieser Frage haben. Wenn darum zu tun ist, daß wir nicht nur feststellen, wie der Grundbesitz in Groß- und Kleinbetriebe zerfällt, sondern auch, wer der wirkliche Besitzer ist, muß unserm Antrage zustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Will (Z.): Durch Aufnahme der beantragten Frage würde der Fragebogen zu sehr belastet werden. Man kann die Besitzverhältnisse auch mit Hilfe der Katasterämter feststellen. In dem Ziel des Antrages stimmen wir mit Herrn Scheidemann überein, aber in dem Wege gehen wir auseinander.

Graf Posadowski: Die sehr wichtige Feststellung der Besitzverhältnisse des Bodens in Deutschland läßt sich mit einer Berufs- und Betriebszählung verbinden. Diese ist eine Personenzählung, und durch die Feststellung vermögensrechtlicher Verhältnisse würde das Mißtrauen der Betroffenen erwidert werden, ob die Zählung nicht für Steuerzwecke dienen soll. Auch darf man das bereits umfangreiche Formular nicht zu sehr belasten. Wir werden erwägen, ob im Interesse einer Feststellung, wie sie hier gewünscht wird, besondere Erhebungen stattfinden sollen.

Der Antrag Albrecht und Gen. wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, die Resolution der Kommission wird angenommen.

Albrecht und Gen. beantragen ferner, bei der Berufs- und Betriebszählung die Frage aufzunehmen:

ob die Befragten eine sachgemäße Ausbildung durchgemacht haben und in welchem Berufe.

Abg. Koch (Soz.): Wir halten es für nötig, daß festgestellt wird, welche Bedeutung die handwerksmäßige Ausbildung im Gewerbe noch hat. Wir sind der Ueberzeugung, daß sich herausstellen

wird, daß in einer ganzen Anzahl von Fällen die sachmäßig ausgebildeten Arbeiter weder im Kleingewerbe noch im Großgewerbe Unterkunft finden, sondern in ganz andere Berufe übergehen. Ebenso sind wir überzeugt, daß in manchen Zweigen, in denen tüchtige Arbeiter notwendig sind, sie aus anderen Berufen entnommen und dann so ausgebildet werden, daß sie tüchtige Arbeiter machen können. Es genügt und nicht, festzustellen, wie viel handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter in Fabriken beschäftigt sind, sondern wir wollen auch wissen, wieviel weder in der Fabrik noch im Handwerk Unterkunft gefunden haben. Freilich wäre es verfehlt, den Fragebogen mit zuviel Fragen zu belasten. Aber diese Einmündung darf nur gegen unnötige Fragen gemacht werden, nicht gegen solche, die in eine Berufs- und Betriebszählung hineingehören, und die von uns beantragt ist eine solche. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Will (Z.): Die Wege der Ausbildung sind sehr mannigfaltig; eine so einfache Frage genügt da nicht. Aber die preussische Regierung hat uns eine selbständige Erhebung über diese Frage versprochen.

Damit schließt die Debatte. Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der letzte Punkt der sozialdemokratischen Resolution lautet:

„bei der gewerblichen Betriebszählung festzustellen:

- 1. wie groß die Zahl der Arbeiter ist, die im Haushalte ihres Arbeitgebers Kost und Logis haben;
- 2. wie groß die Zahl der regelmäßigen Arbeitsstunden pro Woche in den gewerblichen Betrieben ist.“

Abg. Koch (Soz.): Die erste der Fragen, die wir zu stellen beantragen, bezieht sich auf einen Mißstand, unter dem ein großer Teil der Arbeiter sehr schwer zu leiden hat. In der Literatur und in der Gewerkschaftspresse werden in dieser Beziehung geradezu schauerhafte Zustände geschildert. Die Gewerkschaften klagen über Unterbringung von Lehrlingen und Arbeitern in unsauberen, dunklen Räumen ohne jede Fensteröffnung, in offenen Gassen, in Schmelzwerkstätten, Paktäumen usw. Solche Mißstände erfordern dringend eine Abhilfe, und die Arbeiter haben eine besondere Agitation begonnen, um die Gesetzgebung zum Eingreifen zu veranlassen. Dabei hat sich nun herausgestellt, daß das Post- und Logiswesen durchaus keine notwendige Einrichtung ist, da es in verschiedenen Gegenden und verschiedenen Berufen sich ganz zerstreut findet, während es in derselben Gegend bei anderen Berufen und in anderen Gegenden bei demselben Berufe nicht vorkommt. Den Beweis dafür könnte vollständig nur eine Frage in der Betriebszählung erbringen, die leicht zu beantworten wäre und zur Abhilfe schreiender Mißstände anregen würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was unsere zweite Frage angeht, so ist das Schädliche einer übermäßig langen Arbeitszeit allgemein zugegeben. Wenn wir bis heute für männliche Arbeiter überhaupt keinen Maximalarbeitszeit haben, und für die Arbeiterinnen von Gesehes wegen nur einen überaus langen, so liegt das daran, daß die beteiligten Unternehmer das Vorhandensein wirklich erheblicher Mißstände bestreiten: Wo die Industrie in der Lage sei, die Arbeitszeit zu verkürzen, tue sie das schon von selbst unter dem Druck der Verhältnisse. — Nun klagen zwar bereits die Berichte der Gewerbeinspektoren stark über überlange Arbeitszeiten, aber nur eine Frage in der Betriebszählung könnte feststellen, wie groß die Mißstände im ganzen Reich sind, und ob die Arbeiter — wie wir überzeugt sind — mit ihrer Behauptung recht haben, daß überall, wo nicht sehr starke Gewerkschaften vorhanden sind, die Arbeitszeit übermäßig ausgebeutet wird.

Gegen unsern Vorschlag sind zwei Einwände erhoben worden. Man hat in der Kommission gesagt, daß die Frage nach der Arbeitszeit nur von den Arbeitgebern beantwortet werden würde und daß diese aus Furcht vor der gesetzlichen Verlängerung der Arbeitszeit vermutlich falsch antworten würden. Das ist ja recht bezeichnend für die Verhältnisse, denen sich die Arbeitgeber bei den bürgerlichen Parteien erfreuen: sie halten sie für so gewissenlos, bei so wichtigen Erhebungen falsche Angaben zu machen. Aber die Resultate werden ja nach unten Verwaltungsbezirken geordnet veröffentlicht, und dann ist die Gewerkschaft in der Lage, eine Nachprüfung vorzunehmen!

Man hat weiter eingewandt, daß die Fragestellung sehr schwierig sei. Dänemark hat bei der letzten allgemeinen Industriezählung vom 26. Januar 1906 diese Frage gestellt. Für die dänische Regierung war ihre Formulierung also nicht zu schwer. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Beantwortung würde aber eine vorzügliche Grundlage für das Eingreifen des Staates in die Regelung der Arbeitszeit bilden. Das Zentrum hat ja wiederholt erklärt, die Verlängerung der Arbeitszeit auf gesetzlichem Wege herbeizuführen zu wollen. Hier hat es Gelegenheit, Material zu praktischer Arbeit zu schaffen. Die bürgerlichen Parteien brauchen nur unsere Anträge anzunehmen, um dem guten Beispiel praktischer Arbeit zu folgen, das wir ihnen geben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Statistischen Amtes von der Borch: Die Vertreter der verbündeten Regierungen in der Kommission haben nicht gesagt, daß die Arbeitgeber die Fragen falsch beantworten würden, sondern daß, weil die Beantwortung nur von einer Seite erfolge, man nachher den festgestellten Zahlen die Beweiskraft absprechen werde.

Abg. Baskermann (noll.) und Abg. Dr. Will (Z.) erklären die Fragestellung für so schwierig, daß sie höchstens in einer besonderen Zählung durchgeführt werden könnte.

Abg. Koch (Soz.) stellt fest, daß von mehreren Seiten in der Kommission die Vermutung, daß die Arbeitgeber die Arbeitszeit absichtlich falsch angeben würden, tatsächlich ausgesprochen worden ist.

Damit schließt die Debatte.

Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Es folgt die Beratung eines Gesetzes gegen den Rückgang des Ertrages der Reichsbottichsteuer in Verbindung mit dem Gesetz betr. den Kontingenterfuß für landwirtschaftliche Brennereien.

Reichschatzsekretär Frhr. v. Stengel: Die Brennweinsteuer bedarf dringend einer durchgreifenden Reform, die wir aber bis zum Jahre 1912 hinausschieben wollen. Nur konnten wir nicht ruhig zusehen, daß eine Steuerquelle von der Bedeutung der Reichsbottichsteuer von Jahr zu Jahr schwächer floß. Hätte die Regierung nicht ihr Wort gehalten, so hätte der Reichstag dagegen die Initiative ergriffen, und dann wäre das Gesetz wahrscheinlich nicht so zugunsten der Landwirtschaft ausgefallen. Gleichwohl hat es gerade in den landwirtschaftlichen Kreisen starken Widerstand gefunden, aber es bringt weder eine Wehrbesetzung der landwirtschaftlichen noch eine Verchiebung zugunsten der gewerblichen Brennereien. Der Nutzen dieses Gesetzes ist für die Reichskasse auch minimal. Aber so notwendig wir auch Geld brauchen, so kam es uns bei diesem Gesetz doch darauf nicht an.

Abg. Dr. Wahnke (fr. Vg.): Der Staatssekretär hat zu erwähnen vergessen, daß auch wir grundsätzlich Gegner der Liebesgaben an die Brenner sind. Das Gesetz verstärkt den Liebesgabencharakter. Wenn nur 12 M. Steuer bezahlt werden soll, sollten auch nur 12 M. zurückerhalten werden dürfen, wenn der Brennwein exportiert oder denaturiert wird. (Sehr richtig! links.) Jeder Anspruch darüber hinaus ist unbillig. Deshalb diese Heft in einer Angelegenheit, die uns schon seit Jahren beschäftigt? Seit Jahren konstatieren wir den Rückgang der Brennweinsteuererträge. Jetzt geht man mit großer Eile vor, um die Brennweinsteuern zu schonen. Bei der Tabakindustrie, bei der Verbrauchssteuer war man nicht so rücksichtlos, auch bei der einmaligen Zulage für die Beamten werden Schwierigkeiten gemacht. Neue Steuern werden uns angekündigt, und hier wird ohne weiteres auf 4 1/2 Millionen jährlich zichtigt! Dem können wir nicht zustimmen. (Beifall bei der Frei-

sinnigen Vereinigung.) Doch stelle ich den Antrag auf Kommissionsberatung, weil wir nicht auf den Versuch verzichten wollen, das Gesetz zu verbessern; dagegen beantragen wir für das Gesetz über die Bemessung des Kontingenterfußes keine Kommissionsberatung; dieses können wir — darin sind wohl alle Parteien einig — im Plenum erliegen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Speck (Z.): Ich möchte dem Reichskanzler den Wunsch aussprechen, daß den Genossenschaftsbrennereien, welche gerade die kleineren Betriebe umfassen, auf gesetzlichem Wege entgegengekommen wird. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind unhaltbar. Auf Vorrat werden große Mengen Brennwein denaturiert, weil man dann sofort in den Genuß der Rückvergütung kommt! Die Spannung zwischen Erzeugung von Brennwein und Trinken von Spiritus wird immer größer, weil eben auch denaturierter Spiritus noch zu Trinkzwecken verwendet wird!

Der Vordredner sprach die Hoffnung nach Befestigung auch der sogenannten Liebesgaben aus. Das ist für meine Freunde nicht annehmbar, wenigstens nicht, soweit die Spannung zwischen 50 und 70 M. in Frage kommt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Gamp (Rp.): Die Befestigung der Liebesgabe würde nicht den Großbrennereien des Ostens schaden, sondern den vielen Tausenden von Kleinbrennereien in Süd- und Westdeutschland. Ich hoffe daher, das Gesetz wird unbedeutend angenommen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Sieg (noll.): Es gibt viele Genossenschaftsbrennereien, die es nur dem Namen nach sind; ich fürchte, wenn man ihnen Vorteile zuwendet, wird man nicht die kleinen Brennereien stärken, die man stärken will. Sprechen Sie doch nicht immer von der Liebesgabe, als ob wir die Kostgänger der anderen Steuerzahler sind; das ist und nicht angenehm zu hören. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das glauben wir! Heiterkeit.) Alles, was wir brauchen, der Schilfsalpetere z. B., ist enorm im Preise gestiegen; wir aber sollen den Spiritus umsonst liefern! (Lachen links.) Wir werden dem Gesetze zustimmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Ich bedaure, daß von den Nationalliberalen erst ein Herr geredet hat. (Zuruf bei den Nationalliberalen: „Kommt noch!“) Nun, dann würde vielleicht ein zweiter Redner uns einigermachen erkennen lassen, wie das Gros der Nationalliberalen über den Geschenkwurf denkt. (Heiterkeit.)

Aus dem, was Herr Sieg und gefagt hat, ließ sich das nicht entnehmen. (Heiterkeit und sehr richtig!) Herr Gamp sagte, die Gegenstände hier im Hause hätten sich in dieser Frage wie in vielen anderen gemildert. Das möchte ich doch bezweifeln. Nicht nur, soweit meine Partei in Betracht kommt, sondern auch bei den Freisinnigen, glaube ich, kann von einer Milderung des Gegenstandes gegen die Bevorzugung der Agrarier durch die Gesetzgebung nicht die Rede sein. Der große Wad ist bei dieser Frage schon in Stücke gegangen, und das wird bei wirtschaftlichen Fragen immer der Fall sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er hält immer nur vor, so oft das große Jagen gegen die Sozialdemokratie in Frage kommt, bei wirtschaftlichen Fragen aber hat die Freude ein Ende. (Sehr richtig! links.) Wenigstens kann kein Mitglied der Linken dem § 2 des Geschenkwurfs zu stimmen, wenn ich auch schon zu meinem Bedauern bemerkt habe, daß einige Herren mit einer allmählichen Herabsetzung der Rückvergütung zufrieden sein wollen. Bei uns kann davon gar keine Rede sein. Die Vergütung ist, wie sehr allseitig anerkannt wird, jahrelang viel zu hoch gewesen, und das hat, wie Sie alle zugestehen, nicht in der Absicht des Gesetzes gelegen. Das heißt doch: jahrelang haben die landwirtschaftlichen Brennereien eine Uebervergütung zu Unrecht bekommen. In der Budgetkommission mühen wir uns Tag für Tag ab, um für die unteren und mittleren Beamten wenigstens einigermachen Verbesserungen zu erzielen. Alle unsere Vorschläge scheitern aber am Widerspruch des Reichschatzsekretärs, der, wie er selbst sagt, blutenden Herzens erklären muß, die heutige Finanzlage gestalte uns nicht eine Aufbesserung der unteren und mittleren Beamten vorzunehmen und wir müßten uns damit begnügen, ihnen nur einmal lächerlich kleine Trinkgelder von 30 bis 60 M. zukommen zu lassen. Wir haben schon in der Budgetkommission darauf hingewiesen, daß sich durch eine Reform der Brennweinbesteuerung mit Wichtigkeit die notwendigen Mittel erzielen ließen. Nun bedeutet ja der vorliegende Geschenkwurf in seiner Weise etwa eine grundlegende Veränderung der Brennweinbesteuerung. Aber doch auch hier sollte man nicht vergehen, daß Mittel für die unteren und mittleren Beamten fehlen. Das heißt also, es kann nur der § 1 angenommen werden, welcher die Uebervergütungen beseitigt, während der § 2, welcher den Ausgleichsfonds beschließt, nicht angenommen werden kann. Der § 3 regelt einige Interna der Verwaltung und wird zu Diskussionen kaum Veranlassung geben. Wir haben demnach von unserem Standpunkte aus keine Veranlassung, die Beratung des Geschenkwurfs an eine Kommission zu wünschen. Wenn diese Beratung aber gewünscht wird, so werden wir in der Kommission mitarbeiten und versuchen, das ganze Unrecht, das in diesem Ausgleichsfonds liegt, aufzuheben.

Herr Sieg hat uns von dem Spiritusdring gesagt, er wirke ausgleichend auf die Preise, bringe aber keine Preissteigerung hervor. Das würde sich schon dann beurteilen, wenn durch den Ring eine naturgemäße Senkung des Preises verübt würde, und daß das Fall ist, kann doch niemand bezweifeln. Das mag von Ihrem (nach rechts) Standpunkte aus recht sein, aber man soll doch die objektiven Tatsachen nicht bestreiten. Man soll nicht behaupten, wir hätten nicht eine andere Preisbildung, wenn die Spirituszentrale nicht vorhanden wäre. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich kann auch nicht das Bedenken teilen, daß durch das Vorenthalten der Uebervergütung der Spirituspreis in die Höhe getrieben würde. Diese 4 1/2 Millionen Mark kommen nicht den Konsumenten zugute, sondern reiflos den Produzenten. Dafür wird die Zentrale schon sorgen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben deshalb nicht den geringsten Anlaß, dem Vorschlage der Regierung zu folgen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete Sieg schien ja mit der Vorlage der Regierung ganz einverstanden zu sein. Aber in der nationalliberalen Presse erfährt das Gesetz eine ganz andere Beurteilung. Im schroffsten Gegensatz zur „Deutschen Tageszeitung“, welche das Gesetz sehr unweidmähig und in hohem Grade bedenklich fand — eine Kritik, die den Reichschatzsekretär veranlaßte, schon in seiner Einleitungsrede um gut Weiter bei den Agrariern zu bitten — stellt die „Sächsische Zeitung“ klipp und klar fest, daß die Vorlage als eine recht weitgehende Aufmerksamkeit gegenüber den Agrariern angesehen werden müsse. In diesem Zusammenhang spricht sie auch von „agrarischer Unerschütterlichkeit“, weil diesen das Gesetz noch nicht weit genug zu gehen scheine. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also selbst in den Kreisen der Nationalliberalen, soweit sie sich nicht um Herrn Sieg gruppieren, steht das Urteil über die Vorlage fest, und ich kann schließen mit der Hoffnung, daß hier endlich mal die Gerechtigkeit einen Erfolg davon tragen möge, indem das schreiende Unrecht einer maßlosen und von der Gesetzgebung nicht gemollten Bevorzugung der agrarischen Brenner aus der Welt geschafft wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dietrich (L.): Abg. Dr. Wahnke hat schwere Angriffe gegen uns gerichtet. Aber nach dem Worte des Reichskanzlers lobbt man sich ja anfangs auch in den Ehen, die nachher die besten werden. Ich vertraue also darauf, daß die Freisinnigen als eine der regierenden Parteien auch mehr Verständnis für die Brennweinsteuererhebung gewinnen werden. Ich kann aber nicht finden, daß Dr. Südekum mit seiner Bemerkung recht hätte, die neue Mehrheit solle schon beim ersten Gesetz auseinander. Auch die Wortführer der Landwirtschaft im Landwirtschaftsrat lehnen ja den entscheidenden § 2 des Gesetzes ab, wenn auch aus anderen Gründen; denn wir sind überzeugt, daß der Brennwein schon genug Steuern trägt. Wir wollen die Brennweinsteuern, diese

Herunter der Armen, und die Gastwirte nicht noch höher belasten! (Lachen links.) Nur die Sozialdemokratie will den Preis der landwirtschaftlichen Produkte unter die Produktionskosten herabdrücken. (Beifall rechts.)

Abg. Schweidhardt (född. Volksp.): Nach den wiederholten Erklärungen des Reichsfinanzsekretärs ist vor 1912 eine Reform nicht zu erwarten; also ganz unbedeutend wäre sollen fünf Jahre lang dem Reich jährlich 4 1/2 Millionen Mark, also im ganzen 22 1/2 Millionen Mark, entzogen werden. Dem können wir nicht zustimmen.

Abg. Bogt-Hall (wirtsch. Vg.): Die Gewährung der Liebesgabe ist gerade, wie ich dem Vorredner gegenüber betone, im Interesse der Industrie erfolgt. Mit ihrer Aufhebung müßten die süddeutschen Brennereien sofort den Betrieb einstellen. (Sehr richtig! rechts.) Herr Siedelmann gegenüber bemerke ich, daß Herr Sieg mit seinen Ausführungen über die Preisbildung durchaus recht hat (Beifall rechts.)

Die Debatte ist erschöpft. Der Gegenentwurf wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Der Präsident schlägt dem Hause die Vertagung vor auf Montag 2 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. dritte Beratung des Gegenentwurfs über Berufs- und Betriebszählung, 2. zweite Beratung des Statutgesetzes, 3. Interpellation Brandts und Gen. (Polen) betr. Ausweisung polnischer Schüler von höheren Lehranstalten.

Abg. Bebel (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß auf der heutigen Tagesordnung noch die Besprechung unserer Interpellation über Eingriffe der Behörden bei der Reichstagswahl stand. Dadurch hat sowohl der Präsident als das Haus anerkannt, daß eine Fortsetzung der Debatte wünschenswert wäre. Wir müssen verlangen, daß dieser Punkt von der nächsten Tagesordnung nicht fortgelassen, sondern als erste angefaßt wird. Sie werden das begreifen. Wir sind gestern Gegenstand sehr heftiger Angriffe gewesen. Auch haben die Herren Arndt und Liebert gegen uns Anschuldigungen auf Grund angeblicher Tatsachen erhoben, die dringend einer Richtigstellung bedürfen. Wir haben ein Interesse daran, daß diese Anschuldigungen nicht wochenlang ohne Richtigstellung ins Land hinausgehen. Ich begreife ja, daß der Präsident diejenigen Gegenstände auf die Tagesordnung setzt, die er für wichtiger hält als die Fortsetzung dieser Besprechung. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß dadurch, daß Sie diese Debatte befeitigen wollen, Sie ihnen in keiner Weise geschenkt ist. Wir werden unter allen Umständen darauf zurückkommen, und zwar bei einem Thema, das Ihnen vielleicht unangenehm ist, nämlich beim Etat des Reichsfinanzlers und des Reichsfinanzsekretärs. Wir werden dann ja auch den Herrn Reichsfinanzler hier haben, der gestern nicht zugegen war. Um aber die Anschuldigungen gegen uns so schnell als möglich zu widerlegen, möchte ich Sie bitten, meinem Vorschlage beizustimmen.

Abg. Wasserhann (natl.): Das Statutgesetz erfordert dringend die Verabschiedung; da seine Verhandlung mehrere Tage dauern kann, bitte ich Sie, es bei dem Vorschlage des Präsidenten zu lassen. Herrn Bebel's Wunsch finde ich begrifflich, aber er kann ja, wie er selbst schon gesagt hat, beim Etat des Reichsfinanzlers darauf zurückkommen.

Abg. Bebel (Soz.): Wir sind nicht geneigt, der Verabschiedung des Statutgesetzes irgend welche Hindernisse in den Weg zu legen. Es kann aber sehr gut erledigt werden, nachdem die Debatte über unsere Interpellation beendet ist. Ich glaube, daß sie unter keinen Umständen über die nächste Sitzung hinaus dauern wird. Für die Erledigung des Statutgesetzes ist dann noch ausreichend Zeit. Selbstverständlich hat es für uns einen besonderen Reiz, unsere Anlagen dem Kanzler gegenüber Auge in Auge zu machen. Nachdem er sich um diese Gelegenheit herumgedrückt hat, werden wir das bei anderer Gelegenheit tun. Das wir aber unter allen Umständen die Fortsetzung der Debatte über unsere Interpellation wünschen, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß wir das dringende Interesse haben, die gegen uns von verschiedenen Rednern gerichteten falschen Anschuldigungen richtigzustellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Nitzsche (L.): Der Wunsch des Herrn Bebel ist mir völlig verständlich; aber das Interesse des Reiches muß vorgehen, und dieses erfordert die Erledigung des Statutgesetzes.

Abg. Singer (Soz.): Der Vorschlag des Präsidenten gibt uns umso mehr Veranlassung, auf der Weiterberatung unserer Interpellation zu bestehen, als der Präsident hinter dem Statutgesetz eine neue Interpellation auf die Tagesordnung gestellt hat. Damit ist nicht direkt ausgesprochen, aber doch als wahrscheinlich hingestellt, daß die Fortsetzung der Debatte unserer Interpellation überhaupt nicht erfolgen soll. Ich möchte deshalb vorschlagen, daß zwar an erster Stelle das Statutgesetz, dann aber anstelle der Interpellation der Polen die Fortsetzung der Debatte über unsere Interpellation auf die Tagesordnung gesetzt wird. Dann haben wir die Sicherheit, daß sie noch vor den Ferien erfolgen wird.

Abg. Gröber (L.): Ich schließe mich der Anregung des Herrn Kollegen Singer an. Ich glaube, die Herren von der Sozialdemokratie können verlangen, daß ihnen die Gelegenheit gegeben wird, auf die gegen sie erhobenen Angriffe zu antworten.

Präsident Graf Stolberg: Ich muß an meinem Vorschlage festhalten.

Der Vorschlag des Präsidenten wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen, der Rechten und eines Teiles der Freisinnigen (unter anderem der Herren Rüdger, Schröder, Schmidt) abgelehnt. Der Vorschlag des Abg. Singer ist damit angenommen. Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. Schluß 4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung. Sonnabend, den 10. März 1907, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. v. Studt.

Präsident v. Gröber teilt mit, daß die rechtskräftige Entscheidung gegen die Redakteure der Erfurter „Tribüne“ wegen Verleumdung des Abgeordnetenhaus eingegangen sei. Das Urteil wird der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen zur Prüfung der Frage, ob das Haus von der ihm zugebilligten Publikationsbefugnis Gebrauch machen solle oder nicht.

Darauf wird die zweite Beratung des Kultusetats fortgesetzt beim Antrag Dobrecht (natl.) und Genossen auf Durchführung der Hochschuleinsicht.

Abg. Fund (fr. Vp.): Der vorliegende Antrag ist eine alte liberale Forderung. Er ist gewissermaßen die erste Frucht einer konservativ-liberalen Paarung. Wir würden es nicht bedauern, wenn alle Früchte der Paarung sich in dieser Richtung bewegen würden. (Heiterkeit.) Wir treten grundsätzlich für die Hochschuleinsicht ein. Den Geistlichen fehlt für die Schulaufsicht die nötige pädagogische Vorbildung, sie können sich auch nicht auf dem Laufenden erhalten. (Sehr richtig! links.) Der Minister meinte, der Lehrermangel habe nur seine Ursache in dem Mangel an Bildungsanstalten gehabt. Der Minister scheint mir damit sehr an der Oberfläche geblieben zu sein. (Sehr richtig! links.) Es wird bei der geistlichen Schulaufsicht immer schwerer, aufrechte Menschen zu bekommen. (Sehr richtig! links), die ihre Ansicht offen sagen, selbst auf die Gefahr hin, einmal nach oben hin Anstoß zu erregen. (Sehr wohl! links.) Der Abgeordnete Glatfelter meinte, der Geistliche müsse Einfluß auf den Religionsunterricht behalten. Ich denke, darüber herrscht wohl Einigkeit unter den Fachleuten, daß, wenn irgend etwas reformbedürftig ist, es der Religionsunterricht ist. (Sehr richtig! links.) Welche Richtung der Kirche ist es denn, die Einfluß auf den Schulunterricht ausübt? Die Fälle Fischer, Bessar, Kömer, Jagow zeigen uns, daß alle Entscheidungen aus dem Gesichtspunkte der orthodoxen Richtung getroffen werden. (Sehr richtig! links.) Der Reichsminister hat im Landwirtschaftsrat gesagt, man solle nicht zögern, zeitgemäße Reformen einzuführen; es müßten notwendige Konzessionen gemacht werden. Das geht (nach rechts) gegen Sie! (Heiterkeit.) Nun greifen Sie zu! (Heiterkeit rechts.) Folgen Sie dem Beispiel der vom Kanzler so gelobten

englischen Staatsmänner! (Sehr gut! links.) Sehen Sie hier den neuen Kurs einmal praktisch ins Werk! (Sehr gut! links.) Beweisen Sie, daß Sie Verständnis haben, für die „Forderung des Tages“. (Stürmischer Beifall links.)

Abg. Gedenroth (L.): Die Illusionen des Vorredners muß ich zerlösen. Ich kann hier nicht eine konservativ-liberale Paarung erblicken, da wir hierbei nicht mitmachen! Wir halten daran fest, daß die Hochschuleinsicht durch die Geistlichen ausgeübt werden muß, weil für uns der Religionsunterricht ein noli me tangere (Blumen Rührmischling) ist. Ich befreite, daß die Geistlichen in der Aufsicht Nichtfachmänner sind. Viele Geistliche sind helle leuchtende Sterne am Himmel der Pädagogik. (Sehr richtig! rechts.) Wir wollen erhalten, was geschichtlich geworden ist. Was durch Grund und Ziel zusammengehört, soll in Zukunft nicht geschieden werden, weil eine politisch beeinflusste Lehrerpresse es fordert. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Jellik (fr.): Was der Abgeordnete Gedenroth über die Erhaltung der Religion sagte, hat mit der Schulaufsicht nicht das mindeste zu tun. Gerade der Religion wegen ist es zweckmäßig, die Hochschuleinsicht einzuführen, da dann die Lehren des Religionsunterrichts mit freudigerem Herzen erteilt werden. Die Geistlichen wenden sich in erhöhtem Maße gegen die nebenamtliche Schulaufsicht. (Widerspruch auf der äußersten Rechten.) Erneut will ich hier darauf hinweisen, daß ein Zwischenglied zwischen der Erziehung in der Schule und der Armee fehlt. Daß dies Schwere noch nicht errichtet ist, ist eine Unterlassungsünde. Es zeigt sich jetzt, daß ein Kultusminister im Nebenamt seiner Aufgabe nicht gerecht werden kann, daß wir einen Fachmann für dieses Gebiet haben müssen. (Stürmischer Beifall.) Wir müssen einen Mann an der Spitze haben, der praktische Erfahrung auf dem Gebiete der Unterrichtsverwaltung hat. (Stürmischer Beifall.) Weil wir Kultusaufgaben fördern wollen, müssen wir Stellung gegen die Unterrichtsverwaltung nehmen. (Stürmischer Beifall links und bei den Konservativen, langanhaltendes Rischen im Zentrum und auf der äußersten Rechten.)

Ministerialdirektor Schwarztopf befreitet dem Abgeordneten Fund gegenüber, daß der Lehrermangel vom Ministerium verschuldet sei und sucht nachzuweisen, daß lediglich die wirtschaftlichen Verschlebung und der Mangel an Bildungsanstalten die Schuld tragen.

Abg. Ernst (fr. Vg.): Nach den ausgezeichneten Ausführungen der Abgeordneten Fund und Frhr. v. Jellik verzichte ich aufs Wort.

Kultusminister Dr. v. Studt: Der Abgeordnete Frhr. v. Jellik hat mich auf meine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit aufmerksam gemacht. Einer derartigen Ermahnung bedarf ich nicht, am wenigstens in der Form, in der sie mir Frhr. v. Jellik erteilt. Ich fühle mich dem gegenüber verpflichtet, Rechenschaft über meine bisherige Tätigkeit zu geben. Daraus wollen Sie ersehen, was ich getan habe. Der Minister gibt eine Lebensfrist der Gesetze, die in seiner Amtszeit zum Abschluß gebracht sind und fährt fort: Sie können daraus ersehen, daß mein Ministerium in den 7 Jahren seiner Tätigkeit treu und erfolgreich gearbeitet hat. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Abg. Schiffer (natl.): Die jetzigen Zustände stehen im Widerspruch zu den Bedürfnissen der Schule. (Sehr richtig! links.) Daß die Durchführung der Hochschuleinsicht unmittelbar nach Einführung des Schulunterhaltungsgebietes erfolgen solle, das hat der Minister gestern nicht gesagt; gestern hat er für diesen Zeitpunkt nur eine Prüfung in Aussicht gestellt. (Sehr richtig! links.) Die Haltung der Konservativen steht nicht nur im Widerspruch mit dem Interesse der Schule, sondern auch der Allgemeinheit. (Stürmischer Beifall links.)

Abg. Dr. v. Heydebrand (L.): Zu der gestrigen Rede des Ministers muß ich sagen, daß uns seine Erklärung schon recht weit zu gehen schien. (Sehr richtig! rechts.) Ich will aber nicht verkennen, daß die Art und Weise, wie Herr Schiffer den Antrag empfohlen hat, den Weg zur Verständigung offen läßt. Eine solche Verständigung wird aber erschwert durch den Ton, den Frhr. v. Jellik angeschlagen hat. Einen solchen Ton gegen einen Minister hat man wohl hier noch nicht gehört. (Sehr wohl! rechts.) Vor dem Minister soll man doch Ehrfurcht (schallende Heiterkeit links und bei den Konservativen) und die gebührende Achtung zeigen. Ich protestiere gegen dieses Vorgehen der Minderheit gegen die Mehrheit. (Widerspruch links.) Komens meiner Freunde erkläre ich, daß wir im wesentlichen mit der Art und Weise, wie Minister v. Studt sein Amt verwaltet hat, einverstanden sind. (Bravo! rechts. Gelächter links.) Wir wünschen, daß der Minister noch recht lange seines Amtes warten möge. (Bravo! rechts.) Es wird ja nicht lange dauern, daß Frhr. v. Jellik an jenem Platz (auf den Ministerplatz zeigend) steht. (Schallendes Gelächter.) Ich will abwarten, wie ihm dann eine solche Kritik gefällt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Borst (B.): Ich befreite, daß das Zentrum eine Herrschaft der Kirche über die Schule verlangt. Bohin der vorliegende Antrag zielt, zeigt ein nationalliberales Blatt, das die geistliche Schulaufsicht als Hauptquelle ultramontaner Macht bezeichnet. Dort wird aufgefodert, die Landbevölkerung mündig zu machen. Wenn man bedenkt, welche Erfolge die Herren bei der Mündigmachung der Arbeiter gehabt haben, versteht man einen solchen Anspruch nicht. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Frhr. v. Jellik (fr.) erklärt, daß ihm seine Kritik gegen den ihm persönlich bekannten Minister sehr schwer geworden sei. Dem Abgeordneten Dr. v. Heydebrand erwidere er, daß seine unabhängige Meinung ihn längst davor bewahrt habe, Minister zu werden. (Gelächter. Rufe aus dem Zentrum: Reichsanstalt des Innern! Schallende Heiterkeit.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Im Gegensatz zum Kultusminister verlangen wir, daß hier nicht ein Ressortminister-Standpunkt vertreten wird, sondern eine einseitige Politik. Wir verlangen, daß der Ministerpräsident sich mehr um die inneren Verhältnisse Preußens kümmert. (Beifall.)

Nach weiteren Bemerkungen des Abgeordneten Dr. v. Wonna (fr.) schließt die Besprechung.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen abgelehnt.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Kleine Vorlagen, Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß: 4 Uhr.

An die organisierte Arbeiterschaft!

Nur noch kurze Zeit und tausende von Proletariatskindern treten wieder hoffnungsvoll ins öffentliche Leben, um den bitteren Kampf ums Dasein aufzunehmen. Um der Jugend das Ringen um Schaffung einer Existenz zu erleichtern, bringen die Eltern die größten Opfer. Sie glauben ihren Söhnen den besten Dienst zu erweisen, indem sie sie ein Handwerk lernen lassen. Und wenn dann gar der Lehrmeister sich im Lehrvertrage schriftlich „verpflichtet“, den Lehrling „in allen im Beruf vorkommenden Arbeiten auszubilden“ und im Vertrauen der Ueberzeugung den Eltern erklärt, daß der Lehrling zum tüchtigen Handwerker herangebildet, einst mit Leichtigkeit seinen Lebensunterhalt erwerben wird, dann erschneit den sorgenvollen Eltern die zukünftige Existenz ihres Sohnes gesichert, sie hoffen an ihm in ihrem Alter eine kräftige Stütze zu finden.

Das aber leider diese Voraussetzungen meist nicht eintreffen, lehren die bisherigen Erfahrungen. Vor allen Dingen ist deshalb der Lehrvertrag, der mit dem Lehrherrn abgeschlossen wird, genau zu prüfen, ehe er unterzeichnet wird. Nicht nur der Ausübung wird durch Verkaufserklärungen im Lehrvertrage Tür und Tor geöffnet, sondern die „ehrsamen Meister“ säuen sich auch nicht, den Vätern diesen im Gesetz zu stehende Rechte durch gewundene Bestimmungen zu rauben. Neuerdings versuchen wieder einmal Innungsverbände und sonstige Meistervereinigungen in mehreren Städten Deutschlands, voran die Scharfmacher Berlins, Lehrverträge zum Abschluß

zu bringen, in denen in verdeckter Form es dem Lehrling verbieten wird, sich mit seinen Arbeitskollegen zu vereinigen. Die Berliner Handwerkskammer — und weitere werden folgen — hat beschlossen, darauf hinzuwirken, daß in die Lehrverträge die Zustimmung aufgenommen werden soll, die die Zugehörigkeit des Lehrlings zu einem Verein von der Erlaubnis des Lehrmeisters abhängig macht. Um sich die Möglichkeit vorzubehalten, durch nichtsozialdemokratische Lehrlingsvereine den sozialdemokratischen (soll wohl heißen: sogenannten „sozialdemokratischen“) Jugendorganisationen gegenüber ein Gegengewicht zu schaffen, soll von einem grundsätzlichen Verbot des Eintritts des Lehrlings in Vereine abgesehen werden. Den verhassten freien Jugendorganisationen, die tatsächlich als sozialdemokratische bezeichnet werden, die zu fürchten die Herren Meister allerdings alle Ursache haben, glaubt man auf diese Art Schaben zufügen zu können. Welche Vereine gemeint sind, gegen die sich das Verbot nicht richten soll, leuchtet ein, nämlich: die satfam bekannten „christlichen“ und gleichgesinnten arbeiterfeindlichen Jünglings- und Jungfrauenvereine. Diese Vereine arbeiten gegenwärtig mit gesteigerter Kraftanstrengung. Durch Anwendung von allen nur erdenklichen Nodmitteln suchen sie die arbeitende Jugend für ihre dunklen Zwecke einzufangen. Vor den größten Opfern schrecken sie nicht zurück. Und leider muß zugestanden werden: ihr Erfolg ist immer noch ein großer. Wie viele Arbeiterkinder werden noch in den christlichen und ähnlichen Jünglings- und Jungfrauenvereinen „erzogen“!!

Organisierte Arbeiter! Eure lieblichen Kinder, eure Söhne und Töchter, die euer Fleisch und Blut sind, die ihr bislang erzogen, genährt und geliebt, für die ihr gesorgt, Entbehrungen und Opfer gebracht, für die ihr jahrzehntelang gelämpft habt, damit sie ein menschenwürdiges Dasein führen können, für die ihr noch täglich sorgt — diese eure Kinder will man gegen Euch aufheben! Könnt ihr das ruhig mit ansehen? Wollt ihr schweigend abseits stehend zusehen, wie man eure schwere, jahrzehntelange Arbeit zunichte macht? Umsonst habt ihr gelämpft, umsonst all die Opfer gebracht, umsonst gelitten, wenn diese Volkseinde ihre Absichten erreichen. Daß es ihnen aber nicht gelinge, soll Aufgabe der wenn auch noch kleinen Schar der aufgestärkten Jugend, der freien Jugendorganisationen sein, und dieser helfend zur Seite zu stehen ist unbedingt notwendig und eure Pflicht.

Die freien Jugendorganisationen bezwecken, die Jugend vor übermächtiger Ausnützung ihrer Kräfte und geistiger Unterdrückung zu schützen, besonders richten sie ihr Augenmerk darauf, daß die durch Gesetz erlassenen Schulbestimmungen für jugendliche Arbeiter innegehalten werden. Die freien Jugendorganisationen wollen die Jugend sachlich und geistig ausbilden, sie erziehen zu freien, selbständig denkenden, charakterfesten, zu körperlich, geistig und beruflich gut ausgebildeten Menschen, nicht zu Phrasendreschern und nafeweisen Maulhelden, sondern zu praktischen Funktionären der Arbeiterbewegung, zu Männern der Tat! Durch Rat, Nachsicht, Jugendbeschulungskommissionen, eine Zeitschrift „Arbeitende Jugend“, Unterrichtsstunden, Bibliotheken, Vorträge, Ausflüge, gefellige Veranstaltungen und so weiter wollen sie ihre Aufgaben lösen. Das Solidaritätsgefühl soll in den jungen Herzen geweckt und gefräßigt werden.

Ein Beweis für ihre emsige Tätigkeit ist die allseitige Bekämpfung dieser Organisationen. Ein Kesseltreiben niedrigster Art wird zurzeit gegen die freien Jugendorganisationen unternommen. Ihre erfreuliche Auffassung ist zahlreichen Feinden arg in die Glieder gefahren. Dieser Bekämpfung muß die organisierte Arbeiterschaft, als energische Beschützerin der Volkswirtschaft, ihre geeinte Macht entgegenstellen.

An die Arbeiter ergeht darum die dringende Mahnung, Lehrverträge mit Klauseln, die die Bewegungsfreiheit des Lehrlings in unzulässiger Weise lähmen, und den Vätern Rechte nehmen, die nur ihnen zukommen, mit den Lehrmeistern nicht abzuschließen. Desgleichen sollten die Arbeiter darauf achten, daß ihre schulentlassenen Söhne und Töchter sich nicht von jenen „christlichen“ und ähnlichen Vereinen überlassen lassen. Jeder Arbeiter muß es als seine Pflicht ansehen, seine schulfreien Kinder den freien Jugendorganisationen zuzuführen und für weitest mögliche Ausbreitung dieser Organisationen zu sorgen. Dort, wo noch keine Organisationen bestehen, sollte man sich beeilen, sie zu bilden, damit die Kinder des Proletariats seinen Feinden entzogen werden. Zwecks Zuteilung von Agitationsmaterial und Auskunft werde man sich an die Redaktion der „Arbeitenden Jugend“, Mag. Peters, Berlin SO. 36, Waldemarstraße 75.

Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft!
(Die Arbeiterpresse wird um Abdruck dieses Aufrufs gebeten!)

Gerichts-Zeitung.

Dreimal zum Tode verurteilt. Der Prozeß des Tischlergesellen Ludwig Tschow beschästigte am Donnerstag das Reichsgericht. Tschow war bereits zweimal wegen Mordes zum Tode verurteilt und verfiel, als er hingerichtet wurde, in einen lethargischen Zustand, so daß die Hinrichtung nicht stattfinden konnte. Der Prozeß wurde, da Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit Tschows entstanden waren, wieder aufgenommen, aber das Schwurgericht Greifswald verurteilte den Angeklagten, nachdem es vom 10. bis zum 18. Dezember v. J. gegen ihn verhandelt hatte, zum dritten Male zum Tode. Gegen dieses Urteil hatte Tschow Revision eingelegt. Gerügt wurde lediglich, daß laut Protokoll die Hauptverhandlung vom zweiten Tage an nicht öffentlich gewesen sei. Tatsächlich trägt nur das Protokoll vom 10. Dezember die Ueberschrift „Öffentliche Verhandlung des usw.“; die Protokolle der nächsten Verhandlungstage tragen nur den Vermerk „Fortsetzung der Verhandlung am usw.“ — Der Reichsanwalt erklärte die Revision für unbegründet. Allerdings enthalte das Protokoll des zweiten und der folgenden Tage nicht den Vermerk „Öffentliche Verhandlung“, aber daraus sei keineswegs zu folgen, daß die Verhandlung dem Gesetze zuwider unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden habe. Das Reichsgericht habe schon wiederholt ausgesprochen, daß das Protokoll einer mehrtägigen Verhandlung ein einheitlicher Akt sei und daß deshalb die Formalien nur zu Anfang des Protokolls beurkundet zu werden brauchen. Demnach läge eine Gesetzesverletzung nicht vor. Das Reichsgericht verwarf die Revision.

Komritz gegen Wanzanilgesellschaft.

Die deutsche Komritzgesellschaft in Berlin klagt gegen die Kölner Wanzanilgesellschaft auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb, da das von der Wanzanilgesellschaft hergestellte Getränk in Wirklichkeit Komritz sei, ein aus Aepfeln hergestelltes alkoholfreies Getränk, dessen Herstellung für die Wanzanilgesellschaft sei. Die beklagte Wanzanilgesellschaft behauptet, daß der Werbeführer, der ihr die Herstellung übergeben habe, diese Erfindung auch selbst gemacht habe und zwar schon ehe sich die Komritzgesellschaft diese Erfindung zunutze machte.

Das Landgericht Köln hatte auf Abweisung der Klage erkannt, während auf die Verurteilung der Klägerin das landgerichtliche Urteil dahin abgeändert wurde, daß die Klage dem Grunde nach für gerechtfertigt zu gelten habe. — Gegen dieses Urteil hatte die Wanzanilgesellschaft mit Erfolg Revision eingelegt, indem der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts für Aufhebung des oberlandesgerichtlichen Urteils erkannte und die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht Köln zurückverwies.

2389 Centner Bettfedern

im Jahre 1906 hat umgesetzt die

erste Bettfedern-Fabrik mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

BERLIN S. Prinzenstrasse 46

Unstreitig grösstes Bettfedern- u. Betten-Spezialgeschäft Deutschlands.

Befonders empfehlenswerte Bettenfüllung:

Echt chinesische Monopoldaunen (gesetzlich geschützt)

Pfund Mark 2.85. 3-4 Pfund zum grossen Oberbett ausreichend.

Tausende von Anerkennungen resp. Nachbestellungen beweisen am besten die Güte der Waren.

Kein zweites
Bettfedern-Detail-
Geschäft
kann einen auch
nur annähernden
Umsatz nachweisen.
Gleiche anderwei-
tige Angaben sind
unwahr; man lasse
sich daher nicht
täuschen.



Warenhaus Hermann Tietz

LEIPZIGER STRASSE

Montag, Dienstag, Mittwoch
soweit der Vorrat reicht:

ALEXANDERPLATZ

3 Tage für Wäsche-Ausstattungen

Wäschestoffe

Hemdentuch	80 cm breit kräftige Qualität	Meter	36 42 48 Pf.
Réforcé	80 cm breit feine Qualitäten	Meter	36 42 48 Pf.
Louisianatuch	80 bis 82 cm breit für Leibwäsche	Meter	33 38 45 Pf.
Louisianatuch	für 84 cm breit	Meter	45 55 Pf.
Louisianatuch	Bettwäsche 130 cm breit	Meter	75 95 Pf.
Bett-Satin	sehr haltbare 80 cm breit	Meter	55 65 Pf.
Bett-Satin	Qualitäten 130 cm breit	Meter	85 Pf. 1 05
Bett-Damast	sehr 80 cm breit	Meter	70 95 Pf.
Bett-Damast	preiswert! 130 cm breit	Meter	1 10 1 45
Köper-Inlett	echt türkeisch, 84 cm breit	Meter	90 Pf. 1 05 1 35
Köper-Inlett	130 cm breit	Meter	1 45 1 70 2 20
Piqué-Barchent		Meter	60 75 85 Pf.

Handtücher

Küchen-Handtücher	Gewirkkorn halbleinen schwere Qualität Dutzend	3 90
Küchen-Handtücher	weisses Dreil mit bunter Kante 43 x 110 cm Dutzend	4 25
Küchen-Handtücher	Gewirkkorn halbleinen gesäm. 48 x 110 cm Dutzend	5 25
Küchen-Handtücher	grau Leinen Dreil 43 x 110 cm Dutzend	5 60
Stubenhandtücher	halbleinen, Dreil, 48 x 110 cm	Dtz. 5 25
Stubenhandtücher	Zwirn-Dreil, vorzügliche Qualität, gesäm und gebändert 48 x 112 cm	Dtz. 7 25
Stubenhandtücher	Jacquard, gesäm und gebändert, 48 x 120 cm	Dtz. 7 50
Wischtücher	halbleinen	Dtz. 1 95 2 60

Tischwäsche sämtlich gesäm

Dreil-Tischtücher	halbleinen, derbe Qualität	110 x 130	130 x 130	110 x 150	130 x 165	Servietten	
		1 05	1 45	1 35	1 75	Dtz. 3 50	
Jacquard-Tischtücher	halbleinen	115 x 130	130 x 130	130 x 160	Servietten		
		1 50	1 70	2 10	Dtz. 4 90		
Reinleinen Jacquard-Hausmacher		130 x 130	130 x 160	130 x 230	160 x 330	Servietten	
		2 50	3 10	4 35	8 25	Dtz. 6 25	
Reinleinen Jacquard-Hausmacher	Special-Marke, schwere, gedieg. Qual.	130 x 130	130 x 160	160 x 160	160 x 225	160 x 340	Servietten 65 x 65
		3 10	4 10	5 25	7 25	10 90	Dtz. 9 25

Garten- u. Balkon-Decken reichhaltige Auswahl

Besonders preiswert: 1 25 1 50 1 75 2 30 2 90

Ein Posten Tischtücher u. Servietten

sehr Bedeutend unter Preis

Damen-Wäsche

Damenhemden	mit Achselchluss, aus gutem Hemdentuch	1 40	Garnituren Hemd und Beinkleid		Beinkleider	mit garniertem Volant	1 95
Damenhemden	Achselchluss, mit Langue oder Stickerei	1 90	Serie I mit breitem Stickerei-Einsatz und -Ansatz	2 75	Beinkleider	Dimidi mit Stickerei-Volant	2 75
Damenhemden	mit à-jour-Arbeit und Stickerei-Motiven	2 10	Jedes Stück		Beinkleider	Réforcé mit Stickerei-Volant, Knieform	2 90
Eleg. Damenhemden	oder Passon mit Madeira - Handstickerei	2 90	Serie II mit Stickerei-Volant u. Seidenband-Durchzug	2 25	Nachtjacken	Oberbarchent mit Langue und Umlegekragen	1 50 2 25
Damen-Nachthemden	Réforcé m. reicher Durchbruch- Arbeit und Stickerei - Motiven	3 75	Bettfedern	Pfund 100 140 175	Kurzer Rock	Réforcé mit limit. Klüppelspitze	2 50
Damen-Nachthemden	Réforcé mit Stickerei-Jabot oder Handlanguette	4 00	Rupffedern	sehr füllig, Pfund 250 325	Piqué-Rock	mit Langue, gute Qualität	2 50
Damenhemden	Ein Posten	2 25	Graue Daunen	275 350	Reform-Beinkleider	mit Stickerei - Volant, Knieform	2 75
			Ein-Stand Betten	Deckbett, Unterbett, Kopfkissen 1950			

Die Oster-Ausstellung ist eröffnet.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum deutschen Reichstage von Paul Hirsch und Bruno Vorwardt.

Unter dem obigen Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, eine vergleichende Statistik der Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1903 und 1907. Die Broschüre wird eingeleitet durch einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen seit 1871. Sie enthält ferner ein Verzeichnis aller Wahlkreise, die zurzeit sozialdemokratisch vertreten sind oder schon einmal sozialdemokratisch vertreten waren, die sozialdemokratischen Abgeordneten und ihre Wahlkreise; sodann biographische Notizen über die früheren und jetzigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Eine viel farbige Uebersichtskarte endlich zeigt die Verteilung der Wahlkreise auf die einzelnen Parteien und zwei graphische Darstellungen zeigen die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei und die Zahl der Abgeordneten bei dem jetzigen Wahlrecht und bei einem Proportionalwahlrecht.

Der Preis der guten Ausgabe beträgt 2 M., eine Agitationsausgabe ist zum Preise von 1 M. zur Ausgabe gelangt. Bezogen kann die Broschüre werden durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. Die in der Stadt Freiburg nach dem Proportionalssystem vorgenommenen Wahlen ergaben die Wahl von 2 Sozialdemokraten, 2 Radikalen und 5 Ultramontanen.

Schweizerischer sozialdemokratischer Parteitag. Die Parteileitung veröffentlichte die zum Parteitag von den Genossen verschiedener Orte gestellten Anträge, von denen folgende erwähnt seien: Die Genossen im Kanton Glarus verlangen, die sozialdemokratische Partei möge die Initiative ergreifen betreffend die Einführung der obligatorischen Mobiliarversicherung. Die Genossen wünschen, die Partei möge einen neuen Versuch machen zur Einführung der Proportionalwahl des Nationalrates, ferner solle sie auf eine Revision der Bundesverfassung hinwirken, um den Schweizerbürgern die Niederlassungsfreiheit völlig zu sichern. Die Berner Genossen streben die Erzeugung der Kriegesgerichte durch Disziplinargerichte in Friedenszeiten an, ferner die Verwirklichung außerordentlicher Vergehen durch Zivilgerichte. Die Auserwählten Genossen beantragen die Totalrevision der Parteistatuten, zu welchem Zwecke ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden soll. Die Parteileitung beantragt beim Parteitag, er solle dem Bundesrat gegenüber den Wunsch aussprechen, seinen Bericht in Sachen der eidgenössischen Gesetzgebungsinitiative bald zu erlassen eventuell soll die Partei mit 50 000 Unterschriften die Initiative ergreifen.

Regierungsrat Scherer-Si. Galten als Referent über Schiedsgerichte und Einigungsämter beantragt folgende Resolution: Der Parteitag betrachte als die wirksamsten Mittel zur besseren Ordnung und teilweisen Einschränkung der Arbeitseinstellungen die Ausdehnung des Arbeiterschutzes, die Entwicklung des Gewerkschaftswesens, die Schaffung eines guten Dienst- und Tarifvertragsrechtes und die Förderung des Abschlusses von Tarifverträgen.

Er stimmt auch der Bildung von paritätischen Einigungsämtern in Bund und Kantonen auf Grund der rechtlich anerkannten beruflichen Organisation zu. Diese Einigungsämter sollen von den gewerblichen Schiedsgerichten getrennt sein und sowohl Kollektivklagen entgegennehmen, als selbständig sich in Kollektivangelegenheiten zwischen Arbeitern und Unternehmern einmischen dürfen. Sie sind mit dem Rechte der Zwangsverladung der Parteien und der Erhebung von Beweismitteln auszurüsten. Den Parteien ist die Einlassungspflicht aufzuerlegen. In öffentlichem, mündlichem Verfahren sind Begehren und Einreden festzustellen, ist der Zustand zu untersuchen und das Ergebnis zu protokollieren. Ein bindender Entscheid ist zulässig, wenn die Parteien ihre Zustimmung geben; in jedem Falle ist ein solcher ausgearbeitet und zu veröffentlichen. Die Einigungsämter funktionieren als entscheidende Instanz bei allen Differenzen aus Tarifverträgen.

Die Geschäftsleitung der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei veröffentlicht soeben den Tätigkeitsbericht für 1906/07, der jedoch nichts Neues enthält. Es sei ihm nur bezüglich der Mitglieder entnommen, daß sie im Jahre 1906 an 77, 1907 an 85 Orten begannen und wobei von 80 Genossen festgehalten wurden. Der Parteisekretär Genosse Händrich referierte in 133 Versammlungen. Schließlich wird in Würdigung der Organisation konstatiert, daß unsere Arbeit trotz aller Hindernisse von Tag zu Tag wächst.

Polizeiliches, Berichtliches usw.

Der „ungelegene“ Sozialdemokrat. Aus Mügeln (Sachsen) berichtete der dortige Anzeiger:

Wie wir vernehmen, hat die königliche Amtshauptmannschaft (Döbeln) den Gemeindevorsteher von Döbeln wegen seiner Zugehörigkeit zum sozialdemokratischen Volksverein für den zweiten Reichstagswahlkreis von seinem Amte entbunden.

Trotzdem nennt sich Sachsen einen Rechtsstaat, in dem alle Bürger verfassungsmäßig gleiche Rechte haben. Diese Gleichheit bezieht sich indessen nur auf die Lasten, wovon man den Arbeitern sogar das mehr gibt, was man ihnen an positiven Rechten vorhält.

Strafentscheid der Presse. Halle a. S., 16. März. (Privattelegramm.) Genosse Redakteur Fröhlich vom „Volksblatt“ wurde von der hiesigen Strafkammer wegen Verletzung des Unteroffiziersstandes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Beantragt waren fünf Monate Gefängnis.

Der Waffenspreitzprozess der Genossin Rosa Luxemburg (das Landgericht Weimar verurteilte sie am 12. Dezember wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu zwei Monaten Gefängnis) kommt am 12. April vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung.

Soziales.

Bankrott der Milchzentrale.

Die infolge schlechter Geschäftslage, großer Gesehwidrigkeiten und eminenter Unfähigkeit ihrer konservativen Leiter zum Bankrott gedrohte Milchzentrale hofft bekanntlich im Verein mit dem Bundes Landwirte noch auf Sanierung und Abwendung des Konkurses. Eine am Montag einberufene Generalversammlung soll die Bilanzen der früheren Geschäftsjahre zum dritten und teilweise zum vierten Male abändern. Eine solche Abänderung der Bilanzen ist ein gesetzwidriger, unglücklicher Versuch, diejenigen Genossenschaftler, welche wirklich arbeitende Bauern sind, über den Döbel zu barbieren, statt ihnen die gesetzwidrig von ihnen entnommenen, also erprehten Milchabgaben zurückzugeben. Wegen dieser Ansicht fehlen feinerzeit die der Milchzentrale nahe stehenden Personen über uns her. Die Wut der Agrarier war begreiflich, da das Reichsgericht erklärt hatte, rund 7 Millionen Mark seien zu Unrecht, entgegen dem

Gesetz und Recht, von der famosen Milchzentrale-Leitung auf Grund unglücklicher Generalversammlungsbeschlüsse Bauern abgenommen und diesen zurückgezahlt. Die Ritter der Milchzentrale machten dann den Versuch, mit Hilfe von Umbuchungen oder „Verichtigungen“ in den alten Bilanzen, die ausgeschiedenen Genossen zur Deckung der zurückgezählten 7 Millionen Mark — vom Reichsgericht für gesetzwidrig erklärter Milchabgaben — heranzuziehen.

Wir weisen darauf hin, daß diese Manipulationen hart an das Strafgesetzbuch streifende Schlegungen seien, die jedenfalls der rechtlichen Gültigkeit entbehren. Jetzt wird von dem Verband der Milchhändlergenossenschaften ein Urteil des Kammergerichts bekanntgegeben, das unsere Ansicht als zutreffend bestätigt und damit alle zur Vermeidung des Konkurses aufgestellten Berechnungen der Milchzentrale und der „Genossenschaftlichen Zentralkasse“ des Bundes der Landwirte“ zunichte macht. Das Kammergericht führt in dieser für das Genossenschaftswesen bedeutungsvollen Entscheidung aus: „Die Frage, ob die Zentrale zur Einforderung der Provisionen berechtigt gewesen oder nicht, ist immer eine zweifelhafte gewesen, bis sie schließlich durch Urteil des Reichsgerichts vom 20. Januar 1906 zuungunsten der Zentrale entschieden ist. Aus der Tatsache, daß diese Provisionen in sämtlichen Bilanzen vor dem Jahre 1906 als Aktiva der Zentrale erscheinen, folgt nichts weiter, als daß zweifelhafte Forderungen mit dem vollen Nennwert eingestrichelt sind. Durch eine solche Einstellung ergibt sich aber keine falsche Bilanz, sondern nur eine unvorsichtig hergestellte. Die bei der Aufstellung der früheren Bilanzen der Zentrale beteiligten Faktoren sind von der vom Reichsgericht nicht gebilligten Meinung ausgegangen, daß die bereits gezahlten Provisionen nicht zurückgefordert und die ausstehenden eingestrichelt werden könnten. Stellte sich nun im Januar 1906 heraus, daß die Meinung eine unzutreffende gewesen, so ergibt sich nur die Folge, daß nur in den Bilanzen, welche seitdem für das Jahr 1906 und die folgenden aufzustellen, die noch ausstehenden Provisionsforderungen auf der Kreditseite der Zentrale zu verschwinden haben, und daß diejenigen Beträge, die sie etwa auf Grund von Konditionen, Vergleichen usw. an empfangenen Provisionen zurückgezahlt, als Ausgabenposten des Jahres erscheinen müssen, in dem eine solche Rückzahlung erfolgt ist. Sollte man dagegen als Recht einer Genossenschaft annehmen, jederzeit Bilanzen verfassener Jahre zu berichtigen, wenn Forderungen, die man dort im vollen Betrage eingestrichelt, sich nachträglich infolge unglücklicher Judikate oder sonst als minderwertig oder wertlos erweisen, so würde das ganze Genossenschaftswesen, das doch der wirtschaftlichen Förderung der Genossen dienen soll, die nachteiligsten Folgen für die Genossen haben. Wodurch wäre niemals eine genehmigte Bilanz maßgebend, da sie ja bis zum Ablauf der längsten Verjährungsfrist wieder und immer wieder berichtigt werden könnte. Da nach der Entscheidung des Reichsgerichts vom 21. Mai 1906 solche Genossen, mit denen eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, nicht mehr zu Rückzahlungen und Nachschüssen herangezogen werden können, so würde jeder ausgetretene Genosse schließlich anders als ein gleichzeitig mit ihm austretender zu behandeln sein, da die Auseinandersetzung mit dem einen früher als mit dem anderen beendet sein wird. Damit wäre aber jeder Willkür Tür und Tor geöffnet.“

Die Versuche der Milchzentrale, durch „Verichtigungen“ rechtswidrige Vermögensvorteile von früheren Genossenschaftsmitgliedern zu erhalten, wie die gesamten Sanierungsanstrengungen dieser in Grund und Boden mißwirtschafteten Genossenschaft müssen im Interesse des Genossenschaftswesens und einer realistischen Geschäftsabgrenzung niedriger gehalten werden. Würde in ähnlicher, ja gar wie milde unsozialer Weise wie seitens der Milchzentrale von irgend einem von Arbeitern geleiteten Konsumverein vorgegangen sein, würden wohl längst die Leiter hinter Schloß und Riegel sitzen. Gegenüber der Leitung der Milchzentrale hat bekanntlich die Staatsanwaltschaft ein strafrechtliches Einschreiten abgelehnt, weil den verantwortlichen Leitern ihre Gesetzeskenntnis zugute gehalten werden müsse. Dadurch ist aber der Zentrale keineswegs ein Freibrief ausgestellt, fortgesetzt durch Anreizung zu gesetzwidrigen Handlungen den bei den Agrariern vorhandenen Neß von Reizung zu realer Geschäftsabgrenzung zu befehligen. Das einzig Gescheite, was die Generalversammlung beschließen könnte, wäre vielleicht, die Erkenntnisse des Reichsgerichts, die die Schädigung arbeitender Landwirte um sieben Millionen durch die Milchzentrale feststellen, dem Reichskanzler mit der Bitte zu überweisen, ihnen als einem der vielen Dokumente für die Schädigung der arbeitenden Landwirte unter dem „agrarischen Reichskanzler“ in seinem Sarge ein Ehrenplätzchen zu gönnen.

Krankenversicherungspflicht eines Geisteskranken.

Die Frage, ob ein nicht völlig erwerbsunfähiger Geisteskranker unter Umständen der Krankenversicherungspflicht gemäß § 1 des Krankenversicherungsgesetzes unterfallen kann, spielte in einem Rechtsstreit zwischen dem Ortsarmerverband Berlin und der Ortskrankenkasse der Kaufleute zu Berlin eine Rolle. Seit vielen Jahren bringt Herr W. sein Leben teils in einer Irrenanstalt, teils in der Freiheit zu, in den letzten Jahren aber immer unter der Aufsicht der Anstalt. Als er wieder einmal draußen und von der Anstalt zu einer Frau in Pflege gegeben war (die Stadt zahlte), nahm W. im Adressbureau Schürmann Arbeit an. Und zwar wurde er mit dem Scheine von Adressen vom 22. April bis zum 7. Mai beschäftigt. In dieser Zeit verdient er in Stücklohn im ganzen etwa 22 M., was „in Anbetracht der Anfängerschaft“ später von einem Sachverständigen als annähernd normal bezeichnet wurde. W. kam dann wieder in die Anstalt. Der Ortsarmerverband Berlin verlangte von der erwähnten Ortskrankenkasse auf Grund des § 57 des Krankenversicherungsgesetzes Rückerstattung von 273 M., weil W. durch sein Arbeitsverhältnis zur Firma Schürmann Mitglied der Kaufmannskasse geworden sei und für die fragliche Zeit ein Anrecht auf Krankenunterstützung bei der befalligen Kasse gewonnen habe.

Der Bezirksausschuß wies jedoch den Erfahnspruch des Ortsarmerverbandes mit der Begründung ab, daß nicht anerkannt werden könne, daß der seit 1888 zeitweise in Irrenanstalten Untergebrachte durch die Verhaftung bei Sch. Mitglied der Ortskrankenkasse geworden sei. Bloße Versuche einer Erwerbsbeschäftigung vermögen nicht, eine Versicherungspflicht zu begründen, und nur um einen solchen Versuch könne es sich hier handeln. Damit fällt der Erfahnspruch des Ortsarmerverbandes.

Der Ortsarmerverband legte Revision ein. Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts hob die Bescheidurteilung am 4. März auf und erkannte bei der ihm nunmehr zustehenden freien Beurteilung gleich auf Zurteilung der Kasse zur Zahlung von 273 M. an den Ortsarmerverband. Zur Begründung wurde ausgeführt: Der Bezirksausschuß irre, wenn er meinte, es könne nach Lage der Verhältnisse bei dem seit 1888 gefeststanzten W. nicht die Rede sein von einer normalen Arbeits- und Erwerbsbeschäftigung, die ein Versicherungsverhältnis begründen könnte. Das Oberverwaltungsgericht gehe im Gegensatz zum Bezirksausschuß davon aus, daß es für die Frage, ob ein Versicherungsverhältnis im Sinne des § 1 des Krankenversicherungsgesetzes vorliege, nicht darauf ankomme, ob einer normale Arbeit liefere. Es könne ein nur teilweise erwerbsunfähiger Kranker, z. B. ein Schwandmüßiger, wenn ein wirkliches Versicherungsverhältnis vorliege, versicherungspflichtig sein. — Nun sei der Vertreter der Kasse der Frage nähergetreten, ob die geistliche Vertretung die unbedingte Voraussetzung für ein Versicherungsverhältnis begründendes Versicherungsverhältnis sei, indem er eine solche Vertretungsfähigkeit bei dem geisteskranken

W. bestreite. Das Oberverwaltungsgericht stehe auf dem Standpunkt, daß es nicht darauf ankomme, ob jemand beschäftigt oder nicht beschäftigt sei, einen zivilrechtlichen Vertrag anzuschließen. Genüge, daß ein Versicherungsverhältnis im Sinne des § 1 des Gesetzes objektiv vorliege. In diesem Falle bestünde die Versicherungspflicht auch ohne einen formellen, zivilrechtlich gültigen Vertrag. Der Fall liegt hier aber unbedingt vor. W. sei circa 14 Tage beschäftigt gewesen und habe annähernd die Arbeit geleistet, die andere Anfänger auch. W. sei so Mitglied der Kasse geworden und habe für die fragliche Zeit Unterstützungsansprüche an die Kasse gehabt. Daraus ergebe sich die Zurteilung der Kasse zur Leistung an den Ortsarmerverband. —

Warnung für Werkmeister.

Unter dem pompösen Titel: Gesellschaft für Patent- und Gebrauchsmuster-Verwertung, Inhaber Otto Hebe, betreibt der Kaufmann Otto Hebe in Leipzig ein Geschäft, das in der Hauptsache darauf angelegt ist, unerfahrene Stellsuchende um die Kautionspreisen. Dies ist ihm in sehr vielen Fällen bereits gelungen. Er sucht durch Inserate in bürgerlichen Blättern Werkmeister und sonstige Fabrikbeamte gegen ausgezeichnete Bezahlung und mal den Himmel voller Geigen. Er erzählt über seine ausgezeichnet prosperierende Fabrik einen ganzen Roman, schließt das Engagement aber in Aneipen ab. In besten Scharen können ihm die Leute zu und bringen Kautionen in Höhe bis zu 1000 M. Bei der Staatsanwaltschaft gehen unglückliche Angelegenheiten von Betrügern ein. Hebe hat längst den Offenbarungselb geleistet und ist oft und lange mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft. Der Polizeiarzt erklärt ihn für unzurechnungsfähig.

Aus Industrie und Handel.

Neunhundertzweihundvierzig Mark Gewinn pro Vollarbeiter.

Der Betriebsgewinn der Bergwerksgesellschaft „Sibernia“ beläuft sich einschließlich des Vortrags von 63 000 Mark (175 787 Mark) und der Ausbeute auf 1 Mont Cenis-Stug für 1906 von 1000 Mark (720 Mark) auf 14 218 879 Mark (10 510 765 Mark). Nach Abzug der Anleihezinßen für 1906 mit 830 120 Mark (861 690 Mark) und der Abschreibungen von 4 501 625 Mark (9 101 210 Mark) werden 200 000 Mark (als Ehrengabe für die Familie des verstorbenen Generaldirektors Vergrat Wehrndt) zur Verfügung der Hauptversammlung gestellt, 14 Proz. (11 Proz.) Dividende auf 56 760 000 Mark (58 500 000 Mark) Grundkapital für ein volles Jahr und 14 Proz. Dividende auf 1 625 000 Mark Grundkapital für ein halbes Jahr, sowie 505 258 M. (390 770 M.) Gewinnanteile verteilt und 118 120 M. (63 669 M.) vorgezogen. Nach dem Geschäftsbericht für 1906 betrug der Kohlenabfuhr der Gesellschaft 5 022 325 Tonnen (i. V. 4 842 624 Tonnen) oder 679 701 Tonnen gleich 15,65 Proz. mehr als im Vorjahr.

Nach dem Geschäftsbericht stellt sich die Leistung pro Mann und Schicht für das letzte Jahr auf 1,11 Tonnen gegen 1,05 Tonnen im Vorjahre. Nimmt man Abzug und Förderung als konstant an, dann sind im Jahre 1906 rund 4 135 832 Arbeitsschichten geleistet worden, im Jahre 1905 rund 4 524 622 Schichten. Rechnet man weiter für je 300 Schichten einen Vollarbeiter, dann hat die Gesellschaft im Jahre 1906 pro Arbeiter 762 M. und im Jahre 1905: 942 M. Ueberschuß herausgeschlagen. Das ist der Segen des Bergbaues.

Vom Stahlverband. Die Verhandlungen im Stahlverband drehen sich nach der „M. W. B.“ weniger um die Frage der Beteiligung. Ueber diesen Punkt wurde Verständigung leicht erzielt. Schwierigkeiten bestehen bezüglich der Ständerfrage. Das Blatt schreibt dazu:

Es kommen hier die Firmen Ködner u. Co., Thönsche Eisenhandels-Gesellschaft und Hirsch u. Co. in Frage, die den Trägerhändler-Vereinigungen bisher nicht angeschlossen sind und daher am Trägerabfuhr noch nicht beteiligt sind. In Uebereinstimmung mit den ihnen liierten Werken (Häpfe und Anentlingen für Ködner u. Co., Deutscher Kaiser für die Thönsche Eisenhandels-Gesellschaft und Eisenhüttenverein Döbeln für Hirsch u. Co.) beanspruchen diese Händlerfirmen nun den Verkauf der Trägerproduktion dieser Werke und dementsprechende Beteiligung bei den Trägerhändler-Vereinigungen. Um ihnen entsprechende Anteilziffern zuweisen zu können, dürfte keine andere Möglichkeit gegeben sein, als die Quoten der übrigen am Trägerabfuhr beteiligten Händlerfirmen entsprechend zu reduzieren. Man erhofft eine Regelung der Angelegenheit in dieser Richtung. Auch bezüglich der Hauptbeteiligungsziffern und der Sonderabkommen einzelner Werke scheint man in der letzten Zeit einige Fortschritte gemacht zu haben. So ist mit der Georgsmarienhütte ein Einvernehmen dahin erzielt worden, daß sie auf ihre bisherige Sonderabkommen in der Hauptsache verzichtet. Mit den Westfälischen Stahlwerken ist bis jetzt eine Einigung nicht erzielt, auch mit dem Hasper Werk bestehen noch geringe Differenzen, deren Erledigung aber nur eine Frage der Zeit sein dürfte. Die Oberschlesier werden jetzt an den Verhandlungen direkten Anteil nehmen, obwohl sie unter sich noch nicht einig sind. Die Differenz mit den Rheinischen Stahlwerken wegen ihrer Beteiligung dürfte auch nur sekundäre Bedeutung besitzen.

Kartellterrorisimus. Der Verband der Seidenstofffabrikanten in Krefeld hat, wie das „M. W. B.“ mitteilt, eine Zulassbestimmung zu seinen Satzungen erlassen. Nach dieser sollen Firmen, die einen Teil ihres Bedarfs bei Nichterhändlern decken, wenn sie bei Verbandsmitgliedern kaufen, 10 Proz. Zuschlag bezahlen.

Aktiengesellschaft für rheinisch-westfälische Industrie in Aöln. Der Geschäftsbericht von 1906 weist einen Reingewinn von 722 364 M. aus gegen 311 876 M. im Vorjahre. Der auf den 27. April einberufene Generalversammlung soll die Verteilung einer Dividende von 40 Proz. gegen 19 Proz. im Vorjahre vorge schlagen werden.

Aktiengesellschaft für rheinisch-westfälische Zementindustrie. Nach dem Jahresabschluss pro 1906 beträgt der Bruttogewinn 809 273 M. gegen 272 626 M. im Vorjahre. Der auf den 27. April einberufene Generalversammlung soll die Verteilung einer Dividende von 18 Proz. gegen 14 Proz. im Vorjahre vorge schlagen werden.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Montag, den 18. März, 8 1/2 Uhr im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 73 Generalversammlung. Bericht des Vorstandes, Diskussion, Neuwahl des Vorstandes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Berlin. Montag, den 18. März, 8 1/2 Uhr im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 73. Vortrag Frau Jek-Damburg: „Rechte und Pflichten der Hausangestellten.“

Lichtenberg. Montag, den 18. März, 8 1/2 Uhr im Schwarzen Adler (Geb. Arnhold). Vortrag Herr Albert Cohn: „Wohnungsfrage.“

Friedrichshagen. Montag, den 18. März, 8 1/2 Uhr im Wilhelmsbad öffentliche Versammlung. Vortrag Genosse Mühl: „Die Entstehung der Frauenbewegung und ihre Erfolge.“

Ausstellung für soziale Gerechtigkeit
 und Gesundheitspflege

Berlin 16. bis 22. März 1907
 in den Sälen des
 Neuen Königl. Opern-Theaters (Kroll)
 Geöffnet von 10 - 8 Uhr abends.
 Eintritt 50 Pf.

Gustav Behrens Theater
 Schöneberg-Berlin, Goltzstraße 9.
 Heute und folgende Tage die sensationelle Ausstattung: Operette:
Die lustige Witwe von Schöneberg
 sowie die
 ersten Spezialitäten
 füllen das Haus abends bis zum
 letzten Platz.
 Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.
 Jeden Sonn- und Feiertag.
 Anfang 3 Uhr.

Gr. Nachmittagsvorstellung.
Walhalla-Variété-Theater
 Schönbergweg 19/20, Kolonnen-Tor.
 Heute 2 Vorstellungen.
 Nachm. 3 1/2 Uhr: Kleine Preise.
 Jeder Erwachsene 1 Kind frei.
Abends 8 Uhr:
 Berlins größt. Variété-Programm.
 15 großartige Spezialitäten.
 Die goldene Eva.
 5 Geschwister Peréz,
 Gymnastik auf drei freilegenden Leitern.
 Frosso, der Schwimmbocke.
 2 Soubretten, 2 Komiker usw.
 Für Abend-Theaterbesucher freier
 Eintritt in den Konzert-Tunnel.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
 Theater lebender Photographien.
 Der Untergang des Dampfers „Berlin“.
 168 Tote, 12 Gerettete.
 Den ganzen Tag Vorstellung.

Germania-Pracht-Säle.
 N. Chausseestr. 103, Karl Richter.
 Jeder Sonntag: Wilh. Wolffs
Hamburger Sänger.
 Vollständig neues Programm.
 Anfang 6 Uhr.
 Eintritt: 50 Pf.
 mit anschließ. Familienkränzchen.
 Im weichen Saal von 5 Uhr ab:
Großer Ball.
 Jeden Mittwoch: Hamburger Sänger und Freitanz. 35512*

Gewerkschaftshaus
 Engel-Ufer 15.
 Heute: Großer Mittagstisch.
 Von 5 1/2 Uhr ab: 4475*

Künstler-Konzert.
 Eintritt frei.
 Reichhaltige Abendkarte. Selbstdiener.
 Bier aus der Schilling-Bräuerei.

Moerner's Blumengarten
 Ober-Schönweide n. d. Obersee.
 Inh.: Alb. Moerner
 (Neues Konzerthaus).
 39512*)
Heute:
Extra-Reunion
 (Leitung: Langbecker Sachs).
 Für Vereine und Gewerkschaften im Sommer noch Sonnabende zu vergeben.
 Bedingungen in bekannter
 folgender Weise.

Alhambra
 Wallner-Theaterstraße 15.
Jeden Sonntag: Großer Ball
 Großes Orchester. Anfang Sonntag 8 Uhr.
 A. Zameitat.

Mohr's Strand-Restaurant
 Zwischen Grünau und Carolinenhof
 herrlich inmitten Hochwald am Längen See
 gr. Saal - trockene Unterkunft für 1000 Pers. - Veranda
 Tel.: Amt Grünau 70 (Richtershorn) Inh.: E. Mohr.
 Als Ausflugsort für Vereine u. Fabriken bestens geeignet.
 Beste Daupfer-Anlegestelle Ruderboote Gute
 Beste Bier 2 saubere Kegelbahnen - Gute Bedienung Küche

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
IV. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Heute Sonntag, den 17. März, präzise 5 Uhr, in Kellers Festsälen
 Koppenstr. 29: 243/4*

Großes Sinfonie-Konzert
 verbunden mit
 Rezitation aus revolutionären Dichtungen.
 Nach dem Konzert: **Tanz.**
 Billetts a 50 Pf. (einschl. Garderobe) sind noch zu haben im Bureau des Vereins.
 Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Arbeiter-Sängerbund
 Berlins und Umgegend.
 Sonntag, 24. März, vorm. 11 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain:
Übungs-Stunde.
 Gesingt werden die Lieder: „Gruß an den Mai“, „Sturm“, „Stolz und Lahn“, „Dem Feind entgegen“.
 Zur Beachtung! Die Vereine werden ersucht, vorstehende Lieder, welche bei der Mai-
 feier gelungen werden, in den Gesangsstunden eifrig zu üben.
 Im Nebensaal: **Ausschuß-Sitzung.**
 Täglich 10 Uhr vormittags:
 Tages-Ordnung: 1. Aufnahme von Vereinen. 2. Bundesangelegenheiten.
 Der Vorstand.

Elysium, Landsberger-Allee 40.
 Jeden Sonntag: **Gr. Ball.**
 Ballmusik ausgef. v. 2 Kapellen.
 Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt frei.
 Jeden Montag:
Original-Harburger Sänger
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 20 Pf. inkl. Tanz.
 Weis. Sonnabende im Mai-Juni
 sind noch zu vergeben. Amt 7 2617.
 Karl Eisermann.

Buggenhagen
 Anfang Moritzplatz Anfang der
 des des
 Konzerts Jeden Vorstellung
 6 Uhr. Sonntag: 7 Uhr.
Große Extra-Vorstellung
 der
Willy Walde-Sänger
 Stets neues Programm, u. a.:
Hörn! Der Säugling. Sehen!
 Nach der Vorstellung:
Tanz-Kränzchen
 In den unteren Räumen:
 Die beliebte Gout. Gottschalk-
 Ein Jeder amüsiert sich!
Konzerte.
 Eintritt 30 Pf. Anfang 6 Uhr.
Avis! Montag, 18. d. M.:
 Benefiz für den Tanzmeister
 und die Saalkellner.
 Unter Mitwirkung der
Willy Walde-Sänger:
Großes Frühlingstfest.
 Festpolonaise u. Ueberraschungen
 Billetts im Vorverkauf 30 Pf.
 21775

Café Meyer
 Dresdener-Str. 128/29.
 Kaffee 10 u. 15, Bier, heiß u. kalt. 10 Pf.
 ca. 50 Zeitung; 2 Billards. 40 Pf.
 Zahlstelle der Freien Volksbühne.*

Café Ridder
 Neue Roßstr. 2
 an der Alten Jakob-Strasse.
 Warme u. kalte Speisen u. Getränke
 zu jeder Tageszeit. Vorzügl. Mittags-
 tisch 60 Pf. 3 Billards (mit steckan-
 bander) Stunde 40, abends 30 Pf.
 Zeitungen u. Journale gr. Auswahl.

Anton Boekers Ball-Salon
 Habe noch Sonnabends und Sonntags
 Säle zu vergeben, auch sind
 Vereinszimmer in der Höhe frei.
Anton Boekers, Weberstr. 17.
 T.-N.: VII. Nr. 13414. 35702*

Wer - Stoff - hat
 fertige Anzüge nach Maß 20 Mt.
 Labelloer St. halbbare Futterjaden.
 Bei Stofflieferung billige Preise.
Franko, Adlerstraße 143,
 3559L* Ecke Invalidenstr.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin
 Sonntag, den 17. März 1907, abends 7 Uhr,
 im „Königstadt-Kasino“, Holzmarktstraße 72:
Vortrag von Redakteur Karl Wermuth:
 „Ein Kapitel aus der Geschichte und
 Theorie der Arbeiterbewegung“.
 Nach dem Vortrage: **Gemütliches Beisammensein u. Tanz.**
 Eintritt 20 Pf. 4/10* Garderobe frei.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Frauen u. Mädchen.
 Sonntag, den 17. März 1907, abends 6 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):
16. Stiftungsfest.
 Mitwirkende:
 „Berliner Ulk-Trio“ — „Berliner Männer-Quartett 1901“.
 Um zahlreichsten Besuch bittet
Karl Müller, Vorsitzender, Waldemarstr. 43 III.

Sozialisten! Achtung! Anarchisten!
 Montag, den 18. März 1907, abends 8 1/2 Uhr,
 im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Volks-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag: „Der 18. März“. Referent: Sepp Dertter.
 2. Diskussion.
 Einem zahlreichsten Besuch steht entgegen
Der Einberufer.
 Fr. Kniezett, Amsterdamerstr. 11.
 21775

Nur für Männer!
Volkstümlicher Vortrag
 mit Lichtbildern
 Montag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, in den
 Germaniasälen, Chausseestr. 103, von Dr. phil. O. Kaplick.
 Thema:
Die sog. Geschlechtskrankheiten, bez. die Syphilis,
 deren Uebertragung, Verlauf und Erscheinungsformen. Die Syphilis ist bei
 richtiger Behandlung keine gefährliche Krankheit. Aufklärung über eine hier
 wenig bekannte Methode zur Heilung der Syphilis.
 Höchst wichtig nicht nur für jeden Kranken, sondern auch für
 alle, die sich vor Krankheit schützen wollen!
 Nach dem Vortrage: **Fragebeantwortung.**
 Eintritt 30 Pf.
 Dr. phil. O. Kaplick,
 Berlin N. 4, Borsigstraße 18, I.
 (Sprechzeit täglich, auch Sonntag, 9-12)

Castans Panopticum
 Friedrichstraße 165
 „Nada“ — der sprechende Kopf.
 Von abends 7 Uhr ab:
Berliner Sänger.
 Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

Frankes Festsäle, Sebastianstr. 39,
 Inh.: Julius Meier.
 Empfehle meine Säle und Vereinszimmer zu Versammlungen und
 Festlichkeiten; für Sommerfeste auch Garten- und Rasenfläche. Sonnabende
 und Sonntage noch frei. Telefon Amt IV Nr. 10 380. 42462*

Schwarzer Adler
 Friedrichsberg, Frankfurter
 Bernspracher Nr. 8. Chaussee 5.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
 unter Leitung des Herrn L. Bürger.
Jeden Mittwoch: 38302*
Willy Walde-Sänger.
 Gebr. Arnhold.

Achtung! Achtung!
 Donnerstag, den 21. März 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Geoffentliche Versammlung
 in Kellers Festsälen (Inh. Freyer), großer Saal,
 Koppenstr. 29.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Eugen Brückner** über: „Die bürger-
 lichen Parteien bei der letzten Reichstagswahl, und was haben die Kom-
 munisten zu tun?“ 2. Diskussion.
Der Einberufer.
 106/9*

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
 Sektion der Fliesenleger.
 Mittwoch, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“,
 Engel-Ufer 15 (Saal VII):
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
 137/9 **Der Vorstand. J. H.: Max Anton.**

Verband der Sattler.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Donnerstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Zentral-
 Festsälen“, Alte Jakobstr. 32:
Allgemeine
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäftliches.
 2. Vortrag des Genossen **Emil Dittmer** über:
 „Darwinismus und Sozialismus“.
 3. Diskussion.
 4. Ausschluß der während der Sperrzeit zugezogenen Kollegen.
 5. Verschiedenes.
 156/10 **Jährliches Erscheinen der Mitglieder erwartet**
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Zuschneider u. Zuschneiderinnen!
 der Herren-, Knaben- und Westen-Konfektion.
 Mittwoch, den 20. März 1907, abends 8 1/2 Uhr, in den
 Festsälen, Neue Friedrichstr. 35:
Geoffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zuschneider und Zu-
 schneiderinnen einer Verbesserung bedürftig und welcher? Referent: Karl
 Ritter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht der Kollegen
 und Kolleginnen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Einberufer.
 222/2

Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter
 und Arbeiterinnen Deutschlands (Filiale),
 Berlin).
 Mittwoch, den 20. März 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Geoffentliche Versammlung
 für alle in den Dampf-Wasch- und Plättankalsten, sowie
 in der Nægligébranche beschäftigten Arbeiterinnen
 in Boekers Festsälen, Webersstraße 17.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Dampf-Wasch- und Plätt-
 anhallen. Die geplante Preiserhöhung der Unternehmer von 15-30 Proz.
 und wie stellen sich die Arbeiterinnen dazu? Referent: **Paul Keller.**
 2. Diskussion.
 Kollegen und Kolleginnen, erscheint alle in dieser Versammlung handelt
 es sich doch um Euer Wohl und Wehe. Beweist endlich, daß Ihr nicht länger
 gewillt seid, Euch knechten und ausbeuten zu lassen. Weiset ab die Sklaven-
 fetten. Die Mitglieder des Handels-Transportarbeiterverbandes und Partei-
 genossen, welche in obigen Betrieben beschäftigt sind, bitten wir, unsere Kolle-
 gen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.
Die Ortsverwaltung. J. H.: W. Ewe. Bureau: Neue Königstraße 7.

Verband deutscher Kürschner
 (Zahlstelle Berlin).
 Mittwoch, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, Prenzlauerstraße 41:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Gen. **Brückner** über: „Konsumgenossenschaften“.
 2. Die Sperrzeit bei Kaiser u. Ko. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreichsten Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.
 102/4

Achtung! Marmorarbeiter. Achtung!
 Mittwoch, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im „Englischen Garten“, Alexanderstraße Nr. 27c.
 Tages-Ordnung:
 1. Kündigung des Tarifs. 2. Beitragserhöhung. 3. Gewerks-
 schaftliches.
 Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.
 172/3

Bäckerei - Genossenschaft Produktion.
 Dienstag, den 26. März 1907, abends 7 Uhr:
General-Versammlung
 bei Herrn Bode, Rehringstr. 25.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäftsbericht pro Jahr/Dezember. 2. Entwurf der Verwaltung.
 3. Anträge.
Der Aufsichtsrat. J. H.: P. Liebe.
 106/8

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berl. Reichstagswahlkreis
 Dienstag, 19. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes und des Kassierers. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Die Verbands-Generalversammlung und Wahl der Delegierten. 5. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch ist vorzulegen.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
 im „Hofjäger-Palast“, Hasenheide 52/53.

Tages-Ordnung:
 Fortsetzung der Versammlung vom 5. März.
 1. Bericht der Kommissionen und Diskussion. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Kommissionsmitglieder. 3. Anträge.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein im 5. Berliner Wahlkreise.
 Dienstag, 19. März, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
 im „Alten Schützenhause“, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes, Kassenbericht und Bericht der Kommissionen.
 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung und zum Zentralvorstande Groß-Berlins.
 3. Wahl des gesamten Kreisvorstandes und der Revisoren.
 4. Anträge des Vorstandes und der Mitglieder.
 5. Partei- und Vereinsangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.
 Einwoige Anträge sind sofort an den Unterzeichneten zu richten.
 Der Vorstand.
 Leo Zucht, Reibstr. 42.

6. Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt).
 Sonntag, den 17. März, abends 6 Uhr, in den „Berolina-Sälen“, Schönhauser Allee 28:
Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Dittmer über: „Sozialismus in Amerika“. 2. Diskussion.
 Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Um zahlreiche Beteiligung eruchen
 Die Abteilungsleiter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Ami 4, 3355. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Ami 4, 9079.
 Montag, den 18. März, abends 7 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung für Königs-Wusterhausen und Umgegend
 im Lokale von Schumann, früher Reite, in Wildau.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Schmidt. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Kassierers.
 Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Achtung!
 Wir machen unsere Mitglieder, welche zurzeit Erwerbslosen-Unterstützung beziehen, ausdrücklich darauf aufmerksam, daß unsere Bureau am 18. März geschlossen sind.
 Von Dienstag, den 19. März, früh an befinden sich unsere gesamten Bureau's
Charitéstr. 3, Hof.

Tapezierer!
 Mittwoch, den 20. März, abds. 8 Uhr bei Damm, Schützenstr. 18/19:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Ernst Krieger über: „Kapitalistische und kommunistische Produktionsweise“. 2. Diskussion. 3. Situationsbericht. 4. Stellungnahme zum 1. Mal. 5. Vereinsangelegenheiten.
 Zu Aenderung der ersten Situation ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen!
 Gäste willkommen!
 Der Vorstand
 der Freien Vereinigung der Tapezierer Berlins u. Umg.
 Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Zentral-Verband der Töpfer Deutschl.
 Filiale Berlin.
 Donnerstag, den 21. März, abends 6 Uhr, in den Musiker-Festsälen, Kaiser Wilhelmstr. 18m:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zu den vom Vorstand und den Bezirksstellen gestellten Anträgen zur 8. Generalversammlung.
 2. Verschiedenes.
 Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß unbedingt jeder Kollege anwesend sein muß.
 Der Versammlung wegen wird am Donnerstag, den 21. ds. Mts. das Bureau um 6 Uhr geschlossen.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, 19. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes und Diskussion. 2. Bericht der Kommissionen und Diskussion. 3. Wahl des Vorstandes und der Kommissionen. 4. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 5. Anträge.
 Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr,
 in Kellers Festsälen (Inhaber Freyer), Koppenstraße 29:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 2. Beratung und Beschlußfassung eventueller Anträge. 3. Bericht der Kommissionsmitglieder und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, im Monabiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Heinrich Ströbel über: „Die Reichstagswahlen und die Taktik unserer Partei“. 2. Diskussion.
 Männer und Frauen sind auch als Gäste willkommen.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein
 Der Vorstand.

6. Wahlkreis.
 Sonntag, den 17. März, abends 6 Uhr, bei Wilke, Brunnenstr. 188:
Volks-Versammlung für Männer u. Frauen.
 Vortrag des Genossen Albrecht Fülle: „Aus der Geschichte der deutschen Sozialgesetzgebung“. — Nachher: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.
 Dienstag, den 19. März 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Zwei Mitglieder-Versammlungen
 in Thiels Festsälen, Bergstr. 152. | in Hoppes Festsälen, Hermannstr.

Referenten: Die Reichstagsabgeordneten Eichhorn und Brey (Hannover).
 Gäste haben Zutritt. 292/8 Rege Beteiligung erwartet
 Der Vorstand.

Gesellen der besseren Herren-Konfektion!
 Montag, den 18. März 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Wendi, Wülfstraße 17,
 Eingang Am Königsgraben:
Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Die Ausperrung in der Maßschneiderei und die der Herren-Konfektion zugeordnete Rolle. — 2. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Herren-Konfektion tätigen Gehälfen und ihre Neuregelung. — Referent: Kollege Mahr.
 Die organisierten Mitglieder dieses Zweiges werden angesichts der Situation in unserem Gewerbe erucht, ledtlig für die Versammlung zu agieren.
 Der Einberufer.

Verein Berliner Hausdiener.
 Mitgliedschaft I des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.
 Montag, den 18. März 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
 in Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:
 1. Die Revolution von 1848. Referent: Reichstags-Abgeordneter G. Ledebour.
 2. Erledigung der eingegangenen Anträge zu der Pfingsten in Berlin stattfindenden Hauptgeneralversammlung.
 3. Aufforderung der Delegierten zur Hauptgeneralversammlung. 4. Geschäftliches.
 Zutritt haben nur Mitglieder, welche bis zur dritten Woche 1907 bezahlt haben.
 Mitgliedsbuch legitimiert und ist am Eingang vorzulegen.
 Im Auftrage der Ortsverwaltung: Fritz Wappler.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschl.
 Filiale Berlin.
 Donnerstag, den 21. März, abends 6 Uhr, in den Musiker-Festsälen, Kaiser Wilhelmstr. 18m:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zu den vom Vorstand und den Bezirksstellen gestellten Anträgen zur 8. Generalversammlung.
 2. Verschiedenes.
 Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß unbedingt jeder Kollege anwesend sein muß.
 Der Versammlung wegen wird am Donnerstag, den 21. ds. Mts. das Bureau um 6 Uhr geschlossen.
 Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin
 — Weinmeisterstr. 3, vorn I. —
 Montag, den 25. März 1907, abends 1/9 Uhr,
 im Gewerkschaftshause, 50, Engel-Ufer 15, Saal 5:
Ordentl. General-Versammlung der Delegierten.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Bericht der Revisionskommission. 3. Entlastung des Vorstandes und Revidanten. 4. Beschlußfassung über Erhöhung der Beiträge und die damit verbundene Statutenänderung. 5. Verschiedenes.
 Anträgen und Beschwerden, zu welchen die Einsicht in die Kassenbücher und Akten notwendig ist, müssen mündlich oder schriftlich behufs Beantwortung derselben in der Generalversammlung, bis spätestens 21. März dem Vorstande mitgeteilt werden.
 Als Legitimation dient die über-sandte Karte vom 15. d. M.
 Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet
 Der Vorstand.
 Otto Ulrich, Vorsitzender.

Orts-Krankentasse der Posamentiere etc.
 Die Ordentliche General-Versammlung findet am

Montag, den 25. März d. J., abends präzis 8 1/2 Uhr, im Restaurant Grupp, Ammerstr. 16, statt.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht pro 1906.
 2. Bericht der Revisoren.
 3. Diskussion über 1 und 2.
 4. Eventuelle Anträge nach § 52 Abs. 7.
 5. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
 Um vollständiges Erscheinen der Vertreter bittet
 Der Vorstand.
 H. H. Bernh. Herzog, Vorsitzender.
 21165 Georgenstraße 53.

Orts-Krankenkasse der Weber und verwandten Gewerbe.
 Sonntag, den 24. März 1907, vormittags 10 Uhr,
 in Plecks Lokal, Pruditzstraße 36a (großer Saal):
Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Aenderung der Statuten der aufgelösten Orts-Krankenkasse der Strammsticker.
 2. Stellungnahme zur Uebernahme der Beamten der aufgelösten Kasse.
 3. Anstellung eines Hilfskassierers im Kassenbureau und Befreiung der Krankenkassenbedingungen.
 4. Verschiedenes.
 Berlin, 17. März 1907.
 Der Vorstand. 21225
 Karl Reimann, Gustav Bardi, Vorsitzender. Schriftführer.

Rechnungs-Abschluß der Gemeinsamen Ortskrankenkasse für Tempelhof und Hasenheide für 1906.

a) Einnahmen.

1. Kassenbestand	6 315,18
2. Zinsen von Kapitalien	1 737,50
3. Eintrittsgelder	2 854,70
4. Gesamtbeträge	190 224,41
5. Ertragsleistungen für gewährte Krankenunterstützung	304,31
6. Ertragsleistungen von Berufsgenossenschaften	1 491,79
7. Durchlaufende Posten	281,48
8. Sonstige Einnahmen	654,16
Zusammen	143 833,56

b) Ausgaben.

1. Für ärztliche Behandlung	12 232,53
2. Für Arznei und sonstige Heilmittel	10 173,23
3. Krankengeld:	
a) Mitglieder	46 445,06
b) Angehörige	2 117,52
4. Unterhaltungen an Wägenrinnen	889,80
5. Strafgelder	1 499,80
6. Sur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten	15 716,80
7. Fürsorge für Konvaleszenten	202,80
8. Ertragsleistungen für gewährte Krankenunterstützung	1 799,95
9. Zurückgehaltene Beiträge und Eintrittsgelder	249,95
10. Für Kapitalanlagen	25 257,50
11. Durchlaufende Posten	2 429,02
12. Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche	10 416,12
b) sächliche	5 479,58
13. Sonstige Ausgaben	578,18
Zusammen	187 985,19

Einnahmen 143 833,56 M.
 Ausgaben 137 985,19 M.
 Barbestand 6 848,37 M.
 Reservefonds 76 882,87 M., Vorjahr 81 625,37 M.
 Der Vorstand.
 W. Kanke, Vorsitzender.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Montag, den 1. April (2. Osterfesttag) veranstaltet der Verein ehemaliger Zöglinge der Real- und Taubstummen-Anstalt zu Berlin in dem Lokal „Schlaraffia“ (Hotel Imperial), Endeplatz 4, sein 10. Stiftungsfest, verbunden mit Festessen und Ball.

Die Lokale „Kaffhäuser“, „Inh. Zimmer, und „Poreken“, „Inh. Feide, an der Obersee, stehen der Arbeiterschaft zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Zu Lanwig steht uns nach wie vor nur das Lokal von Herrn Ketzer zur Verfügung und nicht, wie dort gerüchelt wird, das Lokal des Herrn Breuer, Marienfelderstraße, im Gegenteil weigert sich Herr Breuer ganz entschieden, unsern Besuch zu unterbreiten.

Zu Rudow bei Brix sind die Lokale „Köppen“ und „Klogin“, beide an der Chaussee, nach wie vor gesperrt und ersuchen wir besonders die Arbeiter-Nachfahrer, dies zu beachten.

Zweiter Wahlkreis. Die Fortsetzung der Generalversammlung vom 5. März findet am Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Hofjäger-Palast“ statt.

Dritter Wahlkreis. Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Der Wahlverein des vierten Wahlkreises hat zu heute Sonntag abend 5 Uhr ein Sinfonie-Konzert, verbunden mit Rezitationen revolutionärer Dichtungen, veranstaltet.

Ober-Schöneeweide. Am Montag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Wilhelminenhof“ eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Der 18. März.“ Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Gustav Lehmann-Wiesbaden.

Spandau. Montag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, findet bei E. Köpcke, Nischendorferstraße, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Vortrag und Rezitation über: „Wärgebeden — Wärgegedanken“. Um zahlreichem Besuch wird gebeten.

Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Am Dienstag, den 19. März, abends 8 Uhr, findet im „Kaiserhof“ am Arnoldsplatz eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Störmer über das Thema: „Arbeiterschaft und Genossenschaftswesen“ sprechen wird.

Erzner. Unsere Wahlvereinsversammlung findet Dienstag, den 19. März, im Vereinslokal statt und zwar Punkt 8 Uhr. Die Genossen werden ersucht, zu der angegebenen Zeit pünktlich zu erscheinen.

Friedenau. Dienstag abends 1/8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Grube. Tagesordnung: Die Sozialpolitik im neuen Reichstag. Referent: Genosse Ritter. Diskussion. Kaiser. Kreis-Generalversammlung. Vereinsangelegenheiten und Verschiederenes.

Zegel. Am Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet im Gög' Gesellschaftshaus die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag über die letzte Reichstagswahl. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiederenes.

Potsdam. Montag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Victoria-Garten“, Alte Luisenstr. 82: Volksversammlung. Tagesordnung: „Der 18. März 1848 und das heutige Völkertum.“ Referent: Arbeitersekretär Emil Dittmer-Berlin. Jeder Genosse agitiert für guten Besuch der Versammlung.

Berliner Nachrichten.

Berliner Nachtstudien.

Ueber das Berliner Nachtleben hat sich kürzlich im preussischen Abgeordnetenhaus der konservative Abgeordnete Herr v. Schudmann schrecklich entrüstet und schließlich nach der Polizei gerufen. Der Minister des Innern war Herr v. Schudmann nicht zu Willen und ob er seinen Parteifreunden mit seinen Darlegungen einen so großen Gefallen erwies, ist noch nicht ganz sicher; machten wir doch dieser Lage selbst darauf aufmerksam, daß nur dann jemand so wie Herr v. Schudmann reden könne, wenn er auf diesem Gebiete über Spezialkenntnisse verfüge.

Die „A. Gesellschaft, Korr.“ erhält von befreundeter Seite folgende amüsante Zuschrift: Was hätte ich darum gegeben, wenn ich den Eindruck hätte beobachten können, den die Kapuzinade über die Sündhaftigkeit unserer guten Stadt Berlin auf des Redners Parteigenossen, oder auch auf Mitglieder anderer Parteien gemacht hat! Erinnerungen an längst vergangene Tage sind nämlich bei der verspäteten Veltüre der Schudmannschen Rede in mir lebendig geworden.

Es ist wohl fast ein Vierteljahrhundert oder annähernd solange her, als ich in einer Frühlingsnacht mit mehreren Freunden in ein Kaffeehaus an einer der zahlreichen Ecken einer der längsten Straßen Berlins geriet. Dieses Kaffeehaus hatte schon damals einen ganz bestimmten Ruf, und wer am Morgen die Erlebnisse der letztvergangenen Nacht zum besten gab, pflegte, wenn er heuchlerisch veranlagt war, den Besuch dieser süßhaften Stätte nicht gern zu erwähnen. Als wir das Café durchschritten, um noch für uns ein Plätzchen ausfindig zu machen, bot sich uns plötzlich ein seltsames Bild. In dem Mittelgange des Cafés stand ein langer Tisch, an dem etwa ein Duzend Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses saßen. Ich bin ein vorurteilvoller Mann, fast so vorurteillos, wie der Herr Reichsanwalt, und ich nehme insbesondere von meinen politischen Gegnern nicht von Hause aus an, daß sie unfröhlich seien, als andersgestimmte. Aber ich muß der Wahrheit gemäß bekennen, daß an jenem Tisch sich leblich Abgeordnete der beiden konservativen Gruppen befanden. Die Herren waren, was sich bei der vorgerückten Stunde so ziemlich von selbst versteht, in sehr heiterer Stimmung und in recht regem Verkehr mit den stark nach Pilsener duftenden weiblichen Besuchern des Kaffeehauses, die über die öffentliche Stellung der Herren vollkommen unterrichtet zu sein schienen. Das ergab sich wenigstens aus der Natur der Bursche an die Gäste des exponierten Tisches. Am meisten amüsierte es uns,

daß an einem Ende dieses Tisches derselbe ehrwürdige Herr saß, der wenige Monate vorher die erste Sitzung der Tagung als Alterspräsident des Abgeordnetenhauses geleitet hatte. Am anderen Ende des Tisches saß frohgelant ein freisonerbarter Landrat, der durch eine Fülle wohlgepflegter Locken den Besuchern der Tribüne aufzufallen pflegte, und, wenn ich mich recht erinnere, in der Fraktion als arbiter elegantiarum galt. Als wir endlich ein Plätzchen für uns gefunden hatten, erriethen wir von dem Pilsener, daß die Herren Abgeordneten alle Abende mit großer Regelmäßigkeit an jenem Tische zu erscheinen pflegten. Es war sozusagen der Stammtisch der Herren Abgeordneten, und zum Zeichen meiner vollkommenen Unparteilichkeit will ich nicht verschweigen, daß der Pilsener uns verriet, daß von Zeit zu Zeit noch ein bekannter liberaler Abgeordneter als Gast an diesem Stammtische erscheine.

Ich selbst habe den Anblick dieses Stammtisches nur einmal genossen und muß mich für alle weiteren Angaben auf den ehrenwerten „Schoni“ verlassen, der in jenem Kaffeehaus eine viel wichtigere Rolle spielte, als seine sämtlichen Berufsgenossen zusammengenommen. Aber ich habe keinen Grund, seine Mitteilung anzuzweifeln, zumal wenn ich... doch ich will nicht noch indiskreter werden. Aber wegen alles dessen, was ich weiß, hätte ich für mein Leben gern die Gesichter der Herren Abgeordneten betrachtet, als Herr v. Schudmann sich über das Berliner Nachtleben entäußerte.

Der Verfasser dieser Zuschrift verkennt die Aufgabe, die sich diese Besucher des Cafés (Café National?) gestellt hatten. Wer über das Berliner Nachtleben sich ein objektives Urteil bilden will, muß es studieren; nicht aus Büchern und Zeitungen darf er seine Wissenschaft schöpfen, sondern muß sich durch Augenschein von den Vorgängen überzeugen. Nur von diesem Gesichtspunkte aus ist es auch zu beurteilen, wenn anlässlich der alljährlichen Tagung der Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Jirkus Busch, so manche Agrarier in den Blumenkäulen und diversen obstruerten Nachtkafés anzutreffen sind. Erst so kommen unsere patentierten Güter der Sittlichkeit und Moral in die Lage, in ihrer Deimat gegen das Sündenbabel Berlin so recht von Herzen wettren zu können.

Das seit nunmehr 28 Tagen anhaltende Hochwasser hat eine Spreelandschaft geschaffen, wie sie in so malerischer Schönheit schon seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtet worden ist. Auf der Strecke zwischen Neu-Zittau bis zur Kolonie Wurz und dem historischen Deichschloß bildet die Spree eine einzige weitenweite Wasserfläche, einen See von solcher Ausdehnung, daß diese Spreeerweiterung den größten See der Mark Brandenburg darstellt. Hier hat das Wasser... Höhe erreicht, die bereits den ungewöhnlichen Hochstand aus dem Frühjahr 1888 übersteigt und doch ist noch ein weiteres Ansteigen der Fluten zu erwarten. Bei Wurz hat die Spree schon die Dammhöhe überschritten, so daß von der königlichen Wasserbauverwaltung eine weitere Erhöhung des Damms angeordnet ist, für welche die Arbeiten sofort in Angriff genommen sind.

Die Prommen und die Sonntagruhe im Handelsgewerbe. Im Interesse der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen liegt es befallentlich, die Sonntagruhe wenigstens für den ganzen Sonntag, nachmittags zur Durchführung zu bringen, d. h. die offenen Verkaufsstellen, die in Berlin mit wenig Ausnahmen an den Sonntagen auch von 12 bis 2 Uhr nachmittags geöffnet sind, nur bis zum Beginn des Gottesdienstes (10 Uhr vormittags) offen zu halten. Diese durchaus berechtigte Forderung der Handlungsgehülfen löst bei der Mehrzahl der Ladenbesitzer bisher noch immer auf heftigen Widerstand. Während eine Anzahl größerer Geschäfte, auch die von Arbeitern geleiteten Konsumvereine in Berlin ihre Läden an den Sonn- und Feiertagen gänzlich geschlossen halten, pochen doch die meisten selbständigen Kaufleute aus reiner Profitgier auf die fünfstündige Beschäftigung ihres Ladenpersonals.

Um zu sehen, ob dem Wunsche der Handelsangestellten auf Gewährung des freien Sonntagnachmittags nicht dennoch entsprochen werden könne dadurch, daß die Läden vormittags eine Stunde länger als bisher (also bis 11 Uhr) geöffnet sind, nachmittags aber geschlossen bleiben, hat der Magistrat auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung eine Umfrage an die Vertreter sämtlicher Berliner Kirchengemeinden gerichtet. Es sollte festgestellt werden, ob nicht, um den Handlungsgehülfen den Sonntagnachmittag ganz freizugeben, der Beginn des Hauptgottesdienstes von 10 auf 11 Uhr vormittags festgesetzt werden könne.

Diese Umfrage des Magistrats ist von 52 protestantischen und 10 katholischen Kirchen beantwortet worden. Leider fiel die Antwort nicht zugunsten des geplagten Verkaufspersonals aus. Die katholischen Kirchen lehnten die Verlegung des Hauptgottesdienstes auf die Stunden von 11 bis 1 Uhr ab. Von den evangelischen Kirchen erklärten sich nur 3, die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, die Luther- und die Petrikirche bereit, auf die vorgeschlagene Verlegung des Hauptgottesdienstes ebenf. einzugehen. Andere Kirchengemeinden wollen zwar den Gottesdienst ebenf. um 11 Uhr beginnen lassen, stellen aber die Gegenforderung, daß dann die Läden eine halbe Stunde vorher geschlossen werden müßten, um dem Verkaufspersonal, welches die Kirche besuchen will, Zeit zu geben, sich vorher umkleiden zu können. Die Mehrzahl der evangelischen Kirchengemeinden verhielt sich jedoch ebenso ablehnend wie die katholischen.

Von dieser Seite werden also die Handelsangestellten auf wenig Entgegenkommen rechnen können. Der Besuch des Gottesdienstes ist unferen Prommen die Hauptsache; was schert sie die Sonntagruhe des Verkaufspersonals?

Röge nun die Stadtverordnetenversammlung, die sich demnächst wieder mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird, energische Schritte tun, um den Berliner Handlungsgehülfen endlich wenigstens den halben Sonntag freizugeben, gleichviel, ob der Gottesdienst verlegt wird oder nicht.

Das Armenwesen im Stadthaushaltsetat.

Die Voricht, mit der im Entwurf des Stadthaushaltsbetals für 1907 den einzelnen Verwaltungen die Ausgaben zugewiesen wurden, hat bei dem Kapitel „Armenwesen“ sich besonders erfolgreich betätigt. Für das gefamte Armenwesen stehen im Etat diesmal 10 318 824 M. Ausgabe, nur 102 000 M. mehr als im vorhergehenden Etat. Durch Einnahme sollen 1 910 558 M. aufgebracht werden, es sind also 14 408 268 M. aus dem Stadtsäckel zuzuschließen.

Der der Armendirektion vorbehalten Teil der Armenpflege erfordert 11 489 500 M. Ausgabe, 100 500 M. weniger als im vorhergehenden Jahr. Die Einnahme ist mit 803 200 M. angefehrt, der Zuschuß mit 10 686 300 M. In Betracht kommen hier besonders die Unterstühtungen, die in der offenen Armenpflege durch die Kommissionen ausgekehrt werden. Für sie sind 9 328 000 M. angefehrt, 152 000 M. weniger als in 1906; im einzelnen für Almosen 6 960 000 M., 50 000 M. weniger, für Pflegegelder 1 073 000 M., 27 000 M. weniger, für Extraurter-

stühtungen 1 000 000 M., 75 000 M. weniger, für Winterunterstühtungen 305 000 M., wie im letzten Etat. Bei den Pflegegeldern wird die Ausgabeverminderung dadurch erklärt, daß ein Teil der bisher von der Armendirektion versorgten Pflegekinder jetzt von der Waisenverwaltung versorgt wird. Bei Almosen und Extraurterstühtungen soll die Besserung der Erwerbsverhältnisse so günstig wirken, daß eine Ausgabeverminderung geboten erscheine. Wie haben bereits in Nr. 58 des „Vorwärts“ ausgeführt, wie weit die von den Armenkommissionen gezahlten Almosen, Pflegegelder usw. hinter dem Bedürfnis zurückbleiben. Im Rathaus war das in der ersten Lesung des Etats auch von unserem Genossen Borgmann hervorgehoben worden. Auf Borgmanns Klage über die Ausgabeverminderung im Armenetat erwiderte ihm Herr Cassel, es sei doch „ein Aufschwung der wirtschaftlichen Konjunktur erfolgt“, da sei es „doch kein Wunder, daß einmal eine gewisse Stagnation in der Steigerung eintritt“. Das Wort „Stagnation“ bedeutet Säftimmeres als bloßen Stillstand, man pflegt dabei an Verumpfung zu denken. Herr Cassel meinte das zwar nicht; es war ihm nur wieder mal eine jener Stillblüten entchlüpft, an denen die Reden dieses selbstgefälligen Vielschwäbers so reich sind. Er hatte aber hiermit, ohne es zu wollen, das Richtige getroffen.

Von den Anstalten, die der Armenpflege dienen, stehen im neuen Etat: die Siechenhäuser mit 971 830 M. Ausgabe, 131 880 M. Einnahme, 840 450 M. Zuschuß, das Obdach mit 458 620 M. Ausgabe, 16 708 M. Einnahme, 438 917 M. Zuschuß, das Arbeitshaus mit 841 951 M. Ausgabe, 258 337 M. Einnahme, 583 614 M. Zuschuß. Das Arbeitshaus samt seinen Spitalern kostet diesmal weniger, weil geringere Belegung erwartet wird, 2650 Köpfe gegen 2750 des Vorjahres. Für den Etat des Obdachs ist gleichfalls geringere Frequenz zugrunde gelegt worden. Auch dem Obdach wird übrigens jetzt ein eigenes Spital angegliedert, daher kostet das Obdach diesmal mehr als im Vorjahr. Die Siechenhäuser müssen mit den bisherigen Belegungsziffern rechnen, weil es ihnen längst an Platz zu Neuaufnahmen fehlt. Wer in den Anstalten nicht mehr Aufnahme finden kann, wird entweder in die Familienpflege abgeschoben oder überhaupt zurückgewiesen.

Zum „Armenwesen“ zählt auch die Waisenpflege nebst Fürsorgeerziehung; nur hier ist eine erhebliche Zunahme der Aufwendungen zu bemerken. Für Waisenpflege sind angefehrt 1 837 448 M. Ausgabe, gegenüber dem Vorjahr 224 943 M. mehr. An Einnahmen werden 236 711 M. erwartet, der Zuschuß stellt sich also auf 1 600 737 M. Zugrunde gelegt ist eine erheblich größere Zahl von Waisenkindern, namentlich deshalb, weil (wie schon erwähnt) ein Teil der bisher von der Armenverwaltung versorgten Pflegekinder jetzt der Waisenverwaltung zufällt. Die Fürsorgeerziehung rechnet wieder mit einer bedeutenden Zunahme ihrer Zöglinge. Die Ausgabe steigt auf 841 951 M., um 242 100 M. mehr. Durch Einnahme werden 258 337 M. gedeckt, der Zuschuß beträgt 583 614 M. Ueber die erziehtlichen Erfolge der Berliner Fürsorgeerziehung ist bisher wenig Rühmliches bekannt geworden.

Aus dem Magistrat. Der Magistrat beschäftigte sich gestern in seiner außerordentlichen Sitzung mit dem Berliner Rettungswesen. Es wurde beschlossen, unter der Oberaufsicht des Magistrats bezw. seiner Organe Vorkehrungen zu treffen für die Einrichtungen von ärztlichem Tag- und Nachtdienst auf den verschiedenen Stationen sowie ferner Einrichtungen für erste Hilfe bei Unfällen usw. Mit der Rettungsgesellschaft, den Unfallstationen und den Sanitätswagen, als den Trägern der bisherigen Einrichtungen des Rettungswesens, wird der Magistrat wegen der Grundzüge, die als Richtschnur dienen sollen, in Unterhandlung treten.

Der Oberst als Samariter. Unter dieser Ueberschrift ging dieser Tage folgende Notiz durch einige Zeitungen:

Von dem in voller Fahrt eine Kurze nehmenden Straßenbahnwagen 2034 der O-Bahn wurde ein Schlächtergeselle, der mit seiner Fleischelle auf der Vorderplattform stand, heruntergeschleudert; mit einer Gehirnerschütterung und einem schweren Bruch des Oberschenkels blieb er auf dem Straßendammliegen. Noch ehe der Wagen zum Halten gebracht werden konnte, war Oberst von Steuben, Abteilungschef im Großen Generallstab, herausgesprungen; er warf Mantel und Säbel ab und nahm sich des Schwerverletzten an. Ein vorüberfahrendes Privatautomobil lehnte die erbetene Hilfe ab, so daß zum Transport nach der Unfallstation im Zoologischen Garten eine Droschke benutzt werden mußte. Oberst von Steuben trug mit Hilfe des Reichstagsabgeordneten Held den sich nur langsam erholenden und große Schmerzen ausstehenden jungen Mann auf seinen Schultern in den Wagen und sorgte für die ersten Hilfeleistungen. — Auch zwei Garde-Pionier-Offiziere bewährten sich heute als Lebensretter. Heute mittag marschierte eine Kompanie Garde-Pioniere über das Raybaderufer, als ein ansehend betrunkenen Arbeiter über die Böschung des Landwehrkanals in das Wasser taumelte. Zwei Offiziere und ein Pionier warfen rasch die Röhre ab und sprangen dem Ranne nach. Die Offiziere sahten ihn und zogen ihn bis an das Ufer, auf dem sich die Unteroffiziere und Pioniere zur Hilfeleistung aufgestellt hatten. Sie reichten den Offizieren die Gewehre hin, die diese mit der einen Hand packten, während sie mit der anderen den Bewußtlosen festhielten. Der Mann wurde über die Böschung hinaufgezogen und nach dem Urbans-Krankenhaus gebracht. Die drei Helfer begaben sich in ein Restaurant, wohin ihnen trodene Sachen aus ihren Wohnungen gebracht wurden. Der Name des Verretteten ist noch nicht festgestellt.

Unter Hinweis auf diese Samariterdienste schickt uns jemand einen Zeitungsausschnitt mit der Bemerkung, der „Vorwärts“ werde diese Fälle wohl totschweigen und eine Zeitung bemerkt fogar: „Dem Blautoller der „Genossen“ werden diese Fälle natürlich keinen Abbruch tun.“ Welch niedrige Gefinnung geht doch aus diesen Bemerkungen hervor. Wir haben bisher um bedwillen von diesen Vorfällen keine Notiz genommen, weil wir uns bei Wiedergabe von lokalen Vorkommnissen nicht auf die gegnerische Presse verlassen können. Ihre Meldungen sind vielfach so unrichtig und auch unfotografierbar, daß wir leichtfertig handeln würden, solche Nachrichten ohne weiteres zu übernehmen. Im übrigen haben wir gar keine Ursache, etwa zu verschweigen, wenn ein Offizier einen guten Dienst geleistet hat, nur können wir denselben nicht höher bewerten als die Samariterdienste, die Arbeiter tagtäglich auf der Straße leisten. Von diesen freiwilligen Hilfeleistungen der Arbeiter bei einem Unfall oder bei Unfällen verlaunt bloß in der gegnerischen Presse kein Wort, weil man sie schon für selbstverständlich hält, während bei Hilfeleistungen eines Offiziers großes Aufhebens gemacht wird.

Baumgäßchen. Auf dem von der Firma Postbau n. Knauer ausgeführten Geschäftshausneubau Köhler 27-29 brach gestern vormittag 11 Uhr das Treppenhäusergestüß des im zweiten Stock befindlichen Mauergebüdes zusammen, die Maurer Fritz Goldbach, Arthur Sturzwege, Reinhold Jestermann und Ernst Schubert mit sich in die Tiefe reichend. — Ueber dem etwa 4x5 Meter messenden Mann war in der üblichen Weise eine halblange Stange gelegt, die auf dem Giebelmauerwerk 13 Zentimeter auflag, an der Front dagegen im Treppenhäusergestüß auf einer Stiefe ruhte. Auf der Stange lagen

die Regel, die den Dreierdelag tragen. Nach dem Front- und Giebelmauerwerk hochgemauert waren, sollte das gleiche mit den Treppenturmwänden geschehen (das benötigte Material lagerte schon). Hierbei ereignete sich das Unglück. Ob eine Steife von unberufener Hand weggewonnen wurde, oder was sonst Schuld trägt, kann schwerlich festgestellt werden.

Durch einen Sturz von der Wagenleiter den Tod gefunden. An den Folgen eines verhängnisvollen Unglücksalles hat der Wäskerei-Gelehrte Wilhelm Giesbrecht seinen Tod gefunden. Vor wenigen Tagen war G. mit seinem Führerwerk von Köpenick nach Berlin gefahren, um hier Wäsche abzuliefern. Als er in der Dramenstraße die Leiter zum Wagendeck hinaufführte, brach plötzlich eine Sprosse und G. stürzte ab. Er zog sich am Kopf Verletzungen zu, schrie jedoch wenig darauf. Es stellte sich dann später Blutvergiftung ein, an deren Folgen er gestern starb.

Von einem unbekannten Täter angefahren und schwer verletzt wurde gestern mittag der 16 Jahre alte Kaufmannslehrling Heinrich Bent aus der Liesenstraße 6a. Der junge Mensch pflegt mittags auf der Stadtbahn von seiner Arbeitsstätte nach Hause zum Mittagessen zu fahren. Als er gestern gemeinsam mit einem Freunde den Bahnhof Wedding verließ und den Weddingplatz betreten wollte, kroch plötzlich ein Schuß und getroffen brach B. neben seinem Begleiter zusammen. Er wurde nach der nahen Unfallstation in der Lindowstraße gebracht, wo der Arzt feststellte, daß die Kugel in die Schädelhöhle eingedrungen war. Das Gehirn hatte sie gestreift und wäre sie nur einen Millimeter mehr nach oben eingedrungen, so würde sie den sofortigen Tod des bedauernswerten jungen Mannes herbeigeführt haben. Der Täter konnte vorläufig noch nicht ermittelt werden.

Vom Stadtbahnzug erfasst. Ein Opfer seiner Schwerhörigkeit ist gestern morgen der 41jährige Maler Franz Krause, Franckstraße 29, geworden. A. hatte am Bahnhof Zoologischer Garten Malerarbeiten ausgeführt. Als die Einfahrt eines Südringzuges gemeldet wurde, beachtete er dies nicht infolge seiner starken Schwerhörigkeit und wurde von der Maschine erfasst. Der Zug wurde sofort zum Stehen gebracht und A. schwerverletzt hervorgezogen. Der Bedauernswerte hatte Rippenbrüche und schwere Verletzungen am Kopf, an den Beinen, an den Armen und am Rücken davongetragen. Nachdem er auf der Unfallstation 20 die ersten Notverbände erhalten, wurde er ins Elisabeth-Krankenhaus eingeliefert.

Durch einen nichtwürdigen Substanzraub wurde gestern der Handelsmann Corbis in ernstliche Lebensgefahr gebracht, als er mit seinem beladenen Strohwagen, auf der Fahrt nach dem Berliner Neu- und Sitowmarkt begriffen, sich auf der Weihenfeer Chaussee befand. Durch einen rohen Patrouille war die Strohladung an mehreren Stellen gleichzeitig angezündet worden, und das Feuer entzündete sich mit so ungeheurer Geschwindigkeit, daß C. nur mit knapper Mühe sich von dem gefährdeten Wagen zu retten vermochte und die Pferde ausspannen konnte. Das Feuer zu dämpfen war natürlich unmöglich, und obwohl die Wehren aus den benachbarten Ortsteilen Weihenfeer, Hohenschönhausen und Wilhelmshagen schon nach kurzer Zeit zur Stelle waren, wurde doch die Ladung sowie der Wagen durch das verheerende Element eingeschert.

Fromme unter sich. Seit längerer Zeit ist in der Sophiengemeinde ein heftiger Streit entbrannt zwischen den Positiven und den Liberalen. Dieser Streit kam bereits bei der letzten Kirchenvahl zu einem heftigen Ausbruch. In der Hauptsache richteten sich die Angriffe gegen die Vikarität, die unter dem Szepter des Herrn Pregel, dem Führer der antisemitisch-reaktionären Bürgerpartei, wahre Orgien feierte. Pregel ist seit fast zwanzig Jahren Vorsitzender des Vereins und zugleich Mitglied der kirchlichen Vertretung. Kürzlich sollte die Auswahl des Vorstandes in einer Generalversammlung vorgenommen werden und dieser Umstand hatte diese Vorversammlung veranlaßt. In der Versammlung erörterte nun Prof. Oberimpfer die Frage: „Ist Pregel noch fähig, länger Vorsitzender des Parochialvereins zu sein?“ Er kam hierbei zu dem Schlusse, daß der bisherige Vorsitzende die idealen Gesichtspunkte, die seine Stellung erheischen, in einer Reihe von Fällen unberücksichtigt gelassen und dadurch große Unruhe in den Verein hineingebracht habe. Herr Pregel habe gegen Geistliche prozessiert, in Flugblättern durch geheimnisvolle Andeutungen die Ehre anderer Vereinsmitglieder zu untergraben versucht, auch einer bedürftigen Witwe die ihr zustehende Sterbeunterstützung für ihren verstorbenen Mann vorenthalten. An die Kirche seien aus seiner Fabrik Gegenstände verkauft worden, was absolut zu verwerfen sei. Pregel sei wegen Verletzung des Gesetzes über den Schutz der Warenzeichen gerichtlich bestraft worden, habe aber hieraus nicht die nötigen Konsequenzen gezogen, seine Aemter im Verein und in der kirchlichen Vertretung niederzulegen. Er habe der Kirche sein Haus für 300 000 M. zum Kauf angeboten, obgleich er es einem Eigenen einige Zeit vorher für 250 000 M. hätte lassen wollen. Ein trauriger Fall sei aber folgender: Pregel habe als Rentier der Spar- und Darlehnskasse „Vorwärts“ die Verpflichtung übernommen, durch seinen Buchhalter die schriftlichen Arbeiten der Kasse erledigen zu lassen. Der Buchhalter habe aber der Kasse gegen vierhundert Mark entnommen, für die Pregel haftbar sei. Um sich aber von der Zahlungspflicht zu drücken, habe er den Einwand erhoben, der Verein sei nicht rechtsfähig. Verschiedene Personen, die nicht in allen Punkten seiner Herrschaft im Verein und in der Kirchenverwaltung sich beugen wollten, habe er in gehässiger Weise verfolgt; auch die Pfarrer seien davon nicht sicher gewesen, wenn sie es wagten, anderer Meinung zu sein. Pregel habe eine unumschränkte Herrschaft im Verein und in der Kirchenverwaltung ausgeübt, die mehr und mehr unerträglich geworden sei. Auch die Tatsache, daß Herr Pregel wegen unlauteren Wettbewerbes bestraft worden sei, sei geeignet, seine Würdigkeit für das Amt des Vorsitzenden in Zweifel zu ziehen.

Herr Pregel selbst war mit einigen seiner Getreuen erschienen und hielt eine lange Verteidigungsrede. Hinter jedem persönlichen Angriff auf seine Gegner, hinter jeder gehässigen Mißgeschickte folgte die Berufung auf die gute Sache der Religion, der Kirche und der positiven Richtung. Pregel und seine Freunde brachten natürlich auch die schmutzigen Wäsche der Gegner in behaglicher Breite vor und entkiften somit, welche Intrigenwirtschaft in der positiven Gemeindeverwaltung herrscht.

Von Ehrlichkeit und Duldbarkeit ist hier nicht viel zu merken.

In der Generalversammlung wurde Herr Pregel trotzdem wiedergewählt.

Die Direktion des Circus Busch mußte wegen der sehr stillfindenden Ringkämpfe für die Abendvorstellungen die Kinderbillets aufheben. Um nun der Jugend einen Ersatz zu bieten, wird von heute ab in den sonntäglichen Nachmittagsvorstellungen, zu denen Kinder bei halben Preisen Zutritt haben, die große Pantomime „Tom“ aufgeführt.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Heute abend 7 Uhr im „Königsstadt-Kaffee“, Polnischstraße 72, Vortrag des Genossen Karl Wermuth: „Ein Kapitel aus der Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung.“ Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Das Prater-Theater leistete sich am Freitagabend eine Uraufführung eines von einem Herrn Paul Panzel verfassten modernen Dramas in fünf Akten: „Die sechste Witte“. Was wollte der Autor mit diesem Titel? Etwa darlegen, daß der Mensch bei allen seinem Tun mit frommem Augenaufschlag hilflos nach oben wenden und murmeln soll: Führe und nicht in Versuchung oder was sonst? Wollte er das erstere, so ist ihm das schlecht gelungen. Denn der wesentliche Inhalt des Dramas war auf einen ganz anderen Ton gestimmt. Was uns an dem Stück gefiel, war die teilweise ganz gute Charakterisierung der heutigen Götze. Es wird gezeigt, wie die heutige Ehe in manchen Kreisen ein Geschäft ist, zu dem die Kirche noch ihren Segen spendet. Ein Grobhandwerker hat einem reichen Baron

seine Tochter verprochen und als die sich gegen die Heirat sträubt, weil ihr Jugendgeliebter aus der Fremde zurückkehrt, entfällt der Vater ihr, daß er am Rande des Bankrotts sei und Schande und Elend ihm und der Mutter in Aussicht stehen. Nur die Verbindung mit dem reichen, aber ungeliebten Manne könne helfen. Die Tochter opfert sich, kann aber den Gedanken an ihren Geliebten nicht los werden, mit dem sie kurz vor der Hochzeit einen wilden Abschied feierte und den neuen Gatten um die erste Nacht brachte. Die Ehe mit dem Baron war eine unglückliche. Der Jugendfreund verfällt in Wahnsinn und der Baron wird bei einem Zusammenstoß mit demselben zum Mörder. Als er erfährt, daß das vorhandene Kind nicht sein eigenes ist, will er seiner Frau zu Leibe, wird aber in diesem Augenblick als des Mordes verdächtig verhaftet. Die Schuld an dem ganzen Unheil wird schließlich dem Großindustriellen zugeschrieben, der seine Tochter um des Geldes willen verheiratete. Unter dem pastoralischen Trost: „Und erlöse uns von dem Uebel“ fällt der Vorhang.

Die Darsteller gaben ihr Bestes. Gertrud Rangelsdorf spielte mit großem Geschick die verknüpfte Tochter des Großindustriellen, während Herr Marchand als Geliebter Dr. Lenz seine Rolle gleichfalls gut zu Ende führte.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Erste Abteilg. Montag abend Dresdenerstr. 45: Schlussvortrag des Winterklus über: „Die Grundzüge der Krankenpflege“. Vortragende: Frä. Dr. Prof. Dr. Daran anschließend Transportübungen.

Donnerstag in Lichtenberg bei Vielhagen, Schwanenberstr. 60, spricht der Spezialarzt Herr Dr. Pirchfeld über: „Die Hygiene der Frau.“ Der Vortrag ist nur für Frauen und sind Gäste dazu angenehm.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die neue „Verwaltungsordnung“, in welcher die Zuständigkeiten zwischen der städtischen Polizeiverwaltung und dem königlichen Polizeipräsidenten in Charlottenburg gegen einander abgegrenzt werden, ist amtlich publiziert worden. Danach wird die Straßenbaupolizei künftig vom Oberbürgermeister unter der Amtsbezeichnung „Städtische Polizeiverwaltung zu Charlottenburg. Der Oberbürgermeister“, wahrgenommen; Landesaufsichtsinanz über die städtische Polizeiverwaltung ist der Polizeipräsident von Berlin. Zur ungeteilten Zuständigkeit der städtischen Polizeiverwaltung gehören: die Wahrnehmung der Wegepolizei, die Durchführung der Kanalisation, der Hausanschlüsse usw. Bei der dem Polizeipräsidenten verbleibenden Baupolizei wird die städtische Verwaltung nur mit, wenn es sich um Neubauten an neuen oder ungebauten Straßen, um erheblichere Bauten, Umbauten usw., um Veränderung der Straßenfluchten usw. handelt. Die Ausübung der Sicherheitspolizei auf Privatwegen, die Anlegung der Vorgärten, Aufstellung von Baumzäunen, die Verkehrsregeln usw. verbleibt dem königlichen Polizeipräsidenten.

Freie Volkshöhle Charlottenburg. Die Märzvorstellung des Vereins findet für die erste Abteilung am Sonnabend, den 23., für die zweite Abteilung am Freitag, den 22. statt. Die Mitglieder der zweiten Abteilung, darunter alle Neuaufgenommenen, müssen also am Donnerstag in den Zahlstellen gellebt haben; die Mitglieder der ersten müssen am Freitag gellebt haben. Anmeldungen werden noch bis Dienstag in den Zahlstellen entgegengenommen. Gespielt wird die Landstreicherkomödie „Der Kaiserjäger“. Anfang pünktlich 8 Uhr im Schiller-Theater Charlottenburg.

Hummelsburg.

Mit der Vorberatung des Gemeindevoranschlags für 1907 beschäftigte sich die letzte Gemeindevertretung. Der Voranschlag selbst schlägt in Ausgabe und Einnahme mit 2 229 371 M. ab. Einleitend bemerkte der Gemeindevorsteher, daß der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer zwar von 180 Proz. im letzten Jahre auf 125 Proz. herabgesetzt ist, es sei dies aber nur möglich gewesen, indem man alle Ausgaben auf das Knappste bemessen habe. Als erfreulich bezeichnend er es, daß die Einkommensteuer, pro Kopf der Bevölkerung berechnet, im steten Aufstiege begriffen sei. So betrug dieselbe im Jahre 1890 1,25 M. und stieg im Jahre 1905 bereits auf 3,30 M. pro Kopf der Bevölkerung. Als Zuschlag der Stadt Berlin zu den Schullasten für diejenigen Schüler, deren Väter in Berlin in Beschäftigung stehen, sind bereits 18 000 M. in Einnahme gestellt. Unser Genosse John kritisierte an dem Voranschlag in erster Linie die vollständige Auserachtlassung der Einnahme von Mitteln für die verschiedenen so äußerst notwendigen sozialpolitischen Gemeindeeinrichtungen, er wies nach, daß im Voranschlag ausschließlich nur den Wünschen der Grundbesitzerpartei Rechnung getragen sei. So muß die Herabsetzung des Zuschlags zur Staatseinkommensteuer bei der derzeitigen nicht guten finanziellen Lage der Gemeinde als ein Gefährdungsfaktor für die Grundbesitzerpartei betrachtet werden. Weiter trägt die Gemeinde allein bei der Kanalisation zu den Kosten 63 700 M. bei. Der Gemeindevorsteher zu den höheren Schulen beträgt bereits über 40 000 M. Verschiedene Beschwerden gegen die Armenverwaltung gaben unserem Redner Veranlassung, die Rückständigkeit derselben und ihre rigorose Geschäftsführung zu kennzeichnen. Wie die Armenverwaltung verfährt, erzählt am besten daraus, daß sämtliche Ausgaben dieser Verwaltung pro Kopf der Bevölkerung berechnet noch nicht 92 Pf. pro Jahr betragen, gegen Berlin mit über 2,50 M. Andererseits ist die Armenverwaltung äußerst rührig; den Vortour, daß sie es übersehen, Empfängern von Armenunterstützung das Wahlrecht zu nehmen, kann ihr so leicht niemand machen, im Gegenteil, sie leistet, was folgender Vorgang beweist, in dieser Beziehung ganz hervorragendes. Die Frau eines hiesigen Arbeiters erkrankte im vorigen Frühjahr, die Behandlung übernahm ein hiesiger Arzt auf Kosten des betreffenden Arbeiters. Eine frühere Hauswirtin der erkrankten Frau drang nun wiederholt auf diese ein, zu Herrn Dr. Vanselow zu gehen, da derselbe sei schneller gesund machen würde. Die Erkrankte ging, versehen mit einem Empfehlungsbrief der Frau Wittin, zu Herrn Dr. Vanselow. Nach Durchslebung desselben war der Arzt ganz enttäuscht über die Art der Zuweisung von Patienten. Die Erkrankte verzichtete hierauf auf jede Hilfe und verließ den unfreundlichen Arzt eilig. Zufällig war nun aber dieser Herr gleichzeitig auch Armenarzt, was zur Folge hatte, daß der Ehemann der Erkrankten für das Leben des Empfehlungsbriefes um sein Wahlrecht gekommen ist — da die Armenverwaltung hierin eine Armenunterstützung erblickte!!! Daraus begründete unser Redner unsere Forderung der unentgeltlichen Abgabe von Lehr- und Lernmitteln an alle Schulpflichtigen. Weiter beantragte er, eine größere Summe einzustellen, damit für diejenigen Kinder, bei denen die Schulärzte es für notwendig halten, daß die Betreffenden zur Erholung in eine Ferienkolonie geschickt werden, auch die genügenden Mittel vorhanden sind. Die Errichtung von Schulbrausebädern wurde ebenfalls von unserem Vertreter dringend gefordert.

Beim Kapitel Fortbildungsschule nahm unser Genosse noch Veranlassung, auf eine Verfügung des Assessors Köhler hinzuweisen, die in Lehrkreisen sowie bei allen Freunden der Fortbildungsschule die schärfste Mißbilligung erfahren hat. In einer der letzten Sitzungen der Gemeindevertretung war vom Gemeindevorstand unter Führung des Herrn Assessor Köhler eine Abänderung des jetzigen Ortsstatuts der Fortbildungsschule dahin beantragt worden, daß die „Schulpflicht“ für alle am Orte wohnenden, aber nicht am Orte beschäftigten jugendlichen Personen aufgehoben werden sollte. Eine solche Abänderung des Ortsstatuts hätte zur Folge gehabt, daß die jetzige Schülerzahl bis auf 1/2 zurückgegangen wäre, was gleichbedeutend war mit der Vernichtung der ganzen Schule. Fast einstimmig wurde diese geplante Verminderung der Fortbildungsschule, welche zurzeit einen sehr guten Ruf genießt, von der Gemeindevertretung abgelehnt. Um nun seinen Zweck doch zu erreichen, erließ der Herr Assessor im Einverständnis mit dem Amtsvorsteher eine Verfügung an die Lehrerschaft. In dieser befindet er in kurzen Worten, ihm keine weiteren Strafanordnungen für Schulverweigerer von solchen

Schülern einzusetzen, welche nicht am Orte beschäftigt sind — so er solche Schüler in Zukunft nicht mehr bestrafen wird. Die Verantwortung für diese Verfügung übernahm der Amtsvorsteher. Er entschuldigt seine Handlungsweise — welche im direkten Widerspruch mit dem einmütigen Beschluß der Gemeindevertretung sowie mit dem genehmigten Ortsstatut steht — damit, daß in einem anderen Orte ein Fortbildungsschüler, welcher nicht an dem betreffenden Orte beschäftigt war, vom Gericht von der Schulpflicht freigesprochen worden sei; er könne deshalb eine Verfügung vor seinem Gewissen nicht verantworten. Ob der Herr Amtsvorsteher auch bei jeder anderen Strafanordnung sein Verantwortungsgefühl und Gewissen prüft? Es ist dies kaum anzunehmen, da sonst nicht ein so großer Prozentsatz von Strafmündelempfängern bei den Verurteilungen freigesprochen werden müßten! Beim Kapitel Steuern beantragte Genosse John die Abhebung der Bier- und Lustbarkeitssteuer und dafür die Einführung der Wertzuwachssteuer, welche er eingehender begründete. Zum Schluß forderte Redner noch die Errichtung eines Kindergartens in größerem Stile und in Verwaltung der Gemeinde. — Genosse Ritter begründete dann eingehend den Antrag betreffend die Nichtbeteiligung von Gemeindevertretern bei Vergebung von Gemeindearbeiten. Die wenigen Ausführungen der bürgerlichen Vertreter gipfelten darin, daß man gegen unsere Forderung nicht viel einwenden könne, da aber zurzeit kein Geld dafür übrig sei, könnten dieselben auch noch nicht zur Einführung kommen. Die Hausbesitzerpartei sieht ihr Teil nur allein in der Herabsetzung des Zuschlags zur Staatseinkommensteuer, sie erwartet von einer noch weiteren Herabsetzung Wunderdinge. Der Voranschlag wurde hierauf zur weiteren Durchberatung an die Finanzkommission gewiesen.

Weihenfeer.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Vertreter der Ortskrankenkasse beschloß eine Herabsetzung der Leistungen und zwar infolged, daß dem Bezuge von Krankengeld eine Karenzzeit von drei Tagen vorausgeht. Dauert die Krankheit länger als zwei Wochen, so werden die ersten drei Tage nachgezahlt. Veranlaßt wurde dieser Beschluß durch eine Verfügung der Regierung, den Reservefonds auf die geschuldete Höhe zu bringen, der 180 000 M. betragen soll, jedoch nur 42 000 M. beträgt. Durch diesen Beschluß sollen pro Jahr 15 000 M. erspart werden, so daß dadurch ermöglicht wird, den geschuldigten Betrag von jährlich 26 000 M., 10 Proz. der Jahresausgabe, dem Reservefonds zuzuführen.

Aus der Gemeindevertretung. Eine rege Debatte geistigte die der Vertretung vorgelegte Gebührenordnung für den Gemeindefriedhof, der vom 1. April in eigene Verwaltung genommen wird. Bei dieser Gelegenheit beantragten unsere Genossen Franz, Taubmann und Schmutz die unentgeltliche Bestattung für jedermann. Wollte man aber von der Unentgeltlichkeit absehen und Sonderrechte auch im Tode einführen, so mügen dann auch entsprechende Leistungen verlangt werden. Die Mehrheit der Vertretung war aber nicht geneigt, auf das Verlangen unserer Genossen einzugehen. Gegen 7 Stimmen wurde die Vorlage angenommen. Die gesamten Bestattungsgebühren eines gewöhnlichen Sterblichen betragen jetzt eine Mehrbelastung von circa 5—8 M. Die Königs-Chaussee von der Grenze bis zum Antonplatz soll elektrische Beleuchtung bekommen, ebenso die Gustav Adolfstraße von der Grenze bis zur Langhausstraße. Ferner sollen die Wählerstraße, Charlottenburgerstraße (Wochenmarkt) und die Königs-Chaussee von der Parkstraße bis zum Antonplatz mit Krenzlicht erleuchtet werden, nachdem das Probefeld auf der Königs-Chaussee den Befehl der Vertretung gefunden hat. Die von der Gemeinde erhobene Steuer hat den Kennklub veranlaßt, das Angebot zu machen, sich durch Zahlung einer Pauschale von 10 000 M. abzufinden, widrigenfalls die Rennen nach Westend verlegt werden. Trotz Widerspruch unserer Genossen stand die Mehrheit auf dem Standpunkte der Einigung und schlug eine Pauschale von 15 000 M. vor. Ebenso soll der Oekonom des Schloßrestaurantes mit einer Pauschale von 1500 M. abgefunden werden.

Daß auch Landereigenschaft harnackige Steuerzahler sind, beweist die Einleitung eines Zwangsversteigerungsverfahrens gegen die Realgesellschaft (Direktor Rechtsanwalt Haase) wegen rückständiger Steuern im Betrage von 800 M., wozu die Gemeindevertretung die Zustimmung geben mußte.

Steglich.

Unter sehr schwacher Beteiligung gingen am Freitag die Gewerkeauswahlwahlen vor sich. Gewählt wurden die vom Gemeindevorsteher vorgeschlagenen Kandidaten. Ein in der Gruppe „Verschiedene Gewerbe“ aufgestellter Gegenkandidat erhielt nur 12 Stimmen. Es wurden abgegeben: „Metallgewerbe“ 87 Stimmen (eingeschriebene Wähler 456), „Graphische Gewerbe“ 113 (639), „Nahrungsmittelgewerbe“ 11 (60), „Verschiedene Gewerbe“ 52 (467). Von den Arbeitgebern beteiligten sich an der Wahl: „Metallgewerbe“ 7 von 52 Wahlberechtigten, „Nahrungsmittelgewerbe“ 16 von 180 und vom „Baugewerbe“ 3 von 36.

Eichwalde.

Bei der am Freitag stattgefundenen Gemeindevertreterswahl in der dritten Klasse siegte der Kandidat des „Liberalen Bürgervereins“ mit 71 Stimmen, worunter sich 36 Papierstimmen befanden, von denen allein der Gemeindevorsteher 26 abgab. Unser Kandidat Gen. Witte erhielt 36, der Kandidat des „Grundbesitzervereins“ 27 Stimmen. Wenn wir auch gegen 1905 eine Zunahme von 19 Stimmen zu verzeichnen haben, so muß doch entschieden gegen das laue Verhalten einer Anzahl Arbeiter, sogar Wahlvereinsmitglieder, protestiert werden, deren Teilnahme genügt hätte, um unseren Kandidaten in eine aussichtsreiche Stellung zu bringen. — Wie verlautet, wird diese Wahl noch verschiedene Nachspiele vor Gericht haben, da die bürgerlichen Gegner ihm in den letzten Tagen gegenseitig mit den „liebendwürdigsten“ Bezeichnungen belegten. Im übrigen beabsichtigt auch der „Grundbesitzerverein“ verschiedener Vorkommnisse wegen Protest einzulegen.

Groß-Westen.

In Besen-Rorbisburg wurde bei der letzten Gemeindevertreterswahl der Genosse Siekmann gewählt. Bisher war das Mandat in den Händen der Gegner.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevertretersitzung. Bei der Stadtberatung wurden die direkten Gemeindesteuern wie folgt festgesetzt: Zuschlag zur Staatseinkommensteuer 125 Proz. (bisher 180 Proz.), Gewerbesteuer: Klasse 1—3 157,5 Proz. (195 Proz.), Klasse 4 156,25 Proz. (162,5 Proz.), Grundsteuer 2,50 M. pro 1000 M. des gemeinen Wertes. Ferner an indirekten Steuern: Umsatzsteuer 1 Proz. bei bebauten und 2 Proz. bei unbebauten Grundstücken. Der Antrag unserer Genossen, die mit 25 000 M. eingeschlechte Biersteuer aufzuheben, wurde mit geringer Majorität abgelehnt, desgleichen ein Antrag auf Ermäßigung des Sayes von 65 Pf. pro Hektoliter. Der Gemeindevorsteher zur Schankebetriebs-freistellung bleibt auf Antrag unserer Genossen außer Anschlag. — Die Anregung unserer Genossen, im Anbetracht des stetig steigenden Gemeindebedarfs für die Folge der Einführung einer autonomen Gewerbesteuer sowie einer Wertzuwachssteuer näher zu treten, fand starke Opposition bei den Grundbesitzern. Auf Antrag der Staatskommission machte die Vertretung ganz wesentliche Abstriche an den Ausgaben für die Verwaltung. Die Gehälter der Beamten wurden durchn. um 200 M. erhöht, die Löhne der Gemeindearbeiter um 5 Pf. pro Stunde. Der abjährlich abgelehnte Antrag unserer Genossen auf Abänderung der Amtsbezirks-grenzen wurde diesmal mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen. Wenn die oberen Instanzen dem zustimmen, hat nicht mehr ein Amtsausgang, sondern die Gemeindevertretung über Polizeianglegenheiten zu bestimmen. Der Anregung unserer Genossen folgend wurde eine Beleuchtung für die Nacht- und Morgenstunden beschlossen. Die Umgestaltung der Wilhelmshagenstraße, welche 800 000 M. erfordert, soll in Angriff genommen werden, sobald die im neuen Ortsteil herzustellende Parallellstraße fertiggestellt ist. Bei dieser Gelegenheit brachte Genosse

Grundverhältnisse im Betriebe der Straßenbahn zur Sprache, welche Unzufriedenheit des Verkehrs sowie Schädigung vieler Geschäftsleute mit sich bringen.

Spandau.

Ueber die letzte Stadtverordnetenversammlung wird und geschrieben: Die zwischen dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung schwebende Streitfrage wegen Vermehrung der besoldeten Stadträthe hat nunmehr durch die Annahme einer Vorlage folgenden Inhalts ihre Erledigung gefunden: 1. Es soll ein Magistratskassator mit einem Jahreseinkommen von 3000 M. (früher 2000 M.) auf 6 Jahre angenommen werden. 2. Der Magistrat wird ersucht, bis 15. Juni 1907 eine Vorlage betreffend die Anstellung eines besoldeten Stadtraths mit technischer Vorbildung vorzubereiten. Einen kleinen Zusammenstoß hatte der Stadtverordnete Genosse Schmidt I mit einigen bürgerlichen Stadtverordneten bei Beratung der Vorlage der Vermehrung der Stadtverordneten von 42 auf 48, die Spandau nach seiner Einwohnerzahl zu verlangen hat. Genosse Schmidt I stellte hierbei den Antrag, den für die dritte Wählerabteilung seit der letzten Stadtverordnetenwahl eingeführten Wahlmodus, daß für diese Abteilung in einzelnen Bezirken gewählt wird, von denen jeder der Bezirke seinen Stadtverordneten zu wählen hat, wieder aufzuheben und es wie früher einzurichten, daß die dritte Abteilung in verschiedenen Lokalen die Gesamtzahl der Stadtverordneten dieser Abteilung wählt. Mit diesem Antrage hatte er aber in ein Wespennest gestochen. Die eine Meute fielen einige bürgerliche Stadtverordnete über den Genossen her und wiesen ihn darauf hin, daß ja die Sozialdemokraten die Bezirkseinteilung selber gemacht und daß sie wohl jetzt die Sache wieder aufgehoben haben möchten, weil sie so schlechte Geschäfte mit diesem Modus bei der letzten Wahl gemacht hätten. Kamendlich hervor traten sich die konservativen Stadtverordneten Lüdike, Vorsitzender des konservativen „Neuen Wählervereins“ und Landtagsabgeordneter, sowie Dr. Engelhardt. Auch der aus der letzten Wahl hervorgegangene Gewerksarbeiter Stadtverordneter Schmidt II, dessen Direktor ihm seinerzeit wegen einer Aeußerung des Stadtr. Schmidt I, mit dem er ihn verwechselte, eine ordentliche Standpauke hielt und ihn in Furcht und Schrecken versetzte, polemisierte gegen Genossen Schmidt I und trat für die Beibehaltung des jetzigen Wahlmodus ein, weil dadurch eine größere Wahlbeteiligung erzielt worden sei. Genosse Piefel rief treffend dazwischen: „Durch Abwonnmandierungen“. Als Genosse Schmidt I auf die Einwurfe erwiderte, daß durch das Dreiklassenwahlrecht die Volksmeinung niemals zum Ausdruck gebracht werde, dies könne nur durch das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht annähernd geschehen und habe die letzte Reichstagswahl gezeigt, daß die Mehrzahl der Spandauer Wähler doch anders denken als die bürgerlichen Stadtverordneten annähmen, da vertritt sich der konservative Stadtverordnete Schob, der Verleger des unter Aufsicht der Öffentlichkeit erscheinenden Spandauer Schleifsteins, „Lageblatt“ genannt, das trotz seiner verschwindend kleinen Anzahl von Abonnenten zum amtlichen Publikationsorgan bestellt ist, zu der sehr bemerkenswerten Aeußerung: „Er gebe zu, daß das Dreiklassenwahlrecht nichts taugt, aber auch das Reichstagswahlrecht taugt nichts, denn jeder teutsche Mann müsse den Mut haben, den Namen desjenigen zu nennen, den er wählen wolle. (Aus dieser Aeußerung kann man wieder einmal ersehen, wohin geäuert wird.) Selbstverständlich wurde der Antrag des Genossen Schmidt I gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und die Vorlage angenommen. Der Gedanke der Einrichtung einer Volksbadeanstalt scheint seiner Verwirklichung entgegen zu gehen. Dem Magistrat ist es gelungen, ein sehr geeignetes Terrain an der Triftstraße ausfindig zu machen. Allerdings war wohl hierzu in der Hauptsache maßgebend die schlechte Lage der Flussbadeanstalt an der Bröhmmerstraße, welche bisher nur vom zahlungsfähigen Publikum besucht werden konnte. Es soll nun in einer besseren Lage an der Triftstraße Gelände ausgetauscht werden und wird man dann erst abzuwarten haben, wie unsere Stadtbäder eine Volksbadeanstalt einrichten werden. Stadtr. Genosse Schmidt I befuhrwortete bei dieser Gelegenheit auch die Einrichtung einer Badeanstalt in der Wilhelmstadt. Für die Herstellung einer öffentlichen Ausladestelle an der Oberhavel in der Nähe der Kustwiesen werden 14000 M. bewilligt. Die übrigen Vorlagen sind von geringerer Bedeutung.

Gerichts-Zeitung.

Spezialitäten einer Mutter

beschäftigten gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I. Angeklagt war die 36 jährige Frau Marie Wagener geb. Kolberg. Das am 8. Dezember 1901 geborene Kind der Angeklagten wurde von dieser fortgesetzt in einer Welle gemißhandelt, die an die Freigebit und die Noheit schwerer Militärmißhandlungen erinnerten. Das Schöffengericht erkannte wegen der das Leben des hilflosen Wesens gefährdenden Mißhandlungen auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Wegen dieses verhältnismäßig milde Urteil legte die Angeklagte noch Berufung ein. Der Vorsitzende der Strafkammer, Landgerichtsdirektor Dr. Goebel, sprach als Ansicht des Gerichts aus, daß es sehr bedauerlich sei, daß die Staatsanwaltschaft nicht auch Berufung eingelegt habe, denn dann wäre das Gericht in die Lage gebracht, auf eine ganz erheblich höhere Strafe zu erkennen. Die Berufung wurde unter Verhängung des ersten Urteils auf Kosten der B. verworfen. Außerdem wurde die Angeklagte sofort verhaftet, da das Gericht Fluchtverdacht für vorliegend erachtete.

Militär- oder Zivilgericht?

Das Landgericht Posen hat sich am 29. September in der Anklagesache gegen den Adershamm Joseph Wächter wegen Betruges für unzuständig erklärt. Der Angeklagte war Soldat gewesen und hatte einen Leistenbruch. Es wurde ihm gesagt, wenn er nachweise, daß er den Bruch durch seinen Militärdienst erhalten habe, so könne er eine Entschädigung verlangen. Der Angeklagte tat das, indem er angab, er habe im Dienst beim Meitern auf der Leiter plötzlich einen Schmerz gefühlt. Das Militärgericht, vor dem B. wegen Betruges sich zu verantworten hatte, stellte das Verfahren ein, da dem Angeklagten tatsächlich ein Anspruch anstehe. Das Reichsmilitärgericht fand zwar, daß die Freisprechung auf Rechtsirrtum beruhe, erklärte aber, daß Urteil nicht aufheben zu können, da es, nachdem der Angeklagte aus dem Militärdienst entlassen sei, nicht mehr zuständig sei. Dann kam die Sache mit dem oben angegebenen Ergebnisse vor das Landgericht. Auf die Revision des Staatsanwalts hob am Freitag das Reichsgericht das Urteil des Landgerichts auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Der Betrag sei kein speziell militärisches Vergehen, daher sei für den entlassenen Soldaten das Zivilgericht zuständig.

Verfälschte Erpressung von Freibilletts.

Der Schriftsteller Willi Redhardt in Koblenz gibt das „Rheinische Verkehrsblatt“ heraus, welches Kellamen, Beschreibungen von Ausflügen, Theaterrezensionen und des Theaterzettel enthält. Er läßt das Blatt vor dem Theater gratis verteilen, wodurch dem Theaterunternehmer, der den Theaterzettel für 10 Pf. verkaufen läßt, Nachteile erwachsen. Trotzdem erhob Redhardt Anspruch auf zwei Freibillette für das Theater. Er schrieb an die Theaterkommission, zu Händen des Oberbürgermeisters, er habe für größere Blätter Theaterrezensionen zu schreiben und bitte um zwei Freibillette. Zum Schluß hieß es dann: „Wird man meiner Bitte nicht näher treten können, so möchte ich gewisse Verhältnisse am Theater öffentlich geigen“. Natürlich erhielt er keine Karten, sondern eine Anklage wegen verfälschter Erpressung. Das Landgericht Koblenz verurteilte ihn am 10. August v. J. zu 8 Tagen Gefängnis. Seine Revision wurde am Freitag vom Reichsgericht verworfen.

Schulmannsfrage vor dem Reichsgericht.

Vom Landgericht Rostock ist am 22. November v. J. der Schulmann Heinrich G. wegen Beleidigung und willkürlich falscher Anschuldigung zu einem Monat und einem Tage Gefängnis verurteilt worden. Als seine Frau verweist war, hat er seine Flurnachbarin, Frau H., ihm seine Wohnung rein zu machen. Während sie es tat, machte er ihr eine unzüchtige Zumutung. Frau H. erzählte später den Vorfall einigen Freunden, so daß G. davon erfuhr. Auf Veranlassung seiner vorgerückten Behörde strengte er gegen Frau H. Privatklage wegen Beleidigung an, indem er behauptete, die Angaben der Frau H. seien unwar. In der Tat wurde nun die so schwer beleidigte und verleumdete Frau H. verurteilt. Erst in der Berufungsinstanz gelang es, den Hallunkenstreich dem Gericht als Hallunkenstreich zu erweisen. Frau H. wurde freigesprochen und nunmehr der Spieß umgedreht. In dem milden Urteil gegen den Angeklagten wurde diesem zugute gehalten, daß er nicht aus eheleier Gefinnung, sondern unter dem Druck der Verhältnisse die Frau H. in der Privatklage falsch beschuldigt hat. Strafmildernd hat das Gericht auch in Betracht gezogen, daß der Angeklagte bei dem fraglichen Vorfall angezuckert war. — Die Revision des Angeklagten wurde am Freitag vom Reichsgerichte verworfen.

Die Anzucht vor dem Reichsgerichtsstuhl.

3 Straffassen aus dem Gebiete der lex Heinge beschäftigten am Freitag das Reichsgericht. Wegen Heilhaltens unzüchtiger Abbildungen ist am 19. Juli v. J. vom Landgericht Köln der Buchhändler Engelbert Reibung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden. Auf seine Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. In dem Urteile des Landgerichts sei nur gesagt, daß die fraglichen Abbildungen bestimmt seien, unzüchtigen Zwecken zu dienen, was sie enthalten, sei aber nicht im Urteile angegeben. Zwar erwähnte das Urteil, daß es sich um Entleerungsgegenstände handle, aber es sei durchaus nicht mit Notwendigkeit anzunehmen, daß solche Entleerungsgegenstände stets unzüchtig wirken. — Gleichfalls aufgehoben wurde auf die Revision des Angeklagten das Urteil des Landgerichts Bonn vom 11. September v. J., durch welches der Schreiner Hermann Weis wegen Verbreitung unzüchtiger Abbildungen zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden ist. Das Landgericht hatte — anscheinend infolge der Benutzung einer alten Ausgabe des Strafgesetzbuches — nicht beachtet, daß der § 181 durch die sogenannte lex Heinge vom 25. Juni 1900 wesentlich umgestaltet ist, und die Feststellungen nach dem alten § 181 getroffen. — Verworfen wurde dagegen die Revision des Geschäftsführers des „Kleinen Bißblattes“, Alfred Bric, der am 20. Dezember v. J. vom Landgericht I in Berlin wegen Aufnahme unzüchtiger Inserate zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden ist. Die gleiche Strafe hat der Vertreter der Inseratenpächterin des Blattes, Rußold, erhalten. Dieser hatte sich aber bei dem Urteile berichtigt.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Der Freischütz. Montag: Sigurd Hochzeit. Dienstag: Salome. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch: Blau Dame. Donnerstag: Lammhülser. Freitag: Einmal um London. Sonnabend: Blau Dame. Sonntag: Ulbrine. Montag: Der fliegende Holländer. **Königl. Schauspielhaus.** Sonntag: Hamlet. Montag: Die Welt, in der man sich langweilt. Dienstag: Das Ihr wollt. Mittwoch: Wallensteins Lager. Die Piccolomini. Donnerstag: Wallensteins Tod. Freitag: Geschlossen. Sonnabend: Was Ihr wollt. Sonntag: Ody von Verlichingen. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Urtel Scio. **Neues königl. Opern-Theater.** Sonntag, den 24. März: Der Evangelium. (Anfang 7 1/2 Uhr.) **Schiller-Theater O.** Sonntag: Maria Stuart. Abends: Karrenplanz. Montag: Jugend. Dienstag: Wima von Barnhelm. Mittwoch: Im bunten Rod. Donnerstag: Im bunten Rod. Freitag: Die Räuber. Sonnabend: Die rote Robe. Sonntag: Maria Stuart. Abends: Jagdsman als Erzieher. Montag: Mathias Gollinger. **Schiller-Theater Charlottenburg.** Sonntag: Maria Stuart. Abends: Die Frau von Messina. Montag: Karrenplanz. Dienstag: Riech. Mittwoch: Karrenplanz. Donnerstag: Karrenplanz. Freitag: Der Kellnerjäger. Sonnabend: Der Kellnerjäger. Sonntag: Maria Stuart. Abends: Die Jungfrau von Orleans. Abends: Mathias Gollinger. **Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.) Sonntag: Die Entziehung zum Don Juan. Dienstag: Das letzte Mittel. Mittwoch: Der Familienag. Donnerstag: Das letzte Mittel. Freitag: Unsere Rache. Sonnabend: Der Familienag. Sonntag: Maria Stuart. Abends: Die Teufelskuche. Abends: Das letzte Mittel. Montag: Unsere Rache. **Neues Schauspielhaus.** Sonntag: Torquato Tasso. Montag: Das Fest des Sankt Katern. Der arme Rarr. Der goldene Schlüssel. Dienstag: Der Barbier von Sevilla. Mittwoch: Torquato Tasso. Donnerstag: Faust I. Teil. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Der goldene Schlüssel. (Anfang 8 Uhr.) Sonnabend: Sigurd Hochzeit. Sonntag: Sigurd Hochzeit. Faust I. Teil. (Anfang 7 Uhr.) **Vesting-Theater.** Sonntag: Elga. Abends: Die Stützen der Gesellschaft. Montag: Rieze und Maria. (Anfang 8 Uhr.) Dienstag: Die Stützen der Gesellschaft. Mittwoch: Rieze und Maria. (Anfang 8 Uhr.) Donnerstag: Die Stützen der Gesellschaft. Freitag: Rieze und Maria. (Anfang 8 Uhr.) Sonnabend: Die Stützen der Gesellschaft. Sonntag: Rieze und Maria. (Anfang 8 Uhr.) **Deutsches Theater.** Sonntag: Der Revolver. Montag: Ein Sommer-nachmittag. Dienstag: Der Gott der Rache. Mittwoch: Der Revolver. Donnerstag: Der Gott der Rache. Freitag: Der Gott der Rache. Sonnabend: Der Revolver. Sonntag: Der Gott der Rache. **Kammertheater des Deutschen Theaters.** Sonntag: Hedda Gabler. Montag, Donnerstag und Freitag: Frühlings Erwachen. Dienstag, Mittwoch und Sonnabend: Hedda Gabler. Sonntag, den 24. März: Frühlings Erwachen. Montag, den 25. März: Komödie der Liebe. (Anfang 8 Uhr.) **Neues Theater.** Sonntag bis Montag, den 25. März: Reizner Porzellan. **Theater des Westend.** Sonntag: Die lustige Witwe. Abends: Die lustige Witwe. Montag: Die lustige Witwe. Abends: Die lustige Witwe. Dienstag: Die lustige Witwe. Abends: Die lustige Witwe. **Berliner Theater.** Sonntag bis Mittwoch: Der Hund von Basserville. Donnerstag und Freitag: Sherlock Holmes. Sonnabend: Die Jungfrau von Orleans. Sonntag und Montag: Der Hund von Basserville. **Leipzigerhaus.** Sonntag: Der Weg zur Hölle. Sonst abends: Gajarenfieber. Nächsten Sonntag: Maria Stuart. **Zentral-Theater.** Sonntag: Die Fledermaus. Abends: Der blaue Klub. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Der Kattelbinder. Dienstag: Der blaue Klub. Mittwoch: Der Kattelbinder. Donnerstag: Der blaue Klub. Freitag: Der Kattelbinder. Sonnabend: Der blaue Klub. Sonntag: Die Geisha. Montag: Der Hugenottenbaron. **Vorling-Theater.** Sonntag: Maria. Abends: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Der Troubadour. Dienstag: Das Glück des Gremits. Mittwoch: Jar und Sommermann. Donnerstag: Die Tochter des Regiments. Freitag: Der Maldo. Sonnabend: Die lustigen Weiber von Windsor. (Anfang 8 Uhr.) Sonntag: Maria. Abends: Die lustigen Weiber von Windsor. Abends: Fra Diavolo. Montag: Der Freischütz. **Romische Oper.** Sonntag: Hoffmanns Erzählungen. Abends: Tosca. Montag: Hoffmanns Erzählungen. Dienstag: Tosca. Mittwoch: Hoffmanns Erzählungen. Donnerstag: Fausts Verdammung. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Freitag: Tosca. Sonnabend: Fausts Verdammung. Sonntag: Hoffmanns Erzählungen. Abends: Fausts Verdammung. Montag: Hoffmanns Erzählungen. **Kleines Theater.** Sonntag: Rastlos. Abends: Alerteiten. Montag: Ein idealer Gatte. Dienstag: Alerteiten. Mittwoch: Ein idealer Gatte. Donnerstag: Ein idealer Gatte. Freitag: Hundw. Die Bobbe. Sonnabend: Ein idealer Gatte. Sonntag: Rastlos. Montag: Rastlos. Abends: Ein idealer Gatte. Montag: Unbestimmt. **Trianon-Theater.** Sonntag: Die Fledermaus. Abends: Fräulein Volle — meine Frau. Nächsten Sonntag: Maria Stuart. **Palais-Theater.** Sonntag: Sherlock Holmes. Abends: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Der lange Kerl. Dienstag: Der Biberpelz. Mittwoch und Donnerstag: Der Hühnerbesitzer. Freitag: Der Wissenschaftler. Sonnabend: Maria Stuart. Abends: Maria Stuart.

Paris. Abends: Der lange Kerl. Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Dorf und Stadt. Abends: Der Wissenschaftler. Montag: Der und Stadt. **Bernhard-Rose-Theater. Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Die Hühner von Toledo. Abends: Sherlock Holmes. Montag: Die Hühner von Toledo. Dienstag: Sherlock Holmes. Mittwoch: Die Hühner von Toledo. Donnerstag: Sherlock Holmes. Freitag: Die Hühner von Toledo. Abends: Sherlock Holmes. Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Sherlock Holmes. Abends: Die Hühner von Toledo. **Reichs-Theater.** Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Der Feingemahl. Sonst abends: Haben Sie nichts zu verkaufen? Nächsten Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Ein Hochzeitsmahl. **Metropol-Theater.** Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Auf ins Metropol. Abends: Der Teufel laßt dazu. Nächsten Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Auf ins Metropol. **Thalia-Theater.** Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Charleys Tante. Abends: Olympische Spiele. Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Charleys Tante. **Uvolla-Theater.** Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: All den Rocca. Die drei goldenen Jungfrauen. Im Zoo. Abends und Montag bis Donnerstag: All den Rocca. Die drei goldenen Jungfrauen. Der Hühner. Spezialitäten. Freitag und Sonnabend: Der Triumph des Belbes. Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: All den Rocca. Die drei goldenen Jungfrauen. Im Zoo. Abends und Montag: Der Triumph des Belbes. **Deutsch-Amerikanisches.** Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Die Fledermaus. Abends: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Der Fledermaus. Dienstag: Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Der Hugenottenbaron. Donnerstag: Das Schloß. Freitag: Die Jägerskate. Sonnabend: Der Hugenottenbaron. Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Maria. Abends: Der Fledermaus. **Polst-Theater.** Spezialitäten. **Walhalla-Theater.** Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Spezialitäten. Sonst abends: Die goldene Eva. Spezialitäten. Nächsten Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Spezialitäten. **Reichshallen-Theater.** Stettiner Sänger. **Raffa-Theater.** Was was anders. Spezialitäten. **Wintergarten.** Charlotte Wiebe. Spezialitäten. **Karl-Liebknecht-Theater.** Spezialitäten. **Kasino-Theater.** Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Ledige Leute. Abends: Die Gasse. Nächsten Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Ledige Leute. **Hollis-Caprice.** Abends: 100 000 Gulden Witz. Im Inspektionszimmer. **Gebr. Herrmann-Theater.** Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Gajarenfieber. Abends: Die letzte Frau. In der letzten Hotel. Nächsten Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Gajarenfieber. Die letzte Frau. **Prater-Theater.** Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Wilhelm Tell. Abends: Die letzte Frau. Montag: Jägerleben. Dienstag: Der Hühnerjäger. Mittwoch: Der Hühnerjäger. Donnerstag: Die letzte Frau. Freitag: Der Hühnerjäger. Sonnabend: Geschlossen. Sonntag: Maria Stuart. 8 Uhr: Rabale und Vede. Abends: Der Hühnerjäger. Montag: Die letzte Frau. **Urania-Theater.** Lindenstraße 48/49. Abends: Die Feuer-gemalten der Erde. Mittwoch und Sonnabend: Maria Stuart. 8 Uhr: Aus dem Haushalt der Natur.**

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Eingang 4, eine Treppe (Handelsstraße Vorkasse, Durchgang aus Lindenstr. 101), wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Guthabe und eine Zahl als Versicherung beizubringen. Briefliche Anträge werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. 48. Ein gegenseitiges Testament kann eigenhändig geschrieben werden. Ein Stempelbogen ist nicht erforderlich. Anleitung und Beispiel für ein solches Testament finden Sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Hefers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — R. St. 247. Sie können es auf einen Prozeß ankommen lassen und würden in demselben vornehmlich obliegen. — R. St. 14. Ja. — R. St. 57. Aber! — R. St. 100. Köpcke. Die Fenster hat der Vermieter zu errichten, falls nicht durch den Mietvertrag das Gegenteil vereinbart ist. Eine solche gegenseitige Vereinbarung ist in Berlin und Umgebung leider die Regel. — Neumann. Senden Sie sich an den Lehrer der Schule. Dieser wird Ihnen am besten Rat erteilen. — R. St. 9. 1. Ja. 2. 1900. — R. St. 7. 1. Ihr Geburtsjahr und die Militärpapiere sind erforderlich. 2. Im des Standesbeamten. — R. 100. 6 Wochen zum Quartalsbeitrag beträgt die Kündigung für Vermieter, falls nicht vereinbart ist. Wird eine andere Kündigungsfrist vereinbart, so muß dieselbe mindestens einen Monat betragen. — R. St. 50. 1. Der Prozeß hätte wenig Aussicht auf Erfolg. 2. Wenn Sie nicht ausdrücklich vereinbart haben, daß Sie später das Buch nicht abnehmen, so sind Sie trotz der Verpachtung zur Abnahme verpflichtet. — R. St. 33. Der Vertrag ist gültig, der Paktus, den Sie nicht vereinbart haben, ist ungültig. Verlangen Sie Anerkennung der Ungültigkeit, eventuell klagen Sie. — R. St. 19. Nein. — R. St. 149. Uns nicht bekannt. — R. St. 27. Eine Kaufmännische ist nicht vorhanden. Eine ruhige Kaufsprache würde Sie aber in Ihrem Interesse führen. — R. St. 4. Die Kündigung ist gültig. — R. St. 100. 1. Wenn das Dienstverhältnis noch andauert, müßte der Arzt bezahlt werden. 2. Nein. **G. St. 25. Ja. — R. St. 6.** Formulare zum Austritt aus der Landes- kirche erhalten Sie bei Hofmann, Blumenstr. 14. — R. St. 23. Nein. — Genosse R. Nein. — R. St. 800. Ihre Forderung um Herausgabe der Kommode ist nicht verjähr. Sie wählen beim Amtsgericht auf Herausgabe klagen. Der Beklagte könnte eine etwaige Wiederklage wegen Schädigung wegen Nichterfüllung des Vertrages erheben. — R. St. 24. Die Anlie ist im Recht. — Joseph Gräber. Dammelung nennt man die Kündigung, bei der die Abgetriebenen durch die Ja- oder Nein für den Saal betreten und beim Eintritt gezahlt werden. — R. St. 1. und 2. Ja. — R. St. 120. Wenn der Vertrag nicht anders bestimmt, ja. — R. St. 100. Einen Versuch können Sie machen, leider besteht wenig Aussicht auf Erfolg. — R. St. 100. 1. Nur auf Aufforderung. 2. Das ist möglich: Statt der allgemeinen Frage würde die Schulderung des Einzelnen zu empfehlen sein. — R. St. Rixdorf. Uns nicht bekannt. — R. St. 1. 1-4. Wegen Eisenbahnfragen wenden Sie sich an die amtlichen Stellen: Alexanderplatz, Schleißer Bahnhof, Potsdamer Bahnhof, Anhalter Bahnhof. 5. Nein. 6. und 7. Soweit ersichtlich, liegt ein Anspruch auf Rückzahlung der Beiträge nicht vor. — R. St. 3. Nein. — R. St. 27. 1. Ohne Einsicht in die Statuten nicht zu beantworten. 2. Bei den Erben. — R. St. 74. Verlangen Sie die Kasse auf Zahlung des Ihnen gebührenden bei dem Magistrat zu Charlottenburg. — R. St. 789. Nein. — R. St. 9. 07. Nein, Sie haben den Generalversammlungsbeschuß auszuführen. Wenn Sie alle Antworten haben wollen, wählen Sie sich in die juristische Sprechstunde ein. — R. St. 2. 1. und 2. Ja. — R. St. 87. Sie und Ihre Tochter sind zur Zahlung nicht verpflichtet, weil die Tochter minderjährig ist. Lassen Sie es auf eine Klage ankommen und dann den Betrag abweisen. — R. St. 2. Die Steuern sind zu bezahlen. — R. St. 3. Wenn die Mutter noch lebt, so hat anstehende sie zu bestimmen, auch wenn ein Gegeneinverständnis besteht. Anders würde die Sache liegen, wenn der Vater etwa die elterlichen Rechte entzogen sind. — Stiller Wieter. 1. Richtig. 2. Zu angemessener Zeit: dies ist von Fall zu Fall zu bestimmen. 3. Beim Irtdler. — Vogtländer. 1. Den Termin nehmen Sie wahr und beantragen in demselben Verurteilung des Beklagten. Zeigt er den Eid, ist freilich nichts zu machen. 2. Sie müssen zahlen. — R. St. 1. Das zum Unterhalt Notwendige muß befristet werden. 2. Ja. — Friedrichs. Uns unbekannt. — R. St. 21. Das Gefinde hat den Anspruch im Falle der Krankheit freie Kur und Verpflegung auf die Dauer von sechs Wochen zu erhalten. Der Verein geht nicht das Dienstmädchen, sondern lediglich die Herrschaft an. — R. St. 79. Soweit das Gefinde etwa noch vorhanden ist die Forderung leider verjährig. — R. St. 37. Wenn der Mieter einige Tage vorm Quartalsbeitrag zahlt, so hat er die Schlüssel abzugeben, wenn die Einbehaltung der Schlüssel lediglich Schikane ist. — R. St. 350. G. T. Panstraße. Grundmäßig müssen wir ablehnen, bestimmte Personen, Klerge, Rechtsanwälte, Gutachter zu empfehlen. — R. St. 99. Ni mit dem Dienstboten nicht vereinbart, so beträgt die Kündigungsfrist 6 Wochen zum 1. des Quartals. — R. St. 40. Am 1. April. — R. St. 1. Nach Möglichkeit löse Sicherung vor, wenn Sie das Geld auf den Namen der Kinder bei der Reichsbank eintragen lassen. — R. St. 8. Nein. — R. St. 86. Die Forderung ist verjährig. — R. St. 64. Die Eigentümerin müßte Interventionsklage erheben. — R. St. 100. Wir können Ihnen lediglich abraten. — R. St. 43. 1. Nein. 2. 25 M. es gibt aber auch Freireisen. 3. Von seinem eigenen Testament ja. — R. St. 68. Das Betreffende finden Sie im Wochkalender II. Teil. — 13379. Wer das Beweise werden will, hat einen durch gerichtlichen Auftrag an das Polizeipräsidium zu richten. Dann wird ein Vorwachen beim Präsidium vorgenommen (Zehen, Hören, Rednen, Schreiben und dergleichen). Hiermit erfolgt Eintragung in die Akte der Gemeinden. Später Einberufung zum Ratwahl in der Charité, der 300 M. kostet. Nach Einberufung des Jahresanwalts Anwalt findet die Debatte statt. Da die Trennung von Personen, die 30 Jahre alt sind, nicht erfolgen darf und die Beweismittel sehr zahlreich sind, so würde eine Klage nur vorhanden sein, wenn die Betreffende zur Zeit der Anmeldung noch nicht 27 Jahre ist. — Wahl. Der Einspruch ist freilich. — R. St. 13. 1. und 2. Nein. — Berlin 407. 1. bis 5. und 8. Der unterliegende Teil hat die Kosten zu zahlen, die das Gericht für erforderlich hält. Erfolgt die Beweisaufnahme, so würden die Kosten einer Instanz ungefähr 25 M. in zweiter Instanz ansetzen. In der Sache selbst müßten Sie sich um Ihren Anwalt wenden. 6. Im Jahre 2000 M. 7. Nein. — R. St. 1. Ja. 2. Nein. —

Die Unzuverlässigkeit eines polizeilichen Versammlungsberichts

Ist gestern wieder einmal vor Gericht erwiesen worden. Der Bericht, welcher in diesem Falle die Grundlage einer Anklage wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen bildete, ist nicht von einem ungebildeten Gendarmen oder von einem kleinstädtischen Polizisten verfaßt, sondern von einem Berliner Polizeileutnant, der zweifellos mit großer Gewissenhaftigkeit und nach bestem Können seines Amtes als überwachender Beamter walte, sich bei seinen Aufzeichnungen sogar der Stenographie bediente und dennoch einem hochgebildeten Redner Ausdruck in den Mund legt, die in den Gedanken des Vortragenden hineinspielen wie die Faust aufs Auge. Das Opfer des polizeilichen Mißverständnisses ist Dr. Otto Buel. Mancher unserer Genossen wird sich dieses Mannes erinnern, der vor Jahr und Tag Mitglied unserer Parteiorganisation war und in Versammlungen Anschauungen propagierte, die sich in der Hauptsache mit denen des Genossen Dr. Friedberg decken. Insbesondere vertrat Dr. Buel den Standpunkt der direkten Aktion im Sinne der Beschlässe der französischen Syndikalisten. Unter direkter Aktion in diesem Sinne ist zu verstehen, daß die Forderungen des Proletariats nicht durchgesetzt werden können auf parlamentarischem Wege — der indirekten Aktion — sondern vielmehr dadurch, daß eine zum Selbstbewußtsein erzogene, sich ihrer wirtschaftlichen Macht bewußte Arbeiterklasse ihre Forderungen direkt, in letzter Linie durch den Generalstreik zu verwirklichen hat. Diese Gedanken vertrat Dr. Buel auch in einem Vortrage über die direkte Aktion, den er in einer von ihm einberufenen Volksversammlung in der Brunnenstraße am 8. Dezember 1905 hielt. — Die Anklage ist schon einmal vor der Strafkammer verhandelt worden, sie wurde aber vertagt, um dem einzigen Belastungszeugen, dem Polizeileutnant Sololowski, Gelegenheit zu geben, das von Dr. Buel zu den Akten eingereichte Manuskript des Vortrages durchzusehen, um festzustellen, ob es sich mit dem wirklich gehaltenen Vortrage deckt. Inzwischen hatte sich Dr. Buel nach der Schweiz begeben. Ein Haftbefehl und Steckbrief wurde hinter ihm erlassen. Auf Betreiben seines Verteidigers Dr. Halperi erhielt Dr. Buel durch Kammergerichtsbeschluß freies Geleit zur Wahrnehmung des Termins, der gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht I stattfand.

Der Hauptzeuge, Polizeileutnant Sololowski, sagte, jene Versammlung sei eine Anarchistenversammlung gewesen. Als der Verteidiger dies als irrig bezeichnete und den Zeugen fragte, worauf er denn seine Annahme stütze, antwortete er, er wisse nicht, ob er das ohne Genehmigung seiner vorgelegten Behörde sagen dürfe. — Weiter fragte der Verteidiger den Zeugen Polizeileutnant Sololowski, was er, bevor er den Vortrag hörte, sich unter „direkter Aktion“ gedacht habe. Der Zeuge antwortete, er habe angenommen, in der Versammlung solle zur Revolution aufgerufen werden, er habe vorausgesetzt, es werde der Standpunkt vertreten werden: Der Worte sind genug gewechselt, jetzt schreiben wir zur Tat. — Unter dem Eindruck dieser falschen Vorstellung mag denn auch wohl der Herr Polizeileutnant den Ausführungen des Redners gefolgt sein, und so ist es erklärlich, daß er Ausprägungen des Redners in einem Sinne aufnahm und wiedergab, die wohl den Vorstellungen eines Polizeibeamten, aber nicht dem Gedankengange des Redners entsprechen. Polizeileutnant Sololowski hat in seinem Bericht, der die Grundlage der Anklage bildet, dem Dr. Buel folgenden Satz in den Mund gelegt: „Wenn der Generalstreik das Proletariat vor die Kanonen bringt, dann weiß es doch, wofür es blutet.“ — In dem Manuskript des Angeklagten, welches nach dem Zeugnis des Polizeileutnants Sololowski mit dem Vortrage durchaus übereinstimmt, heißt der betreffende Satz: „Man wirft den Generalstreikern vor, sie wollen die Arbeiter vor die Kanonen locken. Nun, wenn es so wäre, dann wollen doch die Rassenstreiker dasselbe. Wenn es aber die Generalstreiker wollen, dann wissen sie auch, wofür es geschieht, nämlich für die Befreiung der Rassen.“

Außer dieser Stelle des Vortrages, wie sie der Polizeibericht wiedergibt, fehlt noch ein Satz unter Anklage, welchen Dr. Buel in der Diskussion ausgesprochen haben soll. Polizeileutnant Sololowski behauptet als Zeuge, Dr. Buel habe auf die russische Revolution hingewiesen und gesagt: „Die russischen Bauern nehmen den Grundbesitzern das Land. Machen wir es auch so und nehmen...“ Weiter kam der Redner nicht, denn Polizeileutnant Sololowski löste die Versammlung auf. — Verteidiger und Angeklagter hielten dem Polizeileutnant vor, daß Dr. Buel doch unmöglich, wie der Polizeibericht allen Ernstes annehme, an Berliner Industriearbeiter die Aufforderung habe richten können, sie sollten den Grundbesitzern das Land mit Gewalt nehmen. Dr. Buel, der an jener Stelle über die Erringung des Achtstundentages sprach, hätte, wenn er den Satz vollenden konnte, gesagt: „Machen wir es auch so, nehmen wir uns die Freiheit, von einem bestimmten Tage an nur acht Stunden zu arbeiten.“ — Zeuge Polizeileutnant Sololowski meint aber, der Satz hätte gar nicht anders enden können als mit der Aufforderung, den Besitzenden ihr Eigentum zu nehmen. Er hatte schon den angegebenen unvollständigen Satz für eine Aufreizung zur Gewalt und habe deshalb die Versammlung aufgelöst.

Andere Zeugen, einige Arbeiter und ein Student, die der Versammlung beimohnten sagten dagegen aus, sie seien im höchsten Grade verwundert gewesen über die Auflösung ihrer Ansicht nach lag kein Grund dazu vor. Dr. Buel habe in der Diskussion nur über das Problem des Achtstundentages gesprochen, eine Aufforderung, den Grundbesitzern Land wegzunehmen oder sonst Gewalt zu verüben, sei im Rahmen der Ausführungen Dr. Buels ganz undenkbar. — Dr. Cassierer, Privatdozent der Philosophie an der Berliner Universität, der als Zeuge für die Anschauungen Dr. Buels vernommen wurde, sagte, Dr. Buel stehe so weit auf dem Standpunkte Tolstoj's, daß er jede Gewalt verwerfe, selbst in Fällen, wo sie nach den herrschenden Moralbegriffen erlaubt ist, es sei also ganz undenkbar, daß Dr. Buel zur Gewalt aufzufordern haben könne.

Nachdem durch die Beweisaufnahme die Grundlage der Anklage völlig zusammengebrochen war, konnte selbst Staatsanwalt Cassierer Lindow dieselbe nicht mehr aufrecht erhalten. Er beantragte Freisprechung, gab unanwunden zu, daß der in der Verhandlung vertretene Vortrag, insbesondere die unter Anklage stehende Stelle des Vortrags und dem Sinne nach wesentlich anders laute als das Referat des Polizeileutnants Sololowski. Hinsichtlich der Äußerung in der Diskussion hielt der Staatsanwalt deren Wiedergabe durch den Polizeileutnant ebenfalls für unzutreffend.

Rechtsanwalt Dr. Halperi beschränkte sich nach dem Antrage des Staatsanwalts auf eine Beleuchtung der Zeugenaussage des Polizeileutnants Sololowski. Dieser sei gewiß ein durchaus einwandfreier Zeuge, der nach bestem Wissen und Können seine Pflicht erfüllt habe. Aber er habe von vornherein unter dem Eindruck der Auffassung gestanden, er komme in eine Anarchistenversammlung, wo er nichts anderes zu erwarten habe als Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten. So habe der Zeuge den Ausführungen des Dr. Buel mit dem Mißtrauen des Polizeibeamten gegenübergestanden, welcher nach einer Gelegenheit ausschaut, um den, der ihm verdächtig scheint, zu fangen. Nur so könne man sich erklären, daß der Polizeileutnant trotz seiner Gewissenhaftigkeit der Rede einen ganz anderen Sinn unterstellt habe als er dem Gedankengange des Redners entsprach. Dr. Buel sei ein Opfer des polizeilichen Mißtrauens geworden.

Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht auf Freisprechung und Aufhebung des Haftbefehls.

Versammlungen.

Charlottenburg. In der Versammlung des Wahlvereins am Dienstag legte Genosse Rosenthal sein Amt als zweiter Vorsitzender nieder, da Zweifel an der Rechtmäßigkeit seiner Wahl aufgetaucht seien und er diese Zweifel selbst teile. Es wird als zweiter Vorsitzender Genosse Will, als Bibliothekar Genosse Gensche gewählt.

Es folgte die Wahl des zweiten Spediteurs. Der Vorstand hatte dazu beschloffen: Der Posten des Spediteurs ist vertraglich nicht mit dem Posten eines Wahlvereinsassistenten zu verknüpfen, doch kann der Speditur das Kassieren für den Verein ehrenamtlich befragen, wenn er diese Tätigkeit in seiner freien Zeit ausübt. Die Abstimmung per Stimmzettel ergab die Wahl des Genossen Müller.

Darauf hielt Genosse Bloß einen Vortrag über die Reichstagswahlen. Er bezeichnete als Hauptgrund der Mandatverluste und des Schwächeren Wachsens der Stimmzahl der Sozialdemokratie die Verschärfung der Klassengegensätze, die die Gegner zu stärkeren Anstrengungen, Scharen von bisherigen Richtwählern an die Wahlurne gebracht haben. So konnten uns Siege, die wir an zwei Jahrzehnte beiseite, entrisen werden, weil wir sie in der ganzen langen Periode stets nur mit einer Minderheit der Wahlberechtigten erobert hatten. Daß die sogenannte „nationale“ Parole, die Kolonialparole, so lautes und starkes Echo weckte, ist zum großen Teil mit daraus zu erklären, daß sie eine Parole gegen die Sozialdemokratie und das Zentrum war. Der Redner zeigte dann in einzelnen, in welchen Erscheinungen die verschärften Klassengegensätze zutage getreten und antisozialdemokratische Stimmungen bei verschiedenen Bevölkerungsschichten ausgelöst haben, skizzierte die besonderen Ursachen des Stimmrückganges in Sachsen und Ostpreußen und ging dann zu einer Betrachtung der Kritiken über, die nach der Wahl von revisionistischer Seite an der Haltung und Taktik der Partei geübt worden sind. Calwer und Bernstein haben die Stellung der Partei zur Kolonialpolitik bemängelt. Aber was sie empfehlen, würde unsere Position nicht stärken, sondern schwächen. Wenn wir die Kolonialpolitik — die kapitalistische — prinzipiell ablehnen, weil wir sie nicht nur für ein schlechtes Geschäft, sondern auch für eine Methode zur Vereinerung weniger Besitzender auf Kosten der großen Masse erkennen, weil wir sie für ein Verbrechen an der Menschheit ansehen, nicht bloß wegen der Greuel an den Eingeborenen, die mit ihr notwendig verbunden sind, sondern auch wegen ihrer verrohenden Wirkungen am kolonialisierenden Volk, und weil sie für Deutschland im besonderen eine Stärkung der unterdrückten Klassen, die Schaffung neuer Rachmitteln gegen die Arbeiterbewegung, eine Hemmung der Sozialreform bedeutet, so sehen wir auf einer festgestellten Basis, die unsere Gegner nur erschüttern können, indem sie unsere spezifischen Anschauungen überhaupt widerlegen, was sie nicht können. Sagen wir aber mit Calwer und Bernstein, die Kolonialpolitik ist zwar notwendig zur vollen Entwidlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und damit indirekt auch zur Entwidlung des Sozialismus, wir lehnen aber trotzdem die Bewilligung von Mitteln für diese Politik ab, weil wir uns die Zustimmung durch Jugendsünden ablaufen lassen wollen, weil wir jetzt von der Regierung zu schlecht behandelt werden, weil wir uns das Parlament überhaupt zu wenig Einfluß auf die Führung der Kolonialpolitik und der Weltpolitik haben, so geben wir den Gegnern eine neue Waffe gegen uns in die Hand, die Behauptung, daß wir die Mittel für Unternehmungen verweigern, obgleich wir selbst ihre Notwendigkeit anerkennen müssen, daß wir lediglich um unserer Parteiinteressen willen „das Vaterland“ schädigen, seine Zukunft aufs Spiel setzen. Die Bemänglung des Schlagwortes Hungertöten und unserer angeblich übertriebenen Agitation gegen den Luckertarif durch Calwer beweist nichts — der jetzige Moment der Hochkonjunktur ist nicht geeignet, die Wirkungen des neuen Tarifes festzustellen, sie werden sich erst später in ganzer Größe herausstellen. Zusammenzutreffen Bernstein und Calwer wieder in der Klage über die inneren Parteiausänderungen seit 1903, die uns den „Rimbus“ gekostet und die Intellektuellen von uns abgesprengt haben sollen. Der schlechte Ton der Parteiblätter soll vor allem daran schuld sein. Von Intellektuellen sollte man gerade verlangen können, daß sie Entgegnungen, die in dieser Hinsicht in der Höhe des Gedächtnisses vorkommen, nicht überschätzen, daß sie sie psychologisch verständlich finden sollten. Die auf unglücklich niedrigem geistigen Niveau stehende Agitation der „nationalen“ Parteien und des Reichsverbandes, die uneheliche, gemeine, verlogene Art des Kampfes auf jener Seite, die oft nicht zu übertreffende Gemeinheit ihres Tones hat zudem die Intellektuellen nicht in ihrer nationalen Begeisterung gestört. Es ist eben nicht der Ton, der sie von der Sozialdemokratie fortgetrieben hat, sondern die fehlgeschlossene Hoffnung auf den Revisionismus, auf die Klausurierung der Partei zu einer bürgerlichen Reformpartei ohne sozialistisches Endziel. Meinungsverschiedenheiten wird es in der Partei stets geben und bei einer demokratischen Partei ist es notwendig, sie öffentlich auszutragen, um festzustellen, wo die Mehrheit der Partei steht, um eine Minderheit für die Vertreter der Partei festzulegen. Diese Auseinandersetzungen sind nötig, um in der Partei selbst zur Klärung zu kommen. Gewisse Nachteile sind mit ihnen zweifellos verbunden, zumal bei der entstellten Weise, in der die Gegner sie vor den Wählern darstellen; aber diese Nachteile müssen getragen werden, denn größer wäre der Schaden, wenn in der Stille die Meinungsverschiedenheiten sich zu Gegenständen ausweiteten. Verlangamen die Auseinandersetzungen den Fortschritt der Partei, so ist das immer noch besser, als wenn wir schneller wüchsen auf Kosten der inneren Festigkeit und Stokkraft der Partei. Daß bei diesen Auseinandersetzungen Entgegnungen im Ton vorzukommen, ist bedauerlich, wird aber trotz aller guten Vorsätze und Ratschläge niemals ganz zu vermeiden sein, so lange feilhare Menschen mit Temperament und Eifer für die Parteifrage diese Debatten führen. Direkte Trennung von der Partei bedeuten die Auslassungen Bernhards in seinem Interview in der „Volks-Zeitung“. Der Redner verliest eine markante Stelle der Einleitung, worin der Interviewer direkt auf die Spaltung der Partei spekuliert, auf die große Abrechnung zwischen den „geistig und politisch kultivierten und den „Sauberdieren“. Diese Spekulation auf die Spaltung der Partei hat Bernhard nicht gehindert, mit dem Herrn Interviewer zusammenzutreten, und in seiner späteren Erklärung in der „Volks-Zeitung“ hat er dagegen kein Wort der Verwahrung gefunden. Der Redner verliest sodann die wichtigsten Stellen der Bernhardschen Behauptungen unter öfterem „Hört! hört!“ und Heiterkeit der Versammlung und kommt mit seiner Kritik zu dem Schluß: Wenn dergleichen ein Gegner der Partei sagt, so hat das nichts zu sagen; wenn die Gegner solche Äußerungen aber als Worte eines Sozialdemokraten ausbreiten können, so ist das viel schlimmer. Und wenn sich so jemand selbst außerhalb der Partei stellt und trotzdem den Namen Sozialdemokrat weiter führen will, nicht erkennt, daß er das nicht mehr ist, so muß die Partei es ihm sagen. (Teilweise Zustimmung.)

Aus den Kritiken von der rechten Seite kann die Partei leider nichts Wertvolles entnehmen. Es gibt kein Allheilmittel, das uns die diesmal abgeplitterten Wählern in Schelle wieder zuführen kann. Denn wir können ihren wirklichen und vermeintlichen ökonomischen Interessen keine Jugendsünden machen auf Kosten der Arbeiterklasse. Das einzige, was uns bleibt, ist eifriges verstärktes Weiterarbeiten auf dem bisherigen Wege, mit den Mitteln unserer bisherigen alten Taktik. (Beifall.)

Der Vorsitzende, Genosse Zieffs, erfuhr in der Debatte auf die Frage des Ausschlusses des Genossen Bernhardt nicht einzugehen,

da darüber ja demnächst eine besondere Versammlung beraten werde.

Genosse Dr. Bruno Vorhardi erkennt manches in den Ausführungen des Referenten als berechtigt an und führt ein reichhaltiges Zahlenmaterial dafür vor, daß von einem Rückgang der Partei nicht die Rede und zum Verzagen kein Grund sei. Aber zweifellos habe das geringe Maß des Fortschritts uns enttäuscht. Da wir die Mehrheit der Bevölkerung haben müssen, wenn wir unsere Ideen verwirklichen wollen, so kann uns die Steigerung unserer Stimmen im Verhältnis zur Zahl der Wahlberechtigten um nur 0,8 Proz. nicht befriedigen. Der Referent hat mit einer gewissen Verächtlichkeit von den Intellektuellen gesprochen. Ihre Zahl ist allerdings klein, aber ihr Einfluß ist groß — sie beherrschen die öffentliche Meinung. Sie, die als die idealsten Köpfe des Bürgertums sich vom Liberalismus abwenden, je mehr er im Laufe seiner natürlichen Entwicklung reaktionär wird, haben 1903 die öffentliche Meinung für den Massenstreik als eines der Momente verächtlich gemacht, die uns Mißläufer gekostet haben. Er hat gemeint, die Verschärfung der Klassengegensätze habe uns dieses neue Kampfmittel aufgebrängt. Es war aber nur verfehlte Rücksichtlosigkeit gegen eine törichte anarchisierende Agitation, die die Sozialdemokratie zu dieser Stellung gebracht. Der Vortrags des Beschlusses von Jena ist allerdings so vorsichtig, daß gegen ihn nichts eingewendet werden kann. Aber die begleitende Debatte hat den Eindruck hervorgerufen, als ob wir uns nicht darauf verlassen, die Mehrheit der Bevölkerung von der Richtigkeit unserer Ziele überzeugen zu können, sondern als ob wir alles uns Entgegensetzende mit dem Anspitzel niederschlagen wollten. (Weiterkeit.) In seiner Stellung zur Kolonialpolitik hat sich der Referent in Gegensatz zu der Erklärung Bebel's vom 4. Dezember gestellt, wonach die Sozialdemokratie nicht gegen jede Kolonialpolitik ist. In Mannheim hat sich ein gewisser Gefühlsprozess in der Partei gezeigt. Möge er fort dauern. Die Art der Diskussion von Dresden muß verschwinden. (Beifall.)

Genosse G. Bernhardt: Die einzige Lehre, die Sie nach dem Vortrage des Referenten aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen ziehen könnten, heißt: „Schmeißt die Stänker raus!“ Ich will nach der Erklärung des Vorsitzenden auf den Ausschließungsantrag gegen mich nicht eingehen, aber ich finde es sehr merkwürdig, daß der Referent hier den Charlottenburgern in dieser Hinsicht Vorschriften machen will. Das mag er im „Vorwärts“ schreiben, aber nicht hier im Referat anbringen. (Widerspruch und Zustimmung.) Der Referent hat keinen Versuch gemacht zu beweisen, daß die Partei bei der alten Taktik zum Siege gelangen wird. Es ist nicht die Rede davon, daß die Sozialdemokratie eine Allweltspartei werden soll. Sie kann dem Kleinbetrieb selbstverständlich nicht helfen, es sollen auch die Konsumvereine und Gewerkschaftsbewegung nicht abgebetet werden. Die Ausführung, daß die Klassengegensätze sich verschärfen, wird zur Phrase, wenn nicht in Betracht gezogen wird, daß mit dem Wachsen der Klassengegensätze neue Kreise der Bevölkerung zu uns kommen müssen. Diese Kreise, die man vielleicht den Intellektuellen zurechnen kann, weil sie auf Grund ihrer Bildung ein besseres Urteil haben — sind nicht zu uns gekommen. Wir sollen, um sie zu gewinnen, nicht die Grundlage der Partei aufgeben, sondern, wie ich Ihnen in der früheren Versammlung auseinandergesetzt habe, das Verhalten der Parteipresse ändern. Der Referent meinte, die Intellektuellen hätten an der schmuggigen Kampfweise der Gegner nicht Anstoß genommen und hat diese Kampfweise auch als Rechtfertigung angeführt, daß die Sozialdemokratie grobförmig agitiert und Schlagworte angewandt habe. Bisher war es doch wohl die gute alte Taktik, daß wir diese Kampfweise der Gegner nicht nachahmten, sondern mit geistigen Waffen kämpften. Es handelt sich bei der Bemänglung des Tons aber nicht um den Ton gegen den Gegner, sondern darum, wie gegen Genossen gekämpft worden ist. Die Art, wie man gegen mißliebige Genossen vorgeht, wie man sie mundtot zu machen sucht, ist es, die erbittert und uns schadet. Kann hat der Referent gesagt, bei den Ausführungen der Genossen Bernstein, Calwer u. a. habe man noch das Empfinden, daß sie nach ihrem Ermessen der Partei nützen wollten, aber der Bernhardt, das sei eben ganz etwas anderes. Nun, man hat den Genossen Bernstein seinerzeit auch schon sehr schlecht behandelt und wird das bei Gelegenheit auch wieder tun; augenblicklich poht es den Herren nur in den Kram, einmal besonders auf mich loszuhaben. Das macht man, wie gerade paßt. Gegen das geradezu kirchliche Verfahren, das bei uns eingerissen ist, muß protestiert werden. Von der großen Macht der Intellektuellen haben Sie ein Beispiel darin, daß die paar Namen der „Vorwärts“-Redaktion und der Prekonmission einem Genossen wie mir es ganz unmöglich machen können, an die Arbeiterschaft heranzukommen. Da muß man sich an andere Blätter wenden. (Zurufe: Gegnerische Presse!) Ich werde dort so lange schreiben, wie dies Verfahren andauert. (Widerspruch und Zustimmung.) Der Referent hat gesagt, es sei nirgends in der Partei gesagt worden, daß die Sozialdemokratie keine Mißläufer haben wolle. Er scheint den „Vorwärts“ nicht zu lesen, (Gelächter.) Jawohl! Denn im „Vorwärts“ oder in einem im „Vorwärts“ zitierten Blatt, vielleicht der „Leipziger Volkszeitung“ ist gesagt worden, die Partei habe durch die Abplittierung der Mißläufer an Stokkraft und Entschlossenheit gewonnen. Wenn das nicht heißt: wir sind froh, daß wir euch Mißläufer los sind, so weiß ich nicht, wie man das verstehen soll. Der Referent kennt aber auch das Parteiprogramm nicht. (Gelächter.) Jawohl! Er hat gegen Calwer und Schippel gesagt, im Programm stehe, daß die Partei Zölle und indirekte Steuern, die notwendige Lebensmittel verteuern, verwerfe. Es steht aber da: Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. (Rufen: Zureufe: Ist doch das selbe!) Nein, das ist ein Unterschied. Calwer und Schippel sind eben der Ansicht, daß die Maßnahmen, die sie vorschlagen, nicht die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Gegen Calwer ist der „Vorwärts“ im Wahlkampf losgezogen auf Grund des Titels eines konservativen Blattes. Hätte er das Original eingesehen, so würde er gesehen haben, daß Calwer lediglich dasselbe gesagt hat, was auch der Referent heute gesagt hat, daß man die Krise abwarten müsse, um über die Wirkungen des neuen Zolltarifs urteilen zu können. Deshalb meinte Calwer, daß man jetzt, wo die Arbeiter diese Wirkungen weniger verspüren, in der Agitation darauf nicht so viel Gewicht legen solle. In derselben irreführenden Weise, wie gegen Calwer, hat der „Vorwärts“ auch in meinem Falle berichtet und polemisiert. (Wiederholter Beifall.)

Der Vorsitzende erklärt, daß er den Referenten gegen den Vortrags in Schutz nehmen müsse, daß er den Charlottenburger Genossen Vorschriften in der Sache Bernhardt machen wolle. Genosse Dadiß findet einen Teil der Erklärung für den Wahlausfall in den Streitigkeiten zwischen Partei und Gewerkschaften. Die Arbeiterbewegung müsse die stammte Einigkeit betätigen. Deshalb müsse auch allen Organisationsersplitterungen und -zersplittern, wie Wesenthal, energisch entgegengetreten werden.

Genosse Bloß im Schlußwort: Ich habe schon deswegen nicht den Rat erteilen können: „Schmeißt die Stänker raus!“, weil ich von einer Mehrzahl von Stänkern nichts weiß! Daß ich einen Unterschied zwischen Bernhardt einerseits und Bernstein, Calwer u. a. andererseits mache, liegt lediglich an den Auslassungen Bernhards. Keiner der anderen Kritiker hat solche Ausführungen gemacht wie er,

Quarbetaerin für Damenkleider,
Konnende, Frau Wagner, Baum-
schulweg, Schradlerstraße 70. [23488]
Anlegerinnen und Bogenlängen-
einrichten für Steindruck gelad. Meisen-
bach, Nollath u. No., Schöneberg,
Dauptstraße 8. 21675
Arbeitsmädchen, 8 Mari Wochen-
lohn, verlangt Stockfabrik Ritter-
straße 59. 21415
Blusenmacherin, Christianastr. 125,
Hermannstr. 101
Quarbetaerin im Puffsch (auch
Kugelschiff) Kaiser Friedrichstr. 213/14,
Rixdorf. 1193
Stoßenfransen finden sofort lohnende
und dauernde Beschäftigung Schiff-
bauerdamm 1 (Ede Friedrichstraße). *

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Redakteur gesucht.

Zum baldigen Eintritt suchen wir
einen

Redakteur,

welcher insbesondere den gemein-
schaftlichen und lokalen Teil be-
arbeiten muß.
Schriftliche Offerten bitten wir an
den Verlag unserer Zeitung zu richten.

Verlagsanstalt „Freie Presse“
Holkensbühl & Co.
Elberfeld.

Mehrere Zusammenfeger
für Flügel und Pianinos, die auch
aufarbeiten, werden sofort für
dauernd eingestellt. 42472
Pianofabrik G. Hindberg,
Kopenhagen.

Werksmeister.

Für unsere Abteilung **Glas-**
kartons suchen wir einen Mann,
der in hiesigen Fabriken in gleicher
Eigenschaft tätig gewesen und diese
Abteilung selbstständig leiten soll.
Kandidaten von 1-2 oder 7-8.
Rosenheim & Kaufmann
21458 Hindstr. 62/63.

Achtung!

En der Luxuspapier- und Zellulose-
warenfabrik 23/5

R. Priester & Co.
Hilchenkirchstraße 17
hat das Personal die Arbeit nieder-
gelegt und ist für Presser, Presserinnen,
Koloristinnen, Spritzmaschinen, Buch-
binder usw.

gesperrt.
Zugang ist fernzuhalten!
Deutscher Buchbinder-Verband.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kürschner!

Die Pelzwaren-Fabrik von
Maier & Co.,
Kommandantenstraße Nr. 76-78
ist bis auf weiteres gesperrt. Zu-
gang ist fernzuhalten. 102/5
Verband deutscher Kürschner.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Verein der Einsetzer Berlins.
Zur Beachtung!
Dieses Ansehen erscheint
Sonntag
Dienstag
Donnerstag.

Bauarbeiter!

Wegen der Ausperrung in der
Berliner Holzindustrie sind folgende
Bauten gesperrt: 78/5
Bauten der Firma Jäger,
Charlottenburg, Straße 26, Parz. 25.
Gabelnstr. 25.
Landsb. Sanatorium.

Bauten der Firma Sawataki:
Suppe, Württembergstraße 37
Ede Liebenburgstraße, Lands-
büterstr. 18.
Sprungelstr. 19, 20, 21, Beamtin-
häuser.
Domjan, Nieder-Schöneberg, Ver-
linderstraße, Ede Brückenstraße.
Bauten der Firma Jarotaki:
Jagdschloß Ellenide.
Bauten der Firma Plagemann:
Färchenhof, Potsdamer Platz
Willing, Kiekerstraße und Scham-
horststraße.
Häber, Zehlendorf Goethestraße.
Bau der Firma Traxel:
Schalkhorn u. Köhl, Tempelhofer
Garten, Germania- und Gottlieb Duntel-
straßen - Ede.
Udalbertstr. 20.

Bauten der Firma Iden:
Bollanstraße in Pantow neben
dem Voladomskohaus, Baummeister
Köppen.
Elisabethstraße, 113 a - 113 der
Strelitzerstraße.

**Bauten der Firma
Dombrowsky:**
Tempelhofer, Germania- u. Gottlieb-
Duntelstraßen - Ede, Bauherr
Lauß u. Verghäuser.

Bauten der Firma Zieho:
Rixdorf, Harzerstr. 3.
Bau der Firma Marquardt:
Rixdorf, Weisse und Alster-Ede.

**Bauten der Firma Emmelath,
Rixdorf:**
Altebrandstr. 16.
Bannsee, Friedrichsstraße, Bau
Schwabach.
Bannsee, Bismarckstraße 8, Bau
Benjamin.
Kathaus, Schönstedtstraße.

**Bauten der Firma Schmidt,
Frankfurter Allee:**
Lichtenberg, Magdalenastr. 42,
Häber.

Bauten der Firma Erdmann:
Ministerialdirekt. Neuhaus, Dahlem,
Parkstraße.
Wahne, Nikolaussee, an der Reih-
wiefe.
Jagdschloß Ellenide.
Färchenhof, Potsdamer Platz.

**Bauten der Firma
Langermann:**
Charlottenburg, Bismarck- und
Belmarstrassen-Ede, Bau Häber.

**Bauten der Firma
Grün & Helwig:**
Buch, Liebenhaus.
Barbarossaplatz, Hochschule.
Lichtenbergstraße, Klosterbau.
Lantenerstraße 3-8.
Hoppegarben, Weisstraße.
Sabelstraße, Ede Dahmannstraße.
Vellermannstraße 92.

Bauten der Firma Gebr. Faul:
Köhrenstraße 44/45.
Nägerstraße 63, Berlin.
Potsdamerstr. 16.
Reinendorf, Monumentenstr. 27.
Parkerstr. 21/22, Wilmersdorf.
Gebr. Jäger, Hauptstraße, Marien-
dorf.
Mittlerstraße, General-Papestraße,
Schöneberg.
Kniak, Beech (Fenster), Pavillon 4b.
Kabe, Holzhandlung, Hummel-
burg, am Wilhelmsberg.

Bauten der Firma Powein:
Wilmersdorf, Brandenburgstraße 12.
Straße 20, Neumann.
Reinmann, Gieselerstraße.
Brandenburgischestraße.

**Bauten der Firma Frill,
Härtingerstraße:**
Hemzig, Charlottenburg, Suarez-
straße 13.

Bauten der Firma Wals:
Bauch, Liebenburger- und Holz-
burgerstraßen-Ede.
Bau Lammstr. 29, Friedenau.

**Bauten der Firma
Sperling & Kapelke:**
Weig, Werder- u. Jungiusstr.-Ede.
Schildstr. 66 und 67.
Neue Wilhelmstr. 10.

Bauten der Firma Schirmer:
Breker, Nikolaussee, Rehwiese.
Schirmer, Zehlendorf, Reuterstraße.
Schirmer, Grunewald, Parkstraße.
Schirmer, Zehlendorf, Spandauer-
straße.
Baltian, Zehlendorf, Niemeister-
straße.
Textonenstr. 22, am Nikolaussee.

**Bauten der Firma Glatzer,
Blücherstraße 35:**
Zehlendorf, Waldstr. 28.
Waldemarstr. 41.

Bau der Firma Spohna:
Weichselstraße 66/67, Rixdorf.

**Bauten der Firma
Wagenknecht:**
Epreba, Württembergstraße 17.
Häber, Rixdorf, Richardstraße und
Verleiderstraße (Ede).
Grotze, Mariendorf, Dorfstraße
(Ede).

**Bauten der Firma Akt.-Ges.
für Bauausführung:**
Gardi u. Lesser, von der Hecht-
straße 12.
Ritterstraße 11, Fabriksgebäude.

Bau der Firma Schüler:
Wilmersdorf, Landsbüter- u. Ver-
linderstr.-Ede, Bau Bielle.

**Bauten der Firma Kopke,
Charlottenburg:**
Selbst, Bismarckstraße, Ede Räder-
straße.
Lantow, Sanatorium.

**Bauten der Firma
Gebr. Schaar:**
Jeder u. Wachen, Wägenberg,
Dorfstraße 9.
Rix u. Genest, General-Papestraße.
Jabinski, am kleinen Bannsee.
Villa Baum, Villenkolonie Grun-
ewald.
Eilauerstr. 4.

**Bauten der Firma Schubert
Rix u. Genest, General-Papestraße
Holland, Wilmersdorf, Hofmeister-
straße.
Nothard, Schöneberg, Grunewald-
straße 53.**

Bauten der Firma Kassin:
Charlottenburg, Kaiser-Allee 203.
Grünfeld, Schloßstraße 4.
Saubmann, Landsbüterstraße.
Hochschule, Barbarossaplatz.

**Bauten der Firma Walter,
Reinendorf:**
Gemeinschaft, Reinendorf.
Sprengel- und Samosstraße - Ede.
Hansotte- und Reibenzstraße-Ede.

**Bauten der Firma
Karl Hammer, Gieseler-
straße 63:**
Tropfke, Wannsee, Alsterstr. 33.
Hammer, Eichwalde.
Hammer, Lantow.

Bau der Firma Naab:
Grotze, Wachen, Wägenberg,
Rixdorf.

**Bauten der Firma Henke,
Mariendorf:**
Erdmann, Mariendorf, Hauptstr.
Tempelhofer, Fensterbau, Schön-
burgstraße.

**Bauten der Firma Wolf:
Färchenhof, Potsdamer Platz
Buch, Liebenhaus.**

**Bauten der Firma
Kuhnert & Kühne:**
Rast, Schöneberg, Barbarossaplatz-Ede
Landsbüterstraße.
Wausen, Charlottenburg, Schüler-
straße.
Damenheim, Wachenburgerstraße.
Lehmann, Liebenbergstraße, Dahl-
mann- und Grotze-Ede.
Buchholz, Steglitz, Wägenberg-
und Wägenberg-Ede.
Dahlmann, Friedenau, Berginer-
straße 7.

**Bau der Firma Jost,
Gieselerstraße:**
Lindenstraße, Erweiterungsbau der
Viktoria.

**Bauten der Firma Dittmar,
Pantow:**
Schöndorferstr. 1.
Kaiser Friedrichstr. 63, Schule.

**Bauten der Firma Altschäfer,
Lippewerstr. 23:**
See- u. Rühlmannstraße-Ede.
Jufelandsstr. 8.

**Bauten der Firma Schulen-
burg, Charlottenburg:**
Franken, Bogenhakenstr.-Ede.

Bauten der Firma Hegelmann:
Schaum, Wilmersdorf, Kaiser Allee,
Ede Wilhelmstraße.
Schule, Jungfernhöhe, Mindener-
straße.

Bauten der Firma Braun:
Müller, Rixdorf, Wägen- und
Jungfernhöhe-Ede.
Müller, Rixdorf, Grunewaldplatz, Fenster-
bau.

**Bauten der Firma Grünberg,
Mortgrabenstrasse:**
Springer, Schöneberg, Lützer- u.
Friedrichstraße-Ede.
Rixdorf, Herfurthplatz 8.

**Bauten der Firma Stellmack
Wilmersdorf, Däselbörferstraße, an
der Wachenstraße.
Charlottenburg, Neue Kanistraße,
Ede Dornburgstraße.
Pantow, Spandauerstraße, Ede
Kreuzstraße.**

**Bauten der Firma
Ochlschlagel:**
Lantow, Charlottenburg, Uhlendorferstraße,
Ede Steinplatz.
Häber u. Schwanke, Schwanke-
dorf, Rühlstr. 20/21.

**Bauten der Firma
Köder & Comp.:**
Schmalz, Wilmersdorf, Ede
Straße 2b.
Lantow, Gieselerstr. 2.

**Bauten der Firma
C. Prächel, Langenstr. 10:**
Dahlem, Botanischer Garten.
Charlottenburg, Krankenhaus.
Wachen-Krankenhaus, Seestraße.
Pantow, Wägenberg.

**Bauten der Firma Thal,
Leberstr. 44:**
Rixdorf, Steglitz, Friedrichstr. 9.
Wägenstr. 12.

**Bauten der Firma Heinemann:
Kreger, Dornburgstraße.
Lange, Rixdorf, Däselbörferstraße.**

**Bauten der Firma Metz, Urban-
straße:**
Tempelhofer, Gieselerstraße.
Steglitz, Stubenrauchstraße.
Pantow, Wägenstr. 18.
Tegel, Spandauer, Ede Bergstraße.

**Bauten der Firma Hergesell
u. Häbner, Wilhelmshaven-
straße:**
Charlottenburg, Werner-Elemensstr.
Falscherstr. 24.

**Bauten der Weissenauer Holz-
bearbeitungsfabrik G. m.
b. H.:**
Lohse, Wilmersdorf, Friedenau,
Ringbahnstr. 245.
Bulle u. Jensen, Schöneberg,
Königsstr. 18.
Knohl, Wägenstr. 82.
Röme, Sidingenstr. 84.
Weihen, Friedrichstr. 3.

**Bauten der Firma Pätz,
Reichenbergerstr. 114:**
Häber u. Grotze, Rixdorf, Berg-
u. Wägenstraße-Ede.
Häber, Rixdorf, Treptower- und
Harzerstraßen-Ede.
Weise, NW, Gieselerstr. 45.

**Bauten der Firma Osten,
Rixdorf:**
Wagnis, Schöndorfer Allee 134a.

**Bauten der Firma Herrmann,
Falscherstr. 16:**
Kusban in Tegel, Weissestr. 16.
Grotze, Prenzlauer Allee,
Direktionsgebäude und Grotze-
röhrenlager.

**Bauten der Firma Strotthoff:
Dorold, Charlottenburg, Gieseler-
straße 17.
Reinendorferstr. 95.
Grotze, Wägen- und Martin Oph-
straßen-Ede.**

**Bauten der Firma Noack,
Gennigsdorferstraße:**
Grotze, Nord-West, zwischen Lyr-
straße und Ringbahn.
Pantow, Hofmannenstraße, Berlin-
straße.

**Bau der Firma Pohl & Sohn:
Eckhoff, Charlottenburg, Schöndorfer-
straße 7-8.**

**Bau der Firma Nütze,
Zettinerstraße 27:**
Ede u. Schwarz, Schönebergstr. 5.

**Bauten der Firma L. Lassen:
Demme, Urbanstr. 84.
Schmiede, Ederstraße- und Dorn-
munderstraßen-Ede.
Blankenfeld, Rühlstr. 182.
Lantow u. Dreifaltig, Dornberg.**

**Bau der Firma Hoffmann,
Wöllnerstr. 27a:**
Grotze, 46/47.

**Bauten der Firma Holoff:
Köhrenhof, Friedrich, Ede Köhren-
straße.
Schloßmeisterstr. 7.
Wägenstr. 17.**

**Bau der Firma Schwarze,
Rixdorf, Rogatzstr. 25:**
Rixdorf, Uferstr. 32-34.

**Bau der Firma Holstein:
Schule, Wägenberg, Schramm-
straße 22.**

**Bauten der Firma Schneider,
Griesenowstraße:**
Bellermannstr. 84.
Udalbertstr. 9.

**Bau der Firma Ruchfall, So-
tanien-Allee 10:**
Leibnizstr. 46.

**Bau der Firma Scharwis:
Stödel, Friedenau, Grunewaldstraße.
Bauten der Firma Weisse, Wägenstr. 1.
Rixdorf, Schöndorferstraße 5.
Werftstr. und Bauten der Firma
Altendorf, Charlottenburg.**

**Bau der Firma Mitsch, Bar-
nimsstr. 22:**
Schöndorferstr. 41.

**Bau der Firma Schrammer
in Rixdorf:**
Hedemann, Jann- u. Donaustraßen-
Ede.
Thiemann, Rixdorf, Schöndorfer-
straße 20.

**Bau der Firma Krause in
Rixdorf:**
Rudolf u. Kumpke, Mariendorf,
Feldstr. 65.

**Bau der Firma Gustrau,
Rixdorf:**
Efter, Ober-Schöneberg, Edison-
straße 40.

**Bauten der Firma Löchel,
Rixdorf:**
Steglitz, Wägenstr. 10/11.
Lantow, Lange.
Baumgartenweg, Grotze, 2.
Bauherr Knopp.

**Bauten der Firma Gebr. Ruge,
Gadinerstraße:**
Rumbold, Monumentenstr., a. d. Kirche.
Wägenstr. 11, Rühlstr. 112.
Ede Wägenstraße.
Coteniusstr. 6.
Joch, Gieselerstraße.

**Bau der Firma Harms:
Giettenstraße 28.**

**Bau der Firma Klempau
Nachh.**
Wägenhaus in Wachen.

**Bau der Firma Walter,
Häberstraße:**
Läpfer, Pantow, Wägenstraße.

**Bau der Firma Kurz,
Charlottenburg:**
Boch, Charlottenburg, Rühlstraße.

Treppengeländerbrauere.

**Bauten der Firma Schmidt &
Co., Schöndorfer Allee:**
Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Gie-
lenderstr.-Ede.
Schöneberg, Wägenstr. 15.
Brück u. Schmidt, Charlottenburg,
Dornburgstraße.
Lantow, Charlottenburg, Schöndorfer-
straße 66/67.
Grotze, Charlottenburg, Dahlmann-
straße.
Fritz, Charlottenburg, Rühlstr. 77.
Herbst, Schöneberg, Wägenstr. 14.
Weiser, Schöneberg, Wägenstr. 14.
Weise, Wägenstr. 33.

**Bau der Firma Handt,
Griesenowstraße:**
Roth, Liebenburgstraße, Ede
Wägenstraße.
Weißer, Anführerstraße 171/72.
Häber, Steglitz, Grotze, Wägenstr. 12.
Kusban, Zehlendorf, Ede Wägenstr. 4.
Schneur, Zehlendorf, Wilmersdorf-
straße.
Grotze, Zehlendorf, Niemeisterstraße.
Kollman u. Kollman, Zehlendorf,
Niemeisterstraße.
Kusban, Nieder-Schöneberg, Trept-
owerstraße 67.
Barnimstr. 170.

**Bauten der Firma Pasch,
Wägenstr. 35:**
Buggenhaus, Lichtenberg, Wägen-
straße 5.
Burr, Simon-Dachstraße.
Karlshorst, Prinz-Mariastraße.
Urbanstr. 3.
Hummelsburg, Wilhelmstr. 94.
Höfel u. Seifert, Karlshorst.
Wolf, Nieder-Schöneberg.
Schmidt, Charlottenburg, Ger-
windestr. 3.
Grotze, Mariendorf, Dorfstr.-Ede.

**Bauten der Firma Geisler,
Dieffenbachstraße:**
Grotze, Schöndorfer-Allee 120.
Suppe, Schülerstraße, Ede Lieben-
burgerstraße.
Burgall u. Martin, Falkenberg-
straße 49.
Kollmannstrasse 67.
Friedenau, Stubenrauchstr. 12.
Eder u. Dornberg, Wägenstr. 8.
Weiser, Schöneberg, Wägenstr. 14.
Waltner, Friedenau, Wägenstr. 6.
Wenge, Parkstr., Ede Schloßstr.
Dornburgstr. 4.
Röde, Heilbronnerstr. 17.
Heilbronnerstr. 22.

**Bauten der Firma Törmer &
Scharlau:**
Gr. Frankfurterstr. 126.
Schmidt, Wägenstr. 33.
Rixdorf, Weichselstr. 48/49.
Wilmersdorf, Kaiser-Allee 202.
Köppenstr. 71.
Martin Ophstr. 1/
Grotze, Wägenstr. 1/
Schramm, Reinendorfer, Oranien-
burger Chaussee.

**Bauten der Firma Fröbe,
Grotze, Wägenstr. 12:**
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.

**Bauten der Firma Vogt &
Söhne, Gieselerstr. 6:**
Grotze, Wägenstr. 6.
Grotze, Wägenstr. 6.
Grotze, Wägenstr. 6.
Grotze, Wägenstr. 6.

**Bau der Firma Brandenburg,
Wägenstr. 124:**
Wägenstr. 124.
Wägenstr. 124.
Wägenstr. 124.
Wägenstr. 124.

**Bauten der Firma Vogt &
Söhne, Gieselerstr. 6:**
Grotze, Wägenstr. 6.
Grotze, Wägenstr. 6.
Grotze, Wägenstr. 6.
Grotze, Wägenstr. 6.

**Bauten der Firma Lütjen &
Bruns, Gieselerstraße:**
Häber, Wägenstr. 12.
Häber, Wägenstr. 12.
Häber, Wägenstr. 12.
Häber, Wägenstr. 12.

**Bauten der Firma Fröbe,
Grotze, Wägenstr. 12:**
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.

**Bauten der Firma Sichter-
mann, Schöndorferstr. 114:**
Rohr, Wilmersdorf, Berlinstr. 33.
Kusban, Steglitz, Schloßstr. 32.
Kusban, Charlottenburg, Suarez-
straße 3.

**Bauten der Firma Fröbe,
Grotze, Wägenstr. 12:**
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.

**Bauten der Firma Fröbe,
Grotze, Wägenstr. 12:**
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.

**Bauten der Firma Fröbe,
Grotze, Wägenstr. 12:**
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.

**Bauten der Firma Fröbe,
Grotze, Wägenstr. 12:**
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.

**Bauten der Firma Fröbe,
Grotze, Wägenstr. 12:**
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.

**Bauten der Firma Fröbe,
Grotze, Wägenstr. 12:**
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.

**Bauten der Firma Fröbe,
Grotze, Wägenstr. 12:**
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.

**Bauten der Firma Fröbe,
Grotze, Wägenstr. 12:**
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.

**Bauten der Firma Fröbe,
Grotze, Wägenstr. 12:**
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.

**Bauten der Firma Fröbe,
Grotze, Wägenstr. 12:**
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.

**Bauten der Firma Fröbe,
Grotze, Wägenstr. 12:**
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.
Lantow, Wägenstr. 12.

Geschäftsführer für großes Parteilokal.

Anfang Juni wird unser neuerbautes Volkspark in vollen Betrieb genommen werden. Das Grundstück umfasst einen geräumigen, mit alten Bäumen bestandenen Gartengarten nebst Kolonnaden, Veranden und Orangerie; ferner den Saalbau mit großem Restaurant, einem 3000 Personen fassenden Hauptsaal, kleineren Sälen, Vereinszimmern und Bureauräumen. Das ganze Lokal ist mit elektrischer Beleuchtung (40pferdiger Dieselmotor) und Zentralheizung versehen. Die Gartenräumlichkeiten fassen 6000 Personen. Bewerbungen um den Posten des Geschäftsführers sind bis 31. März an den Parteisekretär H. Tabert, Halle a. S., Parz. 42/43, zu richten und müssen Angaben enthalten über die bisherige Tätigkeit des Bewerbers, seine Gehaltsansprüche und sonstigen Forderungen. Der Antritt hat möglichst vor Mitte Mai, also vor Pfingsten, zu erfolgen, da zu Pfingsten der volle Gartendienst bereits im Gange sein wird. Halle a. S., 15. März 1907. 298/3

Die Volkspark-Baukommission.

Verband der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands

Filiale Berlin.
Die Firmen Schulmeister, Dresdenstraße, Zobel, Köpenickerstraße, Seide, Dresdenstraße, Peek & Cloppenburg, B. Leinweber, Köpenicker Fischmarkt und Oranienstraße, Esders & Dyckhoff und Riethmüller, Volkensmarkt, haben sich an der Aussperrung der Herren-Mohlschneider beteiligt. Da diese Firmen versuchen, ihre Arbeiten in der Konfektion anfertigen zu lassen, verhängen wir über den Gesamtbetrieb dieser Firmen die Sperre.

Die Ortsverwaltung.